

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Umgetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Armee und die besitzenden Klassen.

Soweit bisher die Presse der Parteien sich über die neue Heeresvorlage ausspricht, darf der Kriegsminister sich voll Genugtuung fügen, daß seine Vorlage im ganzen Umfang oder in ihren wesentlichen Teilen gefehert ist. Der Reichstag wird mit Hurra die Forderungen des Militarismus, die Soldatenvermehrung sowie die gewaltigen Summen bewilligen, die verlangt werden trotz der verzweifeltsten Lage der Reichsfinanzen.

In den Zeitungen der ausschlaggebenden Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei ist bisher ein Urteil über die neuen Forderungen nicht fertig geworden. Die bescheidene Zurückhaltung läßt aber höchstens ahnen, daß das Zentrum noch satifam bekannter Weise zunächst sich ein wenig zieren, einige Einwendungen machen wird, um schließlich auch diese Vorlage zur Annahme zu führen.

Eine gegen die Vorlage gerichtete Meinungsäußerung findet sich bisher nur im Organ der freisinnigen Volkspartei, in welchem erklärt wird, daß zu einer Heeresvermehrung „gegenwärtig nicht der mindeste Anlaß vorliegt“. Die freisinnige Vereinigung dagegen, die Nationalliberalen und die Konservativen zeigen sich in ihrer Presse bereits völlig einig in der Anerkennung, daß die Forderungen des Kriegsministers nur bescheidene und daß ihre Bewilligung selbstverständlich sei. Die „Vossische Zeitung“ findet noch kein Wort zu den neuen Forderungen und begnügt sich mit der triumphierenden Feststellung, daß nun doch die alte liberale Forderung der zweijährigen Dienstzeit erreicht sei! Das „Berliner Tageblatt“ beugt sich willig vor der Erklärung der Regierung, daß sie die zweijährige Dienstzeit nicht durchzuführen könne ohne die Erhöhung der Friedenspräsenz und die Rekrutierungen für Ausbildungszwecke. Die „National-Zeitung“ gar leistet das, wie sie sagt, „legereische Werk“, sie halte es durchaus nicht als Unglück unserer Nation, „wenn wir wieder ein Prozent der Bevölkerung unter den Waffen halten würden“. Dem Nationalliberalen Blatte ist die Vorlage der Regierung noch nicht weitgehend genug! Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären gegenüber der trostlosen Lage der Finanzen, es sei ja seit dem Jahre 1887 „keine erhebliche, die Massen belastende Steuervermehrung eingetreten“, es müsse, wohl oder übel demnächst ernstlich die Steuerhahne angezogen werden. Die „Kreuz-Zeitung“ aber sagt:

„Die Militärvorlage hält sich mit ihren Mehrforderungen an Mannschaften und Geldmitteln in den bescheidensten Grenzen. Daß die zweijährige Dienstzeit bedeutende Mehraufwendungen nötig macht, war den Freunden wie den Gegnern dieser einschneidenden Aenderung genau genug bekannt, und bei der nun beantragten gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit wird man auch die Kosten nicht scheuen dürfen.“

Was tritt in diesen Aeußerungen der bürgerlichen Presse hervor? Welche wunderbare Bereitwilligkeit, die hohen Summen, die gefordert werden, zu bewilligen! Die neue Militärvorlage erfordert 74 Millionen, wozu die noch nicht in der Gesamtsumme zu überschneidenden Erhöhungen in den fortbauenden Ausgaben zur Deckung der sogenannten Ausgleichsmaßnahmen (Ausbildungszwecke usw.) kommen. Die Reichsschulden steigen in die vierte Milliarde hinein, die Verzinsung der Reichsschulden erfordert das Vierfache, was sie bei Beginn der Regierung des gegenwärtigen Kaisers erfordert hat. Die „National-Zeitung“ spricht daher von der Notwendigkeit einer „großartigen Finanzreform“; die „Neuesten Nachrichten“ erklären tollfähr, daß seit langem „keine erhebliche, die Massen belastende Steuervermehrung eingetreten“ sei, indem sie die ungeheure Vermehrung der Reichseinnahmen vergessen, die im Laufe der Jahre aus Zöllen und Verbrauchssteuern auf Volkstaschen geflossen ist, indem sie aber auch andererseits dankenswert darauf hinweisen, daß die Kosten auch für die neuen Forderungen des Militarismus durch eine die Massen belastende Steuervermehrung aufgebracht werden sollen.

Es ist ein frevels Spiel, das die besitzende Klasse mit Gut und Blut des denkenden Volkes von neuem zu treiben begonnen ist. „Wir scheuen die Kosten nicht“ — erklärt das Blatt der Konservativen. Nun wohl, dann müssen diejenigen zahlen, welche so frei von Steuern sind. Diese Gegner der Steuerhahne — das sind aber in erster Reihe die Junker und Großgrundbesitzer, die sich soeben Hunderte von Millionen aus dem Brot- und Fleischwucher zweigen und die sich brutal weigern, zu den neuen Kosten aus ihren Taschen gehörig beizutragen. Es erscheint von neuem der ungeheuerliche politische Skandal, daß die besitzenden Klassen dem Militarismus Riesensummen bewilligen, welche nicht sie selbst, sondern welche das Volk zahlen soll. Gegenüber diesem Eifer, Steuern durch andere zahlen zu lassen, erhebt die deutsche Arbeiterklasse laut die Forderung: Wenn die besitzende Klasse die neue Militärvorlage für nötig hält, wenn sie ohne eine solche Vorlage die Armee geschwächt und das Vaterland gefährdet sieht, dann soll sie endlich ihren Patriotismus beweisen, indem sie selbst zahlt, was sie bewilligt.

Die besitzenden Klassen müssen umso mehr endlich einen geführenden Teil der finanziellen Heereslast übernehmen, da sie die Privilegien des Militarismus sind, da sie persönlich im Heere Vorteile genießen vor dem übrigen Volke, da in den Offiziersstellen der Armee ihre Söhne versorgt werden, während das arbeitende Volk neben der Gutssteuer auch die Opfer mehrjähriger Dienstzeit, mehrjähriger Verlustes der bürgerlichen Arbeit tragen.

Die Vorlage fordert 10 000 Mann. Ohne ihre Bewilligung soll es unmöglich sein, die Armee kriegstüchtig zu halten. Wohlan! Es gibt ein Mittel, die Vermehrung der Friedenspräsenzstärke zu erzielen, ohne von neuem die unbemittelten Klassen in Anspruch zu nehmen. Die Besitzenden haben das Vortrecht des einjährigen

Dienstes. Wenn die größere Zahl der Friedenspräsenz nötig ist, so lasse man sie zwei Jahre dienen wie alle anderen! So erhält man sofort die Erhöhung der Friedenspräsenz, die man verlangt, und man hat zugleich den Gewinn, ein hassenswertes Unrecht zu beseitigen.

Wollen die bürgerlichen Parteien nicht durch die Beseitigung dieses Unrechts die für notwendig erklärte Erhöhung der Armeestärke erreichen, so ergibt der unausweichliche Schluß, daß die besitzenden Klassen nur dann das „Notwendige“ bewilligen, wenn sie anderen die Last aufbürden. Sollen sie aber selbst Last tragen, so lassen sie das Vaterland verräterisch im Stich!

Die Forderung der Beseitigung der Privilegien in der Armee ist aber auch, gerade nach den Anschauungen der Regierung und ihrer Militärgetreuen, eine militärische Notwendigkeit. Man erklärt den zweijährigen Dienst als das Mindestmaß der zur kriegsmäßigen Ausbildung der Soldaten erforderlichen Zeit. Man fordert erhebliche Summen, ohne welche bei zweijähriger Dienstzeit die Ausbildung künftig nicht genügend betrieben werden könne. Daraus ergibt sich für die Vertreter der zweijährigen Dienstzeit der unumgängliche Schluß, daß auch den Söhnen der besitzenden Klassen die Möglichkeit gegeben werden muß, tüchtige Soldaten zu werden. Es gibt nur zwei Wege: Entweder ist die zweijährige Dienstzeit eine militärische Notwendigkeit, — dann sollen alle jungen Leute zwei Jahre dienen. Oder die zweijährige Dienstzeit ist, entgegen den Vorurteilen der Militaristen, nicht nötig — dann erhebt sich die große kulturelle Forderung der Verkürzung der Dienstzeit.

In der Begründung der Heeresvorlage findet sich diese interessante Ausführung:

„Bei dem stetigen Anwachsen seiner Bevölkerung kann Deutschland in Rücksicht auf die Finanzkraft des Landes den Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht in voller Reinheit niemals durchführen, sondern muß sich eine durch die Verhältnisse gegebene Beschränkung auferlegen, die seine Wehrkraft nachteilig beeinflusst.“

Die Regierungsvorlage sagt, daß der höchste Grundsatz des deutschen Heeres, die allgemeine Wehrpflicht, nicht durchzuführen sei und daß er eine Beschränkung erfahren müsse, welche die deutsche Wehrkraft herabsetze. Wir, die Feinde des heutigen Militarismus, wollen die Not der Regierung heilen, wir wollen die allgemeine Wehrkraft zur vollen Wahrheit machen, wir wollen die der Wehrpflicht nachteiligen Einflüsse beseitigen: In der Verkürzung der aktiven Dienstzeit ist das Mittel gegeben, die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen und das ganze Volk waffenfähig zu machen! Abgesehen von zahlreichen anderen Vorteilen — wiederum das Institut der Einjährig-Freiwilligen und das schnelle Austrücken dieser jungen Leute in Unteroffiziers- und Offiziersstellen beweisen die Möglichkeit der Verkürzung der Dienstzeit. Für eine Wehrpflichtreform dieser Art sprechen alle militärischen und echt vaterländischen Gründe. Wenn sich der heutige Militarismus dieser Aufgabe widersetzt, so beweist er nur die Klassenpolitik, der er als Werkzeug dient.

Die Regierung fordert: 10 000 Soldaten, 74 Millionen für die Heeresvorlage, viele Millionen für weitere Neuerungen im Heere. Die bürgerlichen Parteien jubeln in Bewilligungslust und gehen auf in patriotischer Wette die Dienstlast wie die Zahlungslast auf die Massen des Volkes zu werfen.

Die Sozialdemokratie aber fordert: Reichsteuern auf die großen Einkommen, Erbschaften und Vermögen! Beseitigung der ungerechten Privilegien aus dem Heeresdienst! Kurze und gleiche Dienstzeit für alle Staatsbürger!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November.

Der Reichstag

trat heute zu seiner 101. Sitzung nach fünfmonatlicher Pause wieder zusammen. Der Reichstags-Präsident Graf Walckreuth, der die Erschienenen mit den üblichen Begrüßungsworten empfing, sagte die ungewöhnliche Ermahnung hinzu, daß die Mitglieder sich eifriger als bisher an den Sitzungen beteiligen sollten, um das große Werk der Volksaufhebung durch Militärforderungen und zollwucherische Handelsverträge ungehindert vom Gespenst der Verschulungsfähigkeit durchführen zu können.

Auf der Tagesordnung der Sitzung standen nur Petitionen. Die erste Gruppe der Petitionen, die nach verschiedenen Richtungen hin eine Aenderung des Fleischbeschaugesetzes anregte, rief eine Debatte hervor, die allein mehrere Stunden ausfüllte. Bekanntlich sind diese Petitionen schon vor dieser Vertagung in Reichstags einmal zur Verhandlung gekommen. Damals hatte der nationalliberale Abg. Heib eine überaus sonderbare Rede zur Verteidigung des Fleischbeschaugesetzes gehalten, in der er den ganzen Jolkstanz als vollkommen wertlos für die Masse der Landwirte bezeichnete und mit diesem Argumente die Notwendigkeit eines starken Schutzes der deutschen Viehzucht begründete.

Die heutige Wiedereröffnung der Sitzungen benutzte Genosse Scheidemann dazu, in seiner frischen und lebhaften Weise mit diesem sonderbaren Agrarier Abrechnung zu halten und zugleich eine gründliche Kritik des neuen preussischen Ausführungsgesetzes über diesen Gegenstand, das im Sommer noch kurz vor Landtagschluss durchgepeitscht wurde, zu liefern. Als Genosse Scheidemann zum Schluß seiner Rede die Hoffnung aussprach, daß die Sozialdemokratie endlich doch mit der Junkersippe fertig werden würde, heulte die Rechte vor Wut, und eine ganze Schar von agrarischen Wortführern aus allen Parteien erhob sich, um unserem Redner zu antworten; von den Nationalliberalen der Abg. Heib, dem seine frühere Entgegnung

die ganze Frische geraubt hat, und der Abg. Wallau, der seinem Kerger über das Buch des Dr. Kay, eines bürgerlichen Sozialpolitikers, über die oberheftische Landwirtschaft Ausdruck gab.

Hauptredner der Rechten war der Antisemit Graf Reventlow; ihm fiel nichts Besseres ein, als von oben herab unseren Redner als unwissenden Zeitungsschreiber zu behandeln und durch allerhand Nörgeln, die er zum großen Teil schon in der vorigen Session mit der ganzen Anmut seiner korpsstudentischen Manieren wörtlich ebenso vorgetragen hatte, seine Standeskollegen zu amüsieren. Ein schönes Beispiel für die Unwissenheit im Reichstage lieferte sofort nach seiner Rede sein agrarischer Gesinnungsgenosse Abg. Herold vom Zentrum. Er behauptete frisch und frei, noch kein Mensch außer dem Abg. Scheidemann habe die Redensartigkeit des preussischen Ausführungsgesetzes zum Fleischbeschaugesetz behauptet. Jeder „Vorwärts“-Leser wäre im Stande, den Herrn Abgeordneten über das Falsche seiner Behauptung zu belehren. Genosse Scheidemann fertigte seine agrarischen Widersacher in überlegener Weise ab und der Abgeordnete Götze von der freisinnigen Vereinigung zog geschickt eine feierliche Erklärung des konservativen Grafen Schwerin-Löwlich ins Kächerliche. Das hinderte die Mehrheit natürlich nicht, über alle diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Danach beantragte der Abg. Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei, die folgenden Petitionen auf Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk, auf Unterdrückung schlechter Literatur- und Kunstzeugnisse und auf Abänderung des § 176 des Strafgesetzbuches von der Tagesordnung abzusehen. Er fand mit dieser Anregung nirgends Zustimmung und mit Recht hielt ihm Genosse Singer entgegen, daß eine solche Unlust in der ersten Sitzung höchst sonderbar sei. Die von dem freisinnigen Redner geforderte Auszählung ergab, daß ein Abgeordneter mehr im Hause war, als zur Beschlußfähigkeit notwendig ist. In ihrer komischen Ungeschicklichkeit hatten die Freisinnigen, von denen zwei Mitglieder im Saale blieben, dies Ergebnis selbst herbeigeführt.

So kam man noch zu den Petitionen auf Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk im allgemeinen und für das Baugewerbe im besonderen. Wenn die Debatte nur die Reden des Zentrums-Abgeordneten Erzberger und des Antisemiten Kaab gebracht hätte, dann wäre ihre Erträgnis sehr gering gewesen. Denn Herr Erzberger sprach nur die parlamentarische Geschichte der Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises breit aus und vertraute im übrigen ganz auf die Beweisraft seiner Privatstatistik über die Baumfälle bei nicht geprüften Baumeistern im Weltgebiet. Und Herr Kaab beschränkte sich darauf, den Befähigungsnachweis für Maschinenisten besonders zu empfehlen. Dann aber fand Genosse Bömelburg Gelegenheit, in einer tüchtigen Rede die Sozialphysiologie der Schwächern für die Meisterprüfung im Baugewerbe aufzudecken. Er erinnerte an Oesterreich, das den Befähigungsnachweis seit elf Jahren hat und eine noch viel ungünstigere Unfallziffer für das Baugewerbe als Deutschland aufweist. Der Baumeister ist im Zeichen der kapitalistischen Entwicklung in der Hauptsache zum Kaufmann geworden, dessen Meisterzertifikat bedeutungslos bleibt und bleiben würde, da der Pöbel auf dem Bau alles macht. Gegen gewissenlose Bauausführungen kann nur ein allgemeines Baugesetz und die strenge Durchführung und Heberwachung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen nützen. Aber gerade davon wollen die Zunftmeister am wenigsten etwas wissen. So steckt hinter ihrem Geschrei nach Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe nichts als die Sehnsucht nach einem Erwerbprivilegium.

Nach dieser Rede vertagte sich das Haus. Morgen soll damit begonnen werden, die zahllosen Etatresolutions des vorigen Sitzungsabschnitts aufzuarbeiten. Der Festlegung der Tagesordnung ging der Austausch einiger Liebenswürdigkeiten zwischen Herrn Kaab und Herrn Dr. Müller-Sagan voran.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die erste Beratung der Vorlage betr. die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Sibiria zu Gerne. Bekanntlich handelt es sich darum, daß die Regierung die Ermächtigung nachsucht, von der Dresdner Bank Aktien der Bergwerksgesellschaft Sibiria im Nominalbetrage von 27 1/2 Millionen Mark zu erwerben und zu diesem Zweck einen Betrag bis zu 69 1/2 Millionen zu verausgaben.

Die zahlreichen Tribünenbesucher, die sich in Erwartung eines „großen Tages“ eingefunden hatten, wurden arg enttäuscht. Die Debatte setzte mit einer nichts weniger als interessanten Rede des Handelsministers Müller ein, der unter Polemik gegen die der geplanten Aktion feindlich gegenüberstehenden Presse das beabsichtigte Geschäft als ein höchst vorteilhaftes anpries. Herr Müller zeigte sich wieder mal als Mann der halben Maßnahmen. Er vermag nicht zu bestreiten, daß hohe Kohlenpreise die Bevölkerung schwer schädigen, aber er will trotzdem dem Staat seinen bestimmenden Einfluß auf die Höhe der Kohlenpreise sichern. Das wäre seiner Meinung nach ein Danaergeschenk. An eine Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues denkt die Regierung nicht, wie der Minister ausdrücklich betonte, aber über die Gründe, die das Staatsministerium zu einem solchen Beschluß bestimmt haben, wurde das Haus im unklaren gelassen. Ebenso wenig fand das hohe Angebot an die Aktionäre und die ganz ungewöhnlich hohe Provision an die Dresdner Bank eine genügende Erklärung. Auch darüber, weshalb die Regierung nicht so vorgeht, wie seinerzeit bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen, erfolgte

Seine Kunst. Vielleicht wird das in der Kommission nachgeholt, der die Vorlage zweifellos überwiesen werden wird.

Im allgemeinen zustimmend äußerten sich zu der Vorlage die Redner der konservativen Parteien, die Abg. v. Kessel (kons.) und v. Wognna (ff.). Letzterer ist nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus „nationalen Gründen“ ein Freund der Vorlage; er hofft, daß der Staat, wenn er erst im Besitz von Kohlenfeldern in Westfalen ist, gegen die Bergarbeiter vorgehen kann. Vorläufig nur gegen die armen Polen; die Sozialdemokraten sollen natürlich auch an die Reihe kommen. Daß Herr v. Wognna weiter der Ansicht Ausdruck gab, die Regierung könne in den Gruben hygienisch musterquälige Einrichtungen schaffen, zeigt, wie wenig er im praktischen Leben Weisheit weiß. Wo ist bisher die preussische Regierung in bezug auf Arbeiterfürsorge mit gutem Beispiel vorgegangen? Das Gegenteil ist der Fall.

Von den Rednern der übrigen Fraktionen brachte der glücklich dem Hause wiedergegebene Abg. Spahn (Ztr.) einige budgetrechtliche Bedenken vor. Abg. Schiffer (natl.) hielt eine echte „Einerseits-Andererseits-Rede“, Herr Cassel (fr. Wpt.) sprach sich scharf gegen die Vorlage sowie die Verstaatlichungsbüdes überhaupt aus, wobei er es nicht unterließ, sich als Bundesgenosse im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die freisinnige Vereinigung ist sich, wie aus den Ausführungen ihres Redners, des Abg. Münsterberg hervorging, über ihre Stellung noch nicht im klaren.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Graf Bülow über die englisch-deutschen Beziehungen.

„Nineteenth Century“ veröffentlicht ein Interview eines Mitarbeiters mit dem deutschen Reichskanzler über die deutsch-englischen Beziehungen. Der Kanzler bedauerte, daß ein Teil der englischen Journalisten deutschfeindlich gesinnt sei. Den beiderseitigen Interessen werde besser gedient, wenn man diese Feindseligkeit aufgeben werde. Eine Wendung zum Besseren scheine ja bereits eingetreten zu sein. Es sei unwar, daß Deutschland versucht habe, das Tibetabkommen zu verhindern. Er ermächtigte Herrn Vossford, offiziell festzustellen, daß Baron v. Rumm sich nicht in diese Frage eingemischt habe. Wichtig sei es auch, daß die baltische Flotte durch deutsche Anordnungen nervös gemacht worden sei. Die Befürchtungen wegen eines japanischen Angriffes habe man in offiziellen russischen Kreisen bereits vor Abfahrt der Flotte gehabt. Schon im August habe die russische Regierung die Aufmerksamkeit Deutschlands auf die Möglichkeit eines Angriffes von deutschem Boden aus gelenkt. Deutschland habe dann auch die erforderlichen Schutzmaßnahmen getroffen, daselbe habe Dänemark getan. Es liege Deutschland vollständig fern, Unfrieden zwischen England und Rußland zu stiften. Deutschland wüßte keinen Zusammenstoß beider Mächte, da ein derartiger Krieg um sich greifen könne. Mit einer solchen Brandfackel dürfe Deutschland mit Rücksicht auf die eigene Ruhe nicht spielen, deshalb habe Deutschland auch auf die Begrenzung des augenblicklichen Krieges hingearbeitet und die Neutralität Chinas sei Deutschland in erster Linie zu danken. (?) Gegen ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und England habe Deutschland nicht das geringste einzuwenden. Deutschland habe kein spezielles Abkommen mit Rußland, es wüßte nur mit seinem östlichen Nachbarn in Frieden zu leben. Ebenfalls denke Deutschland daran, Zwietracht zwischen Frankreich und England zu säen; derartige Intrigen würden ja auch ganz vergebens sein. In Ägypten habe Deutschland seine letzten Bestimmung gegenüber der britischen Regierung bewiesen, indem es dem Uebereinkommen mit Frankreich kein Hindernis in den Weg gelegt habe. Ein Krieg zwischen England und Deutschland würde ein Glücksfall für alle Rivalen beider Mächte sein. Ein solcher Krieg würde den deutschen Handel zerstören und den englischen ernstlich gefährden. Andere Staaten würden die Gelegenheit benutzen, sich die Märkte der Welt zu sichern, ohne einen Schutz abzugeben. Die deutsche Flotte sei nur für Verteidigungszwecke bestimmt. Sie solle nur die deutschen Gewässer sichern und notwendigen Schutz für die deutschen Interessen im Ausland leisten. Natürlich jorge die deutsche Regierung für die Schlagfertigkeit der deutschen Flotte. Der deutsche Kaufmann jenseits der Meere sei kein armseliges Geschöpf mehr, das sich begnügen müsse, vom Tisch gefallene Prosamen aufzufressen. Der Reichskanzler betonte dann auf eine spezielle Frage des Interviewers nochmals, daß Deutschland nichts ferner liege, als irgend ein Vorgehen gegen England. Er persönlich empfinde nicht die geringste Abneigung gegen England. Er bewundere im Gegenteil das Land und das Volk und seine Literatur.

Ob diese Äußerungen die englischen Befürchtungen zerstreuen werden, ist sehr fraglich. Diplomatische Erklärungen und Herzergüsse machen in der Politik keinen Eindruck, sofern die politischen Taten des betreffenden Staatsmannes diesen Erklärungen zu widersprechen scheinen. Graf Bülow hat erklärt, daß die deutsche Flotte nur der Verteidigung der deutschen Küsten und des deutschen Handels im Ausland dienen solle. Demgegenüber sind von anderer unverantwortlicher, aber um so einflussreicherer Stelle vielfach Erklärungen abgegeben worden, die ein weltpolitisches Programm darstellten, das unendlich viel weiter ging. Beispielsweise steht der Ausspruch, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege, in recht erheblichem Gegensatz zu den bescheidenen Wünschen des Grafen Bülow. — Wenn es Graf Bülow so darstellte, als habe der deutsche Kaufmann es erst unserer Marine zu danken, daß er „kein armseliges Geschöpf“ mehr sei, das von den „vom Tisch gefallenen Prosamen“ leben müsse, so steht auch diese Behauptung in scharfem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen. Der deutsche Welthandel hat sich gewaltig entwickelt ohne die Flotte. Durch unsere Flotte ist ihm auch nicht der geringste Markt erobert worden, denn die Ausfuhr nach unseren Kolonien ist eine geradezu lächerliche und geringfügige. Auch scheint Graf Bülow noch eine wunderbar veraltete Auffassung von dem gegenwärtigen Ringen um die Eroberung von Absatzgebieten zu haben. Es wäre in der Tat sehr schlecht mit Deutschland bestellt, wenn nur die deutsche Flotte verhindern könnte, daß von den konkurrierenden Nationen der deutsche Welthandel zerstört würde. Die Angriffe konkurrierender Nationen auf den Welthandel einer anderen großen Nation vertritt eine Kriegsflotte gehören längst verschwundenen Jahrhunderten an. Allerdings vernichtete die holländische Flotte seinerzeit die portugiesische und spanische Flotte, allerdings löste durch kriegerische Machtmittel später England Holland in seiner Weltmachtsstellung ab. Aber seitdem ist der friedliche Wettbewerb der Nationen auf handelspolitischem Gebiete an die Stelle des kriegerischen Wettbewerbes getreten. Die Ursache dieses Wandels liegt allerdings nicht in der Humanisierung der Nationen, sondern einfach darin, daß die großen Industrienationen schon deshalb auf die konkurrierenden Nationen Rücksicht zu nehmen gezwungen sind, weil ein großer Teil ihres Exportes nach den Inlandsmärkten der konkurrierenden Nationen ausgeführt wird. Welches Interesse beispielsweise England hat, auch mit Deutschland auf

gutem Fuße zu stehen, haben wir unlängst zahlmäßig nachgewiesen; dasselbe gilt von den anderen Nationen. Es siehe sich deshalb viel wirksamer ein freundschaftliches Verhältnis gegenüber England anzubahnen, wenn Deutschland aufhören würde, mit seinen feierhaften Marinerausstellungen fortzufahren, und es aufgeben würde, eine Weltpolitik zu betreiben, die nicht nur Deutschland Unsummen kostet, ohne das geringste einzubringen, sondern auch fremde Kolonialmächte mit Befürchtungen erfüllen muß. —

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn gescheitert.

Nach den von Wien einlaufenden telegraphischen Nachrichten scheinen dort die Handelsvertrags-Verhandlungen abgebrochen worden zu sein. Graf Posadowsky hat nach wochenlangen Verhandlungen gestern morgen Wien verlassen, und gestern Abend sind auch die deutschen Referenten abgereist. Ob damit die Verhandlungen als völlig gescheitert zu betrachten sind, oder ob Graf Posadowsky mit den Unterhändlern nach Berlin gereist ist, um mit dem Reichskanzler zu konferieren und die Einwilligung zu weiteren Zugeständnissen an die österreichisch-ungarischen Forderungen einzuholen, bleibt vorläufig noch fraglich. Da aber der deutschen Regierung zweifellos sehr viel daran gelegen ist, den Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn zusammen mit den anderen bisher von ihr abgeschlossenen Handelsverträgen dem Reichstage vorzulegen, so deutet der Abbruch der Wiener Verhandlungen darauf hin, daß nach ihrer Meinung vorläufig eine Verständigung über die beiderseitigen Wünsche und Forderungen ausichtslos ist.

Als Graf Posadowsky nach Wien ging, stand es bereits um die Verhandlungen sehr schief, sie besserten sich dann aber nach den Mitteilungen der Wiener Presse etwas, so daß es zeitweilig schien, als werde der Vertrag doch früh genug zu Stande kommen, um im Dezember dem deutschen Reichstage vorgelegt werden zu können. Wie sich jedoch in den letzten Tagen herausgestellt hat, wurde diese „Besserung der Aussichten“ nur dadurch erzielt, daß man erst die relativ leichteren Fragen vornahm und die Verhandlung über diejenigen Vertragspositionen, über welche die Forderungen am weitesten auseinander gingen, zurückstellte. Als man dann an diese herantrat, stellten sich erst die eigentlichen Schwierigkeiten ein. Schon am Sonnabend nachmittag hatten die Gegenparte in der Konferenz sich derartig zugespitzt, daß ein vorläufiger Abbruch der Unterhandlungen in ziemlich sicherer Aussicht stand; dennoch wurden sie am Montag erneut aufgenommen, aber gänzlich erfolglos.

Die beiden Streitpunkte, um die es sich handelt, sind der Zerstanzoll und vor allem der von Oesterreich-Ungarn verlangte Abschluß einer neuen Veterinärkonvention, die diese Länder davor sichert, daß die von deutscher Seite zugestandenen Viehzollermäßigungen später durch irgend welche auf Grund des Seuchengesetzes von der deutschen Regierung verfügten Grenzschutzmaßnahmen und Einfuhrhemmungen wertlos gemacht werden. Die von der deutschen Regierung befolgte Abwehrpolitik gegen die fremde Vieheinfuhr hat den österreichischen Interessenten gezeigt, daß die Verhinderung des Viehimports in das deutsche Zollgebiet sich durch diese Politik noch weit gründlicher bewirkt läßt, als durch hohe Zölle. Andererseits aber will aus Rücksicht auf ihre lieben Agrarier die deutsche Regierung sich zur Uebernahme der verlangten Verpflichtungen nicht verstehen, sondern sich die Möglichkeit offen halten, nachträglich zugunsten der inländischen Viehzüchter „Korrekturen“ vorzunehmen.

Die agrarische Belastung der Kanalvorlage.

Die konservativen und liberalen Agrarier verstehen es mit meisterhaftem Geschick, die Kanalvorlage derartig mit agrarischen Wünschen zu bepacken, daß sie für die Verkehrsentwicklung jede Bedeutung verliert. Bereits vor einer Woche verlautete, daß die Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses in einer hinter verschlossenen Türen abgehaltenen geheimen Sitzung einem Zentrumsantrag zugestimmt habe, der die Forderung stellt, daß zugleich mit der Eröffnung des Verkehrs auf dem Rhein-Weine-Kanal Schiffsabgaben auf den deutschen Strömen zur Deckung der vom Staat zur Verbesserung und Vertiefung aufgewandten Geldmittel eingeführt werden. Diese Mitteilung bestätigte sich. Die „Post“ veröffentlicht die in der Kanal-Kommission neu gestalteten wichtigeren Bestimmungen der Kanalvorlage, und nach dieser Veröffentlichung hat der in jener geheimen Sitzung eingehobene § 91 folgenden Wortlaut:

§ 91.
„Mit Inbetriebsetzung des Kanals vom Rhein nach Hamover sollen Gebühren zum Ausgleich für die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der natürlichen Binnenschiffahrtstraßen, soweit diese durch staatliche Aufwendungen eine über das natürliche Maß hinausgehende Verbesserung oder Vertiefung erfahren haben, erhoben werden.“

Der Paragraph hat wie das Schlepplimonopol den Zweck, den Transport von ausländischen landwirtschaftlichen Produkten auf den großen Strömen, vornehmlich der Rheinfahrt, zu erschweren und zu verteuern. Er soll, um einen Ausdruck des Abgeordneten Am Zehnhoß zu gebrauchen, gewissermaßen die Agrarzölle ergänzen. Während aber das Staatsmonopol des elektrischen Schlepptriebes manche technischen und wirtschaftlichen Vorteile vor dem privaten Schlepptrieb hat, so daß man sich trotz der von den Agrariern mit ihrer Forderung verbundenen Absichten für den staatlichen Schlepptrieb erklären kann, gibt es keinerlei stichhaltige Gründe für die Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen, man müßte denn das Interesse der Großagrarier, den deutschen Inlandmarkt gegen die Einfuhr fremder Agrarprodukte abzusperren, als zureichenden Grund gelten lassen.

Zudem steht aber der Beschluß der Kommission direkt dem Artikel 54 der Reichsverfassung entgegen, in dem es heißt: „Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben sowie die Abgaben für die Befahrung künstlicher Wasserstraßen, welche Staats Eigentum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellungs der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen.“ Allerdings hat der Reichskanzler versucht, in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember 1903 diesem Artikel die kühne Interpretation zu geben, daß er nur das Recht der Einzelstaaten beseitigen wolle, auf den deutschen Strömen lediglich für ihre Befahrung Abgaben zu erheben, und der Minister v. Budde hat im Februar ds. Js. diese Auslegung in der Budget-Kommission dahin ergänzt, daß durchaus kein Hindernis bestehe, auf den natürlichen Wasserstraßen für die Benutzung von erst künstlich geschaffenen Fahrtrinnen und deren Erhaltung Gebühren zur Deckung der Kosten einzuführen; aber so schön diese beiden Interpretationsleistungen auch sein mögen, sind sie doch nicht maßgebend. Zur Auslegung des betreffenden Artikels der Reichsverfassung ist zweifellos nicht ein einzelner Bundesstaat — auch Preußen nicht — zuständig, sondern nur das Reich selbst. Außerdem aber geht aus den weiteren Bestimmungen des Artikels 54 deutlich hervor, daß zum Beispiel das Reich durchaus berechtigt ist, die preussische Regierung zur Instandhaltung ihrer Ströme anzuhalten und die Abgabenfrage selbständig durch ein Reichsgesetz zu regeln, folglich steht auch die Entschädigung darüber, ob ein Fluß eine „künstliche Wasserstraße“ geworden ist und für die genannten Auf-

wendungen Abgaben erhoben werden dürfen, nicht dem einzelnen Bundesstaat, sondern ausschließlich dem Reich zu. Und daß zum Beispiel die am Rhein gelegenen Staaten, wie Baden und Hessen, willig die Auslegung der preussischen Regierung anerkennen werden, ist nach ihrer früheren Stellungnahme zu dieser Materie höchst unwahrscheinlich.

Deutsches Reich.

Der Seniorenkongress des Reichstages

hat am Dienstag mittag unter Vorsitz des Präsidenten darüber beraten, welche Vorlagen bis zur Weihnachtspause erledigt werden sollen.

Es sind die durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bereits mitgeteilten Vorlagen beim Reichstag eingegangen.

In nächster Zeit werden die Handelsverträge dem Reichstag vorgelegt werden. Der Reichskanzler ist entschlossen, die Handelsverträge dem Reichstage in der ersten Hälfte des Dezembers vorzulegen, gleichgültig, ob sich der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn darunter befindet. Ob mit Oesterreich überhaupt jetzt ein Handelsvertrag zu Stande kommt, wird, wie der Reichskanzler mitgeteilt hat, innerhalb drei Tagen entschieden werden.

Der Seniorenkongress stimmte dem Vorschlag des Präsidenten zu, wonach die erste Lesung des Etats mit der ersten Beratung des Gesetzes über die Verneuerung des Heeres und des Gesetzes über die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit verbunden werden soll. Trotz der von sozialdemokratischer und freisinniger Seite gegen die Verbindung der Beratung erhobenen Bedenken trat die Mehrheit der Anwesenden bei, der eine Abfertigung der Verhandlungen von seinem Vorschlag erhofft.

Die erste Lesung des Etats und der Anträge soll am 3. Dezember beginnen und wird durch eine sehr lange Erörterung des Schatzsekretärs eingeleitet werden. Nach Erledigung der ersten Lesung des Etats ist die erste Beratung der Handelsverträge in Aussicht genommen. Mit diesen Beratungen wird die für den Reichstag bis Weihnachten verfügbare Zeit abgerollt werden, da spätestens am 17. Dezember die Weihnachtsserien beginnen werden.

Als Arbeitstoff für den Rest dieser Woche ist die Beratung eines Teiles der im Frühjahr zurückgestellten Etats-Resolutionen vorgesehen. Kommen die Handelsverträge nicht so zeitig an den Reichstag, daß die erste Lesung nach der Weihnachtspause vorgenommen werden kann, so wird an deren Stelle die erste Beratung der Militärpensions-Gesetze vorgenommen werden.

Zur Beratung des Etats in den Fraktionen wird der Donnerstag dieser Woche sittingsfrei bleiben. —

Das verbehrerische Lächeln.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

In der nicht weit von der russischen Grenze entfernten, zirla 6000 Einwohner zählenden Stadt Marggrabowa wurden gleich nach der letzten Reichstagswahl eine Anzahl Mitglieder aus dem dortigen Kriegerverein ausgeschlossen, weil die in dieser Stadt wohnenden Personen merkwürdigerweise, trotz der geheimen Wahl wissen wollten, daß sie sozialdemokratisch gewählt hatten. — Es waren übrigens in dieser Stadt gegen 300 Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben worden. — Ein Teil dieser ausgeschlossenen Kriegervereinsmitglieder, Handwerker und sonstige Gewerbetreibende traten nun zusammen, um einen Verein mit der Tendenz der gegenseitigen Unterstützung, bei Ausschluß der Politik zu gründen. In einer Zusammenkunft, zu der diejenigen Bürger der Stadt persönlich eingeladen waren, die die Absicht geäußert hatten, dem neuen Verein beizutreten, wurden die Statuten beraten. Am Tage darauf erschien bei dem provisorischen Leiter dieses neu zu gründenden Vereins, einem Schuhmachermeister, die Polizei in dessen Wohnung, hielt Hausdurchsuchung und beschlagnahmte das geschriebene Manuskript der Statuten und das Protokoll der Sitzung. Dann erhielten der Schuhmachermeister und der Inhaber der Wohnung, in der die Versprechung stattgefunden hatte, jeder ein polizeiliches Strafmandat über 15 Mark wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung.

Der Schuhmachermeister erhob gegen den Strafbefehl Widerspruch und wurde vom Schöffengericht zu Marggrabowa freigesprochen.

Darauf legte der Amtsanwalt gegen das Urteil Berufung ein und erzielte damit bei der Strafkammer zu Lyk wieder eine Verurteilung in Höhe der Polizeistrafe. Gegen dieses Urteil legte nun der Berufte Revision bei dem Kammergericht ein. Dieses hob die Entscheidung auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zu Lyk.

Am 18. d. M. fand daselbst der Termin in dieser Sache statt. Es handelte sich hauptsächlich um die Feststellung, ob außer der Gründung des Vereins auch noch politische, insbesondere sozialdemokratische Angelegenheiten in der inkriminierten Zusammenkunft erörtert worden sind. Dem Angeklagten wurden vom Vorsitzenden und vom Staatsanwalt eine Anzahl Kreuz- und Querfragen vorgelegt. Als dann der Staatsanwalt sein Plaidoyer hielt, gebrauchte er, den Angeklagten von oben bis unten mustern, dem Sinne nach etwa folgende Äußerung: „Daß der nicht die Wahrheit sagt, ist klar, das sieht man ihm an.“ Bei dieser Äußerung wollte nun der Staatsanwalt bemerkt haben, daß der Angeklagte ihn höhnisch angelächelt habe. Er wandte sich zu den Richtern und beantragte dafür die Verurteilung des Angeklagten wegen Ungebühr mit 24 Stunden Haft.

Der Vorsitzende sowie die übrigen Richter erklärten, von einem Lächeln des Angeklagten nichts bemerkt zu haben und der Vorsitzende meinte, es müsse dann der Staatsanwalt als Zeuge dieserhalb auftreten. Darauf stand dieser erregt auf und verstandete sein Ehrenwort dafür, daß der Angeklagte wirklich gelächelt habe. Nun zog sich das Gericht zurück und fällte dann nach ganz kurzer Beratung das Urteil dahin, daß die Verhandlung zum Zwecke weiterer Beweisaufnahme vertagt sei, der Angeklagte aber wegen Ungebühr vor Gericht mit sofort zu vollstreckender 24stündiger Haft bestraft worden sei.

Der Termin hatte um 9 Uhr begonnen. Als dieses Urteil gefällt wurde, war es 10 Uhr. Der Angeklagte, ein angegebener Bürger der Stadt, wurde nur von der Anklagebank fort in einer Einzelzelle bis 1 Uhr mittags im Gerichtsgebäude eingesperrt. Dann wurde er von einem Aufseher durch die Stadt wie ein Verbrecher nach dem Gefängnis geführt.

Der Schuhmachermeister verlangte dort, vor den aufsichtführenden Richter geführt zu werden, um Beschwerde zu führen. Auch verlangte er, daß man ihm wenigstens auf seine Kosten etwas zu essen gebe. Es wurde ihm gesagt, daß er beschwerdeführend vernommen werden könne. Wegen der Verfestigung müsse erst Erlaubnis eingeholt werden.

Erst abends gegen 6 Uhr erhielt der Eingesperrte, der früh morgens von Hause fortgegangen war und dessen Familie gar nicht wußte, wo er geblieben war, für sein Geld Essen. Dann sagte man ihm, daß er am andern Morgen 8 Uhr beschwerdeführend vernommen werden könne.

Der auf diese Art eines angeblichen Lächelns wegen so plötzlich seiner Freiheit beraubte verzichtete darauf, weil er ja um 10 Uhr des anderen Tages seine 24 verbüßt hatte. Er ließ sich Papier und Feder in die Zelle bringen und schrieb eine Beschwerde über das soeben Erlebte.

Zu bemerken ist noch, daß auch weder der Verteidiger des Angeklagten, noch jemand aus dem Zuschauerhaufen bemerkt hat, daß der Angeklagte den Staatsanwalt angeklagt hat. Er selbst bestreitet das mit Entschiedenheit. Die Äußerung des Staatsanwalts, in der er den Angeklagten als Lügner bezeichnete, war auch durchaus nicht dazu angetan, bei diesem ein Lächeln hervorzurufen. Aber das angebotene Ehrenwort des Staatsanwalts war dem Gericht Beweis genug, einen unbescholtenen Bürger sofort von der Gerichtsstelle in das Gefängnis zu sperren. Jeder Stromer oder Verbrecher erhält im Gefängnis seine Mahlzeiten, aber der des Lächelns vor Gericht verdächtige und wegen angeblicher Uebertretung einer Polizeivorschrift angeklagte Bürger mußte tagsüber hungern und erhält erst auf mehrmaliges Verlangen gegen Abend für sein Geld Verköstigung. Welcher Unterschied ist da noch zwischen deutscher und russischer Justiz? —

Die Ballinische Wirtschaft

Ist — im Widerspruch zu den von der Presse gebrachten beruhigenden Mitteilungen — in einem noch kräftigeren Aufblühen begriffen als je zuvor. Dieser Tage brachte die „Neue politische Korrespondenz“ eine Mitteilung, die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben eine neue Verordnung zur Regelung des Verkehrs außerdeutscher Auswanderer durch Preußen erlassen — allerdings soll die neue Verordnung sich nur auf Auswanderer beziehen, die nicht aus Rußland kommen; hinsichtlich der Auswanderer, welche die russisch-preussische Grenze passieren, soll es lediglich bei den bisherigen Vorschriften verbleiben.

Ob die Neuregelung des Verkehrs der nicht-russischen Auswanderer diesen eine Erleichterung bringt, wird noch des näheren nachzuprüfen sein; was uns bis jetzt darüber bekannt geworden ist, läßt uns vermuten, daß auch hier alles ungefähr beim alten bleibt. Was aber die Behandlung der aus Rußland kommenden Reisenden anlangt, die im Verdacht stehen, Auswanderer zu sein, so scheint in der Tat von oben ein Bins gegeben zu sein, man solle ja nicht daran denken, sich angesichts der Entrüstung, die die bisherige Wirtschaft in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, etwa vorübergehende Schamleiten zu lassen, im Gegenteil, man solle in der bisherigen Weise nur lustig darauf los wirtschaften. Die Ballintreiber haben sich das sicher nicht zweimal sagen lassen und nun häufen sich in der letzten Zeit die Beschwerden, die an uns gelangen, in einer selbst bisher nicht dagewesenen Weise. In den letzten Tagen sind uns nacheinander drei Fälle gemeldet, in denen politische Flüchtlinge in die Strahlen der Ballinbanditen gelangt waren, denen zu entgehen, ihnen nur mit der größten Mühe gelungen war. Soll geht es auch auf dem Lehrter Bahnhof zu. Jeden Tag wird dort Menschenfang engros betrieben. Ein Tischler Stoldt aus Charlottenburg begleitete Ende voriger Woche einen russischen Bahntechniker St., welcher bei ihm logiert hatte und nunmehr nach Hamburg reisen wollte, nach dem Lehrter Bahnhof.

Bei Betreten des Bahnhofs wurden Herrn St. vom Bahnhofsportier (I) der Paß und sogar ein Abzugsaufschuß aberlangt, ohne Vorzeigung dieses letzteren wurde ihm nicht geglaubt, daß er sich hier nicht lediglich auf der Durchreise nach Amerika befände. Das Zeugnis des Tischlers St., daß der Mann tatsächlich bei ihm längere Zeit logiert habe, half zunächst nichts. Der Portier sagte ihm vielmehr: „Sie haben wohl im „Vorwärts“ über die Vorgänge auf dem Lehrter Bahnhof gelesen? Sie sehen aber, daß das alles gar nichts geholfen hat, im Gegenteil ist jetzt die Kontrolle noch schärfer als früher.“ Erst nach längerem Parlamentieren gelang es dem Herrn St., ungehindert nach Hamburg abzufahren. Unser Gewährsmann war aber noch Zeuge, wie drei andere junge Russen nicht zur Abfahrt zugelassen wurden. Den Leuten wurde gesagt, sie könnten die Nacht in der Stadt zubringen, am anderen Morgen früh sollten sie wieder kommen, um zunächst die Fahrt nach der Kontrollstation anzutreten. Man sieht hieraus, was für ein Humbug mit dem angeblichen Schutz Deutschlands vor einer Seuchengefahr, dem die Kontrollstationen dienen sollen, getrieben wird. Wären solche Auswanderer in der Tat seuchenverdächtig, so wäre ja die auf dem Lehrter Bahnhof unserer Informationen nach stets geübte Praxis — die wirklichen oder angeblichen Auswanderer vor Uebertretung an die Kontrollstation in Berlin nachzugehen zu lassen — eine ungeheure Trivialität. Berlin hätte ja schon tausende von Malen in der Gefahr gestanden, von diesen Leuten durchseucht zu werden. Aber zum Glück steht die Sache nicht so schlimm, die Leute werden von Lehrter Bahnhof bis zum nächsten Morgen entlassen, weil die Bahnbeamten und die immer noch dort ihr Unwesen treibenden Ballinagenten selbst fest davon überzeugt sind, daß kein Grund für die Besorgnis einer Seuchengefahr vorliegt. Womit ist es aber in diesem Falle zu rechtfertigen, daß die Leute in Rußland unter dem Vorwande des Seuchenverdachts der Freiheit entzogen werden?

Wie wir erfahren haben, sind übrigens die drei oben erwähnten jungen Russen am nächsten Morgen richtig in der Ballinfalle aufgefangen worden.

Kaiserjagd an der russischen Grenze. Während man in den letzten Zeiten von der preussisch-russischen Grenze in trotzlosem Einvernehmen nur Nachrichten von mißhandelten oder erschossenen Defektiven, von der Menschenfängerrei der deutschen Reibereien, von dem Elend der Mobilmachung hört, kommt neuerdings ein Telegramm aus Katorow, das zeigt, wie die Berlin-Potsdamer Postluft selbst an der russischen Grenze zu wehen vermag.

Der deutsche Kaiser jagt zurzeit in Rußland an der russischen Grenze. Sein Jagdgebiet wollte ihm eine besondere Aufmerksamkeit erweisen und geleitete ihn an die nahe russische Grenze. Dort fand sich alsbald der Kapitän v. Rehbinder aus Wasmulow mit 18 bewaffneten Grenzsoldaten ein, die in ein dreimaliges Hurra einstimmten. Der Kaiser war so erfreut über diesen Grenzzwischenfall, daß er jedem Grenzsoldaten ein neues silbernes Duimarschütz überreichen ließ. Kapitän Rehbinder dankte dem Kaiser für diese Gnade. Es wird dann noch berichtet, daß sich Wilhelm II. mit dem Kapitän lebhaft unterhalten habe.

Schon vor ein paar Jahren ritt Wilhelm II. über die russische Grenze, um einem abgetrennten Dorfe eine Unterstützungssumme zu überbringen. Auch diesmal hat er die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, eine Kundgebung der untergeordneten deutsch-russischen Intimität zu veranstalten. Natürlich war das Zusammenreffen kein Zufall, sondern die 18 Grenzsoldaten und der Kapitän mußten vorher benachrichtigt sein. —

Ein außerordentlicher Landtag ist in Dresden durch eine Thronrede am Dienstag eröffnet worden. Die Thronrede befragt ausführlich den Verlust des verstorbenen Königs. Sie erklärt, der jetzige König wolle die Regierung „im Sinne und Geiste des Verewigten (Dreikaiserwahl-Unrecht) fortführen“. Sie bezeichnet als Zweck des außerordentlichen Landtages die neue Feststellung der Zivilisten. —

Verrat militärischer Geheimnisse. Zu der Affäre des Mechanikers Meißner in Jena, der am 15. November unter dem Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet und seitdem eingesperrt

ist, kann weiter mitgeteilt werden, daß am Sonnabend auch dessen Schwäger Th. in Frankenhäusen verhaftet wurde. Th. soll der Wittaterschaft verdächtig sein. Nachdem man denselben hier seinem Schwager gegenübergestellt hatte, wurden am Montag beide nach dem Landgerichtsgefängnis Weimar übergeführt. —

Neue Verluste in Südwestafrika.

Am Tappus sind gestorben Reiter Emil Wätner, geboren 28. Februar 1880 zu Hopfgarten, am 25. November im Lazarett Oshandja; Gefreiter Gottlieb Kalweit, geboren 25. März 1881 zu Augstapönen, am 25. November im Lazarett Epufiro; Gefreiter Walter Renzel, geboren 30. Mai 1881 zu Ebersfeld, am 25. November im Lazarett Oshandja.

Gefallen am 22. November 1904 im Gefecht: Eisenach; Reiter Alfred Müller, geb. 27. August 1884 zu Kottbus, Prussisch; Reiter Paul Wittig, geb. 11. September 1882 zu Dresden, Prussisch; Unterleibschuß; Reiter Paul Sauer, geb. 23. Februar 1881 zu Braichen, Prussisch; Reiter Max Sell, geb. 18. Januar 1883 zu Wylschin, Prussisch.

Am Tappus gestorben: Reiter Hugo Weschle, geboren 7. Dezember 1880 zu Heldringen, am 11. November im Lazarett Epufiro.

Der unterm 18. November vermißt gemeldete Reiter Bruno Brudmann hat sich wieder eingefunden.

Berlin, 29. November. Am Tappus gestorben: Reiter Franz Mayer, geb. 1. 6. 81 zu Otterbach, früher im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30, am 27. November im Lazarett Oshandja; Reiter Conrad Prohmer, geb. 3. 7. 81 zu Konstanz, früher im Dragoner-Regiment Nr. 22, am 13. November im Lazarett Epufiro.

Verunglückt: Reiter Heinrich Bilsfeld, geb. 28. 9. 78 zu Jochen, früher im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 9, am 27. November in Swalopmund an einer herbeigeführten Verwundung (Schuß durch Hals), durch Fahrlässigkeit eines Zivilisten gestorben.

Ausland.

Friedensdemonstrationen und Friedensgefährdung.

Zu Ehren einer Anzahl skandinavischer Parlamentarier veranstaltete am Montagabend die französische Parlamentsgruppe für Schiedsgerichte ein großes Bankett, an dem mehrere Minister, darunter auch der Ministerpräsident Combes, die Präsidenten des Senats, der Deputiertenkammer usw. teilnahmen. Senator Berthelot führte in einer Rede aus, daß der Zweck der internationalen parlamentarischen Zusammenkünfte derjenige sei, eine „heilige Alliance“ der Völker herbeizuführen. Ein anderer Festredner wies auf den Empfang hin, den im Jahre zuvor die englischen Parlamentarier in Frankreich gefunden hätten. Destournelle de Constant, der Präsident der Parlamentsgruppe für Schiedsgerichte, führte aus, der Gedanke der Schiedsgerichte sei etwas durchaus Neues, Schiedsgerichte seien nicht nur vom internationalen Standpunkte, sondern auch vom nationalen aus wertvoll, der Schiedsgerichtsgedanke habe, wie die zahlreichen bereits abgeschlossenen Verträge bewiesen, bereits große Fortschritte gemacht. Der dänische Abgeordnete Hoordam sagte, daß ebenso, wie die 3 skandinavischen Reiche, die sich früher untereinander bekriegt hatten, jetzt Brüder geworden seien, auch die übrigen Völker sich verbrüderung könnten. Ein schwedischer Senator gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß dank dem englisch-französischen Einvernehmen der Huller Zwischenfall friedlich erledigt werde. Er hoffe, daß der Gedanke des Präsidenten Roosevelt, eine zweite Haager Friedenskonferenz einzuberufen, Erfolg haben werde. Der Präsident des norwegischen Odelsthings Prebenstien verherrlichte Frankreich, das bei den Bestrebungen, Hostilitäten unter den Völkern auf friedlichem Wege zu schlichten, an der Spitze stehe.

Wie man sieht, gibt man sich unter den bürgerlichen Politikern vielfach übertriebenen Illusionen über die Wirksamkeit der Friedenspropaganda hin. Es ist allerdings richtig, daß zwischen den verschiedenen Staaten in der letzten Zeit eine Reihe von Schiedsgerichtsverträgen abgeschlossen worden sind. Nicht minder Tatsache ist es aber, daß auch ohne diese Schiedsgerichte kleinere Konflikte zwischen diesen Staaten schwerlich zum Kriege geführt haben resp. führen würden, sondern auch ohne die Schiedsgerichte friedlich geregelt worden wären. Auch aus der Tatsache, daß während mehrerer Jahrzehnte zwischen den großen europäischen Nationen ein Krieg nicht stattgefunden hat, darf nicht gefolgert werden, daß der Gedanke des Kulturfortschritts und der Völkerverbrüderung diesen Erfolg erzielt haben. Die Nationen Europas stehen eben in so fürchterlicher Waffenrüstung, daß ein Krieg für beide kriegsführende Teile ein fürchterliches Unglück sein würde und zu großen nationalen Katastrophen führen könnte. Lediglich dieser Umstand sowie das Fehlen eines unüberbrückbaren nationalen Gegensatzes haben die gegenwärtige Friedensperiode verursacht. Diese Friedensperiode wird auch in der Zukunft durch kriegerische Ereignisse solange nicht unterbrochen werden, als nicht infolge der Westpolitik die Interessen der verschiedenen Staaten gewaltsam auseinanderprallen. Erst ein Vordringen Rußlands gegen Indien würde trotz der französisch-englischen Entente zu einem Kriege zwischen Europa und Rußland führen müssen. Auch infolge des Wettbewerbes der Staaten in Ostasien könnte es zu einem Kriege zwischen den europäischen Nationen kommen. Solange aber diese Fragen der Vorherrschaft über Süd- und Ostasien nicht ausgerollt werden, liegt auch keine Ursache zu einem Kriege zwischen europäischen Nationen vor. Die parlamentarischen Friedensaktionen und die Schiedsgerichtsverträge sind eben nur der Ausdruck und das Produkt dieser politischen Verhältnisse, und nicht umgekehrt. Es heißt aber sehr kurzschäftig sein, zu verkennen, welche ungeheure Gefahr für den Völkerverfrieden in der Westpolitik der Mächte liegt. Wer die Westpolitik fördert, bereitet die Möglichkeit künftiger Weltkriege vor, mag er sonst noch so viel Friedenskongresse einberufen und Friedensdemonstrationen veranstalten!

Frankreich.

Deputiertenkammer. Das Haus nimmt die Beratung über die Einkommensteuer wieder auf. Brun (radikalsocial) kritisiert das Projekt, indem er sagt, daß der Finanzminister Rouvier kein Anhänger davon sei. Rouvier erwidert, wenn die Kammer das Projekt für nicht genügend erachtet, könne sie es sagen und fährt fort: „Ich bin nicht derjenige, den man zwingen würde, ein Amt zu behalten, das schon zu schwer für meine Schultern ist.“ (Bewegung.) Brun fährt darauf in seiner Rede fort. —

Asien.

Bedrohung Afghanistans?

London, 29. November. Das „Neuterische Bureau“ erhielt Nachrichten aus Kabul vom 23. Oktober, die am 6. November von Peshawar weiter gegeben wurden. Nach diesen Nachrichten meldet der Gouverneur von Peshawar dem Emir, daß eine neue russische Armee bei Pishkawar angekommen ist. Der Gouverneur von Saisabab meldet ebenfalls, daß der russische Posten auf der anderen Seite des Flusses Kosscha auf 4000 Mann verstärkt wurde. Der Gouverneur von Herat berichtet über eine ungewöhnliche militärische Tätigkeit der Russen. Der letz-

genannte Gouverneur verlangte 20000 Mann Verstärkungen, die ihm vom Emir bewilligt wurden. Der Emir sandte dem Gouverneur von Saisabab Karten von der Grenze und ermächtigte ihn eventuell, jeder Grenzverletzung durch die Russen Einhalt zu tun. Der Kommandant von Saisabab erhielt Befehl, die Stadt durch Festungsgräben und vier neue Türme in Verteidigungszustand zu setzen. Der gleiche Befehl erging an den Gouverneur von Naimna. Zwei Brüder des Emirs werden afghanistan bereiten. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Kämpfe bei Mukden.

London, 29. November. Dem „Neuterischen Bureau“ wird aus Schenking von gestern gemeldet: Von der russischen Ostarmee ist die Nachricht eingegangen, daß General Rennenk in der Nähe von Dalin angegriffen worden ist. Die Japaner wurden nach dreitägigem Kampfe zurückgeschlagen, der Kampf dauert aber noch fort. Die Japaner haben Belagerungsgeschütze in ihre Stellung gebracht.

Petersburg, 29. November. General Kuropatkin meldet dem Kaiser unter dem 27. November: Heute eingelaufenen Nachrichten zufolge ist die Nacht bei der Abteilung bei Tsinghsichien ruhig verlaufen. Gegen 7 Uhr morgens begann der Angriff auch gegen den linken Flügel. Am 25. und 26. November verlor die Abteilung 11 Tote und 62 Verwundete. Viele Verwundete wünschten in der Front zu verbleiben. Der Führer der Abteilung meint, daß die Verluste der Japaner bedeutend seien. Wir erbeuteten über 100 Gewehre.

Heute wird ein schwaches Artilleriefeuer gegen die Schanzarbeiten der Japaner unterhalten.

Petersburg, 29. November. General Spacharow meldet dem Generalstab unter dem gestrigen Datum: Der japanische Angriff am 27. November gegen die Abteilung bei Tsinghsichien wurde durch unser Artillerie- und Gewehrfeuer gegen 6 Uhr abends zum Stehen gebracht. Der Feind konnte nirgends näher als auf 600 Schritt herankommen. Ein heftiger Schneesturm unterbrach den Kampf. Als gegen 3 Uhr nachmittags das Wetter sich aufklärte hatte, stellte es sich heraus, daß unser rechter Flügel umgangen war, doch zwang das erfolgreiche Feuer unserer vier Geschütze den Feind zum Rückzuge. Unsere Verluste am gestrigen Tage sind unbedeutend. Die gefangenen Japaner trugen Unterjacken unter der Uniform und Mäntel aus Kamelhaartstoff mit Pelztragen.

Am 27. November besetzten freiwilligen-Abteilungen das Dorf Kamangsi, das vor dem Putilowberge liegt, und behaupteten sich in ihm 20 Minuten lang, trotz heftigsten Gewehrfeuers des Gegners, bis es ihnen gelungen war, ein festes Gebäude zu unterminieren, das die Japaner oft dazu benutzt hatten, unsere Stellungen zu beschließen. Nachdem sich unsere Abteilung zurückgezogen hatte, wurde der Tempel in die Luft gesprengt. Das Dorf und eine nahegelegene Schlucht, die sofort bedeutende Streitkräfte der Japaner besetzten, wurde jedoch von uns beschossen. Auf unserer Seite ist ein Mann verwundet.

Neue japanische Erfolge bei Port Arthur.

Tokio, 29. November. (Meldung des Neuterischen Bureau.) Es wird gemeldet, daß ein nächstlicher Angriff der Japaner auf den 203 Meter-Hügel von Erfolg gewesen sei. Man nimmt an, daß damit 90 Proz. der Arbeit zur völligen Besetzung von Port Arthur geleistet seien. Wenn die Japaner im Besitze jenes Hügel sind, so überblicken sie den Hafen vollständig.

Tsushima, 29. November. Kuropatkin hat 20 Automobile in Gebrauch genommen, welche ihm gestatten, die Front von 25 Meilen in kurzer Zeit zu mustern. Ein berühmter Automobilfahrer Novoired ist aus Mukden zurückgekehrt, wo er drei Wochen bei Kuropatkin war. Er erklärte, der Generalissimus habe den Wunsch ausgedrückt, 20 weitere Automobile zu besitzen, welche bestimmt seien, im Falle die Munition zur Front zu bringen. Weiter teilte er mit, die beiden Armeen ständen sich in dreifach verschanzten Linien gegenüber; auf beiden Seiten verbingen die Soldaten den größten Teil der Zeit Tag und Nacht in den unterirdischen Schauhöhlen. Die Russen verfügten augenblicklich in der Mandchurie über 300 000 Mann. In Mukden liegen nur wenige Verwundete, in Chabin dagegen 30 000. Er ist der Ansicht, daß Kuropatkin niemals Mukden räumen werde, falls er nicht durch eine verlorene Entscheidungsschlacht hierzu gezwungen würde, er glaubt aber, daß die Russen in der nächsten Schlacht siegreich sein würden.

Aus Industrie und Handel.

Die Hibernia-Affäre treibt immer niedlichere Blüten. Wie die Dresdner Bank durch eine an mehreren hiesigen Handelsblätter gerichtete Mitteilung anzeigt, will sie den Herausgeber der „Deutschen Agrarzeitung“, Herrn Edmund Klapper, verklagen. In Nr. 48 dieser Zeitung ist nämlich ein Artikel veröffentlicht, in dem an Hand der von der Dresdner Bank der Seehandlung über den Anlauf der Hibernia-Aktien gelegten Rechnung ausgeführt ist, man müsse bezüglich der Dresdner Bank vermuten,

„daß der vorher billig erwerbene „Privatbesitz“ ihrer Direktoren und intimen Freunde nunmehr zu den jetzt geltenden Hochkursen von 270 und 280 Proz. in den „Bankbesitz“ hineingekommen werden die „e. und daß der Staat diese Art von „Einstandsursachen“ zu bezahlen habe.“

Durch diese Äußerung fühlte sich die Dresdner Bank oder richtiger ihre Direktoren beleidigt und haben, wie sie schreiben, „Anlaß genommen, wegen des öffentlichen Interesses an der Aufklärung des Sachverhaltes die Strafverfolgung des Herrn Edmund Klapper zu beantragen, damit an der Hand der Bücher der Dresdner Bank erwiesen wird, daß während des ganzen Verlaufes der Hibernia-Affäre keiner der Direktoren oder ihrer Freunde auch nur eine Hibernia-Aktie gekauft hat.“

Der amerikanische Rohisenmarkt hat, wie schon die Berichte der Fachzeitung „Iron Age“ erkennen lassen, sich in den beiden letzten Monaten beträchtlich günstiger gestaltet — woraus allerdings noch immer nicht gefolgert werden darf, daß die Krise überstanden ist. Die letzte Monatsstatistik zeigt, daß der Konsum im Oktober genügt, nicht nur die gegen den Vormonat vermehrte Produktion gänzlich zu absorbieren, sondern auch die unverkauften Bestände zu reduzieren. Denn die Rohisenausbeute der Vereinigten Staaten ist im Oktober von 1 832 677 Brutto-Tonnen im September auf 1 448 978 im Oktober gestiegen, während andererseits sich am 1. November an den Hochöfen nur Vorräte von 529 033 Tonnen befanden, gegen 555 447 am 1. Oktober.

Eine bemerkenswerte Wirkung der steigerten Rohisenproduktion ist, daß auch der Verlauf von Lake Superior-Eisenerz beträchtlich zugenommen hat. Nach der „New Yorker Handelszeitung“ sind im Oktober über 4 000 000 Tonnen Eisenerz aus dem Lake Superior-Distrikt in den unteren Seehäfen eingetroffen, was den Verlauf im Oktober letzten Jahres um 1 000 000 Tonnen übertrifft. Auch in der ersten Novemberwoche waren die Verschiffungen sehr umfangreich, und da die Erzerpreise um 30—50 Cts. pro Tonne gestiegen sind, wird es gewiß nicht an Vermählungen fehlen, in dem Rest der Saison den Ausfall in dem früheren Erzverlauf möglichst auszugleichen. Da etwa zwei Tonnen Eisenerz für eine Tonne Rohisen erforderlich sind und der Preis von Koks um volle 50 Cts. pro Tonne gestiegen ist, so hat sich die Produktion von Rohisen seit Beginn der starken Kaufbewegung um 1,50 Doll. pro Tonne verteuert. Man veranschlagt, daß seit Mitte September Kontrakte für Lieferung von mindestens einer Million Tonnen Rohisen abgeschlossen worden sind.

Die Entwicklung des auswärtigen Handels Japans. Vom amerikanischen Handels- und Arbeitsministerium sind kürzlich verschiedene Übersichten über die Entwicklung des japanischen Handels

beröffentlicht worden, die deutlich erkennen lassen, daß der Handel der nordamerikanischen Union mit Japan den Handel Englands mit Japan im letzten Jahrzehnt völlig überflügelt hat und heute an erster Stelle steht. Dann folgt der Handelsverkehr Japans mit China und erst an dritter Stelle kommt Großbritannien, das einst fast allein den japanischen Markt beherrschte. Für die wichtigeren in Betracht kommenden Staaten ergibt sich folgender Handelsverkehr:

Länder	1898		1903	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Großbritannien	18 836 972	3 114 580	24 211 800	8 209 187
Ver. Staaten	3 995 897	17 295 541	22 987 331	41 098 264
Deutschland	4 808 235	4 808 102	18 897 475	2 576 170
China	10 657 635	856 504	23 588 037	32 288 901
Indien	5 411 548	1 337 814	34 722 478	4 017 428
Songkong	5 158 024	9 781 065	984 271	14 756 559

Gewerkschaftliches.

Rudolf Wosse!

Die Firma Rudolf Wosse gibt täglich eine Anzahl von Inseraten-Sammlungen mit einleitendem Text heraus. Der Text ist bei diesen jedoch nicht die Hauptsache, sondern nur Mittel zum Zweck.

Wenn Rudolf Wosse beispielsweise die Redakteure eines seiner Blätter anweist, Börse und Handel ihre Aufmerksamkeit zu widmen, die Interessen derselben wahrzunehmen, so geschieht dies nicht aus Liebe zu diesen Institutionen, sondern weil nur auf diesem Wege die so einträglichen Inserate der Großbanken und Großindustriellen bis herab zum Stellengehuch des „jungen Mannes“ für die Firma Wosse gesichert werden kann.

Die Herr Wosse die Vorkapitalisten, Industriellen und Handelstreibenden bis herab zum jüngsten Kommis als Abonnenten und Leseren gebrauchen kann, so sind ihm auch die Arbeiter als solche willkommen, und deswegen hat er wieder eine Anzahl Redakteure, die unter Innehaltung eines bei den Arbeitern beliebten, mehr linksstehenden politischen Standpunktes eine sich für die Arbeiterbewegung interessierte gebende Einleitung für den „Arbeitsmarkt“ des Herrn Wosse anfertigen müssen.

Die Sammlung der Börsen-Inserate nennt Herr Wosse „Berliner Tageblatt“, die der Arbeitsmarkt-Inserate „Berliner Volkszeitung“; für die, welche nicht alle werden, gibt er außerdem unter dem Titel „Berliner Morgenzeitung“ eine Sammlung von Annoncen heraus, in welcher 1000 Gegenstände für 3 M. empfohlen werden.

Uns interessiert am meisten sein Adoptivkind, die „Berliner Volkszeitung“.

Dieses Blatt hat in seinem textlichen Teile eine Abteilung, in welcher die Arbeiterbewegung eingehend verfolgt und in einer Weise dargestellt wird, die bei den Arbeitern den Anschein von Sympathie für ihre Interessen erwecken muß. Herr Wosse schlägt dabei zwei Fliegen mit einer Klappe: er gewinnt Arbeiter-Abonnenten, die Arbeitsmarkt- und andere Inserate bei ihm lohnend erscheinen lassen, und führt zu gleicher Zeit seine Abonnenten im politischen Teile sanft von der modernen Arbeiterbewegung hinweg. — Darum verschert ihm auch der scheinbare Radikalismus der „Volkszeitung“ nicht die Sympathie der Kapitalistenklasse. Man unterstützt Herrn Wosse nach wie vor ruhig mit Inseraten und er erweist sich den Unternehmern nützlich, indem er seine Firma bei Lohnkämpfen als Hauptagentur für die Werbung von Streikbrechern installiert. Herr Wosse schätzt seine Leser aus Arbeiterkreisen selbst so niedrig ein, daß er glaubt, ihnen ohne Gefahr für die Existenz seiner „Volkszeitung“ täglich Dutzende von Streikbrecher-Inseraten vorsetzen zu können!

Noch nie ist dies so klar hervorgetreten, wie bei dem jetzigen Kampf der Gürtler und Drücker gegen einen der schlimmsten Arbeiterfeinde, gegen den Kühnemänner-Verband!

„Schleifer, unorganisiert“, heißt es da, und: „1 Schleifer und 1 Drücker, unorganisiert“, „Jüngere intelligenter Kronen-Gürtler, unorganisiert“, „Tüchtige Dreher, unorganisiert“. Das sind nicht etwa mühsam aus vielen Nummern zusammengesuchte Beispiele, sondern diese Inserate finden sich in großer Schrift hinter einander an der Spitze einer Inseratenreihe, in der dann noch viele andere Gesuche nach „unorganisierten“ Metallarbeitern enthalten sind.

Dieselbe Firma sucht noch in zahllosen Provinzblättern „unorganisierte“ Gürtler und Drücker, die ihren Berliner Kollegen in den Rücken fallen sollen. Die Mehrzahl der Streikbrecher-Gesuche in der Provinzpresse fordert auf, Offerten an die Firma Rudolf Wosse einzusenden.

Man sollte meinen, jeder anständige Mensch würde sich mit Ekel von einer Zeitung abwenden, die im Inseratenteil so den Grundrissen Hohn spricht, die sie im redaktionellen Teil predigt. Das scheint nicht der Fall zu sein oder die Zahl der anständigen Menschen ist ungleich niedriger, als selbst wir Bestimmten zu hoffen wagen. Sonst könnte sich nicht eine so große Anzahl bürgerlicher Leser finden, um ein derartiges Blatt existenzfähig zu machen, und sonst könnte nicht ein Redaktionsstab zusammenkommen, stark genug zu seiner Herstellung!

Arbeiter aber sollte ihr Klasseninteresse von solchen Preberzeugnissen fernhalten!

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Tischler.

Am Dienstag vormittag fand wieder eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Tischler in der Brauerei Friedrichshagen statt. Die am Kampf beteiligten Arbeiter waren vollständig erschienen. Von Kampfesmüdigkeit, gedrückter Stimmung und dergleichen, wie es die Meister in ihrer „Hochzeitung“ über eine frühere Versammlung dargestellt haben, war auch nicht das geringste zu merken. Im Gegenteil, die Stimmung der Versammlung war durchaus zuberstehlich und kampffreudig. Es wurde, der den Situationsbericht erstattete, schilderte die Lage als nach wie vor günstig. Die ausgesperrten und die Verbandsektionen rechnen damit, daß der Kampf bis Ende Januar, vielleicht auch bis Mitte Februar dauern wird, und der Verband hat seine Maßnahmen danach getroffen. Der Hauptvorstand hat allen Ratstellen des Verbandes einen von ihm am 23. November gefassten Beschluß übermittelt, wonach jedes Mitglied vom 1. Januar ab für ein Vierteljahr einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu zahlen hat. Hierdurch hat die Verbandskasse eine Extraeinnahme von wenigstens 100 000 M. Der Hauptvorstand hat diese Vorfrage getroffen, obgleich die Gelder der Hauptkasse für die Berliner Aussperrung noch nicht in Anspruch genommen worden sind. An der Geldfrage könne also der Kampf nicht scheitern, aber auch in jeder anderen Hinsicht sieht die Situation so günstig, daß die Kollegen getrost in die Zukunft blicken können. Anders sieht es dagegen in den Reihen der Meister aus. Verschiedene derselben zeigen sich bereit, die Aussperrten wieder einzustellen. Das kann jedoch nur dann geschehen, wenn der Arbeitgeber erklärt, daß er sich an der Aussperrung nicht mehr beteiligt und sämtliche ausgesperrten wieder einzustellen. Ohne die Erfüllung dieser Bedingung gibt es keine Wiederaufnahme der Arbeit. Auf Seite der Arbeiter wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, und die Aussperrung mit Arbeitsniederlegung beantwortet. In den Werkstätten von Prädels, der am Sonnabend die ersten Aussperrungen vornahm,

haben gestern früh 74 Kollegen als Antwort auf die Aussperrung die Arbeit niedergelegt. Bis jetzt haben 220 Firmen ausgesperrt, bei 59 Firmen ist die Arbeit zugunsten der Aussperrten niedergelegt worden und bei 8 Firmen wird schon seit vor der Aussperrung gestreikt. Aussperrt sind gegenwärtig 394 Arbeiter, im Streik zugunsten der Aussperrung befinden sich 908 und im Streik aus anderen Ursachen (vor der Aussperrung) 216. Dazu kommen noch aus Norddorf 99, aus Weiskensee 42 Streikende und Aussperrte, so daß im ganzen 2152 Verbandsmitglieder im Kampfe stehen, außer den streikenden Klavierarbeitern. — Die Absicht der Unternehmer, die Organisation der Arbeiter lahm zu legen, wird nicht erfüllt werden. Die Arbeiter haben keine Ursache, an einem günstigen Ausgange des Kampfes zu zweifeln, es denkt auch niemand daran, sich den Unternehmern auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Die Situation ist günstig und die Arbeiter sind fest entschlossen, auszuhalten, bis die Unternehmer willens sind, Frieden zu schließen. — Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall und allseitige Zustimmung.

Zum Streik der Klavierarbeiter.

In der gestrigen stark besuchten Versammlung der streikenden Klavierarbeiter bezeugte sich die Stimmung des Streiks als nicht ungünstiger wie seit Wochen. Zwar würden von Unternehmenseite ständig Notizen in die Presse lanciert, wonach von einem resultatlosen Verlauf des Streiks geredet wird. Den Wert derartiger Notizen ersehe man aber am besten aus der Tatsache, daß die Unternehmer sich in der Berechnung der gezahlten Streikunterstützung für die sechste Streikwoche um nicht weniger wie 167 000 M. „geteert“ hätten. Sie stünnen ihren Mitgliedern das tödlichste Zeug über die baldige Ebbe in der Streikflut vor, nur um sie guten Mutes zu erhalten und vor der Bewilligung zu bewahren. Trotzdem haben erst in den letzten Tagen wieder zwei Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Eine weitere Anzahl Firmen haben sich bereit erklärt, sofort zu bewilligen, falls die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen, jedoch sträubten sie sich im Hinblick auf die leitenden Personen der Arbeitgeber-Vereinigung, der Bewilligung einen offiziellen Charakter zu geben. Bei der Firma Duandt ist auf Grund einer ehrenwörtlichen Bewilligung die Arbeit aufgenommen worden. Dagegen haben die Streikenden der Firma Düfener am Montag samt und sonders ihr Verzeig aus der Fabrik geholt. Schon wählten die Meister der Firma, die Arbeiter lämen, um bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen; um so länger wurden ihre Gesichter, als die Streikenden ihr Verzeig einpackten und wieder gingen. Selbst auf die Arbeitswilligen vieler Fabrik blieb der Vorgang nicht ohne Eindruck; beschämt standen sie abseits und schlugen die Augen nieder.

Als besonders charakteristisch für unsere Zustände erwähnte der Referent die gegenwärtig sehr verschärften Polizeimaßnahmen gegen Streikende. Ist es doch auch hier vorgekommen, daß Polizeibeamte bei Arbeitgebern vortraten, um ihnen einen erhöhten Schutz geradezu aufzubringen. In der Dieffenbachstraße und am Görtzler Ufer verbietet die Polizei das Streikpostenstehen denn auch schärfweg. Redner kam zu dem Schluß, daß wenn sich auch eine Anzahl Kollegen mankeltmäßig gezeigt hätten, doch kein Anlaß zu einem etwaigen Abbrechen des Streiks vorliege. Da die Unternehmer den Streik nun einmal zu einer Nachtprobe gestempelt hätten, so müßten sich die Arbeiter eben in Ausdauer üben. Es liege in der Natur der Sache, daß solche Kämpfe eben ausgelämpft werden müßten bis zum Entweder — oder.

Kleinlein als Vertreter des Fachvereins pflichtete im großen und ganzen den Ausführungen sich selbst bei. Auch er sieht die Situation nicht ungünstiger an, als wie sie anfangs lag, und empfahl ebenfalls ein einmütiges Aushalten im Kampfe. Die Stimmung der Versammlung kam dem auch am besten dadurch zum Ausdruck, daß folgende Resolution mit allen gegen 9 Stimmen angenommen wurde: Die versammelten streikenden Musikinstrumenten-Arbeiter nehmen Kenntnis von dem Beschluß der Fabrikanten-Vereinigung, wonach sie nur dann Arbeiter einstellen wollen, wenn dieselben die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Sie bedauern auf das tiefste das Verhalten derjenigen Kollegen, die diesem Beschluß der Arbeitgeber in kleinlichem Bannelmüt bereits Rechnung getragen haben und hierdurch den Streikenden ihren Kampf erschweren. Die Versammelten erklären, trotzdem einig zusammenzubalten und den Kampf solange fortführen zu wollen, bis von der vereinigten Kommission etwas anderes empfohlen werden kann.

Ein Antrag, die nichtbewilligten Firmen zu veröffentlichen, wurde der Kommission überwiesen.

Gestern abend besahe sich ebenfalls eine Vertrauensmänner-Sitzung der im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumentenarbeiter mit dem Stand des Streiks. Leopold teilte daselbst mit, daß zwar in einigen Klavierfabriken die Arbeiter bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen haben, doch läge dieser Teilertrag seinen wesentlichen Einfluß auf die Gesamtlage des Streiks aus. Zu den neuen Bedingungen arbeiten gegenwärtig über 900 Arbeiter, während sich noch circa 1000 Arbeiter bei etwa 50 Firmen im Streik befinden. Daß die Verhältnisse für die Fabrikanten keineswegs rosig liegen, beweise u. a. auch der Umstand, daß der von der „Freien Vereinigung“ vor vier Wochen gefasste Beschluß, bei weiter andauerndem Zustande auch in den nicht-betreiften Fabriken 25 Proz. der Arbeiter auszusperrn, bis jetzt nicht ausgeführt worden sei. Wahrscheinlich läge es im direktesten Interesse der maßgebenden Firmen, deren Inhaber ja im Vorstände sitzen, die Ausführung jenes Beschlusses hinauszuziehen. Die allgemeine Stimmung der Vertrauensmänner ging ebenfalls dahin, den Streik weiterzuführen, weil ihn die Fabrikanten unter dem Einfluß des bekannten Scharfmachers Kasse zu einer Nachtfrage gestaltet haben.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter. Der Streik in Arttern bei Sangerhausen dauert fort. Die Arbeiter, die sich durch Reders verpflichten sollen, aus ihrer Organisation auszutreten, werden den Herren Aktionären diesen Gefallen nicht tun. Sie rechnen vielmehr auf einen vollen Sieg, wenn der Zuzug nach der Kyffhäuserhütte in Arttern ferngehalten wird.

Ein neuer Sieg des Bergarbeiter-Verbandes. Im Bergrevier des Neuroder Kreises (Reg.-Bez. Breslau) fanden am 27. November die Knappschäfts-Kollektorenwahlen statt und wurden in allen Sprengeln die Verbände — es sind sieben — gewählt.

Ausland.

Der niederländische Glasbläser-Streik dauert unverändert fort. Seit einiger Zeit macht sich bereits ein großer Mangel an Flaschen bemerkbar, worunter besonders das Destillatiergebilde leidet. Die Flaschenfabrikanten haben den Destillateuren per Jirkular bekanntgegeben, daß die Preise der Flaschen vom 1. Januar ab erhöht werden. Danach scheint es, daß die Klage der Fabrikanten über die ausländische Konkurrenz wohl nicht ganz berechtigt ist, sonst müßte doch eine Preiserhöhung unmöglich sein. — Der Hauptvorstand des Niederländischen Glasbläser-Verbandes hat zwei Personen: den Kassierer C. E. Schildt; des Unterstützungs-Komitees und den Vorsitzenden Kruijt vom „Patrimonium“, auf die Reise geschickt, um weitere Unterstützungsmittel herbeizuschaffen.

Versammlungen.

Die Stichwahl im 30. Kommunal-Wahlbezirk.

Am Montag hatten unsere Parteigenossen eine Wähler-versammlung nach dem Vorstufsaal in der Kaserstraße einberufen. Es galt, mit der Agitation für die Stichwahl einzugehen. Der Referent Adolf Hoffmann setzte die Gründe auseinander, die uns bewegen müssen, mit voller Kraft für den Sieg unseres Kandidaten zu wirken. Nachdem er die reaktionären Reigungen im allgemeinen gekennzeichnet hatte, zeigte er, daß die Freisinnigen auch kein Vertrauen verdienen hinsichtlich ihrer Stellung zu solchen kommunalen Fragen, wo

sie augenblicklich mit uns übereinstimmen. Wo man ein geschlossenes Vorgehen der Freisinnigen erwarten sollte, da sieht man oft, daß sie sich wie der Rädchenbrunnen in einzelne Gruppen auflösen. Es kann deshalb bei wichtigen Entscheidungen der Fall eintreten, daß es auf eine einzelne Stimme ankommt, und schon deshalb müssen wir dahin wirken, daß die Zahl unserer Vertreter durch die Wahl des Genossen Sassenbach um einen vermehrt wird. Wir dürfen nicht damit rechnen, daß die Antisemiten, ihrer Angabe gemäß, sich der Stimme enthalten werden. Wenn auch der freisinnige Kandidat in einem Flugblatt vor der Hauptwahl gegen die wüste antisemitische Agitation auftrat, so wird man von jener Seite bald andere, den antisemitischen Gegnern schmeichelnde Töne vernehmen, denn die Stichwahlhelfer der Antisemiten würden die Freisinnigen gern annehmen. An uns ist es, lebhast zu agitieren für die Wahl unseres Kandidaten, welche sicher ist, wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Nachdem ein Disziplinardekret einig zur Kennzeichnung der Freisinnigen beigelassen hatte, nahm unser Kandidat Sassenbach das Wort. Er verwies darauf, daß die meisten Wähler des Bezirks in der hier in Frage kommenden 3. Abteilung Arbeiter sind, von denen jedoch viele bei der Hauptwahl keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht gemacht haben. Diese Säumnigen müssen herangezogen werden, um in der Stichwahl ihre Stimme für uns abzugeben. Die Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und dem Vertreter des Freisinn kann für einen Arbeiter nicht zweifelsfrei sein. Wenn Herr Rettig sich auch freisinnig nennt, so steht er doch auf dem Standpunkt der Zünfte. Dadurch muß es jedem Arbeiter, der seine Interessen versteht, klar sein, daß er einem solchen Manne seine Stimme nicht geben kann. Auch die unter den Wählern zahlreich vertretenen jungen Kaufleute und kleinen Gewerbetreibenden haben in den Sozialdemokraten bessere Vertreter ihrer Interessen wie in den Freisinnigen. Man verlasse sich nicht auf die Stimmhaltung der Antisemiten. Wenn wir, der eigenen Kraft vertrauend, die Zeit zu lebhafter Agitation ausnützen, dann ist die Stichwahl für uns nicht aussichtslos. — Auch der Vorsitzende Wittorf forderte die Genossen zur regen Baharheit auf. — Schließlich führte Hoffmann noch zur Kennzeichnung unseres Stichwahlgegners Rettig an, daß dieser kurz vor der Hauptwahl auf eine Anfrage, wie er sich zur Bewilligung eines Hochzeitsgeschenks für den Kronprinzen stelle, geantwortet habe: Wenn er in die Stadtverordneten-Versammlung käme, dann wäre ja die Sache schon vorbei; in einem monarchischen Staate sei es eine Anstands-pflicht, daß die Stadt Berlin dem Kronprinzen ein Hochzeitsgeschenk darbringe. Mit solchen Anschauungen würde Herr Rettig in Redenburg, wo es eine Prinzensteuer gibt, sehr gut am Platze sein.

Die Ausführungen aller Redner wurden von der Versammlung mit lebhafter Zustimmung und allseitigem Beifall aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordneten-Stichwahl in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 29. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl wurden gewählt: ein Sozialdemokrat, ein Antisemit, ein Zentrumsmittglied, fünf Mittelstandsleute, zwei Nationalliberale, der Rest Freisinnigdemokraten. Durch unsere Hilfe wurden zwei Scharfmacher (darunter ein freisinnigdemokratischer Führer) herausgeworfen. Unsere Vertretung ist nunmehr drei Mann stark und besteht aus den Genossen Dr. Quard, Zielonski und Güttnann.

Deutsch-serbischer Handelsvertrag.

Berlin, 29. November. (B. Z. V.) Der neue deutsch-serbische Handelsvertrag ist heute hier durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Fischer von Seldhofen, und den hiesigen serbischen Gesandten, Herrn Militschewitsch, unterzeichnet worden.

Frankreichische Deputiertenkammer.

Paris, 29. November. (B. Z. V.) Jaurès spricht sich für eine progressive Einkommensteuer aus, schließt sich aber dem Entwurf der Kommission an, da dieser den Anfang zu einer Reform bilde. Der Entwurf enthalte zwar einige Fehler, aber es würde leicht sein, dieselben abzuhelfen. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf Montag vertagt.

Vom japanischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 29. November. (B. Z. V.) Das kaiserliche Hauptquartier veröffentlicht folgende zusammenfassende Mitteilung über die letzten Vorgänge in der Mandchurie. Am Abend des 27. November unternahm der Feind eine schwache Beschießung von Santaoonfusu, und von 8 1/2 Uhr an versuchte der Feind einen Nachtangriff, welcher um 8 1/2 Uhr zurückgeschlagen wurde. Während dieses Angriffs beschossen die bei Weichiaoufusu stehenden feindlichen Mörser Santaoonfusu und Kanchianowfu und die Umgebung dieser Plätze; doch wurde kein Schaden angerichtet. Von Sonnenuntergang am 27. November an beschossen die feindlichen Mörser und Feldgeschütze die weßlich von der Bahnlinie aufgestellt waren, unaufhörlich die Umgebung von Kuchiaufu; gleichzeitig besetzte die feindliche Infanterie ein Dorf im Nordwesten von Kuchiaufu und feuerte in der Richtung auf das nördlich von Kuchiaufu gelegene Dorf Siaooufusu; das Feuer hörte um 8 1/2 Uhr abends nach und nach auf. Am gleichen Abend um 10 1/2 Uhr eröffnete die feindliche Infanterie, die weßlich der Eisenbahn am rechten Ufer des Schaho stand, ein unregelmäßiges Feuer, das um 11 1/2 Uhr nachließ. Es haben mehrere Scharmühen zwischen Patrouillen stattgefunden. Sonst ist die Lage unverändert.

Die Lage vor Port Arthur stellt sich wie folgt dar: Was die feindlichen Forts Sungschuan und ostwärts davon betrifft, so haben wir auf den Fronten-Salzen und in deren Nähe die Kanone und Glacis stark besetzt, doch ist die Zeit zu einem Angriff der Lage noch nicht gekommen. Wir zerstören jetzt die Grabenlästen. Auf dem 208 Meter-Hügel gelang es uns, durch mehrere Angriffe die feindlichen Schutzgräben beim Gipfel zu erobern. Unsere Abteilung hält jetzt diese Stellung besetzt und ist bemüht, das ganze Fort zu nehmen.

Petersburg, 29. November. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet aus Quanshan vom heutigen Tage: Die Japaner greifen gestern bei Tagesanbruch die Abteilung des Generals Nennenlapp an, wurden aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Die Umgehung der rechten Flanke der Russen durch die Kompanien der Japaner wurde von einer russischen Batterie vereitelt. Die Russen sammelten und beerdigten dreihundert gefallene Japaner und erbeuteten viele Waffen.

Der verhaftete Most wieder freigelassen.

Saint Louis, 29. November. (B. Z. V.) Johann Most ist auf das Versprechen, die Stadt zu verlassen, wieder freigelassen worden.

Budapest, 29. November. (B. Z. V.) Die Studenten sämtlicher Hochschulen beschloßen in einer heute Abend abgehaltenen Versammlung, dem Rektor der Universität morgen eine Eingabe zu überreichen, in der sie verschiedene Forderungen aufstellen. Unter anderen wird die Bestrafung der Polizeibeamten verlangt, welche in die Universität eindringen. Die Studenten drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, allgemein den Besuch der Vorlesungen einzustellen.

Kapstadt, 29. November. (B. Z. V.) Der Dampfer „Batavier“ mit der Leiche des früheren Präsidenten Krüger ist heute hier eingetroffen. Die Leiche wird hier feierlich aufgebahrt; am 7. Dezember wird sie in einem Sonderzug, der an den meisten größeren Orten hält, nach Pretoria gebracht werden.

Reichstag.

101. Sitzung. Dienstag, den 29. November 1904, mittags 2 Uhr.

Graf v. Ballestrem: Ich eröffne die 101. Sitzung des Reichstags und begrüße nach der längeren Geschäftspause die Herren Kollegen auf den herzlichsten.

Meine Herren! In dem Sitzungsabschnitt, der uns jetzt bevorsteht, wird der Reichstag über große und wichtige Gesetze zu entscheiden haben, welche das Wohl des deutschen Volkes auf das engste berühren. Ich mache neben dem Etat aufmerksam auf die Militärgeetze, die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, die Feststellung der Friedenspräsenzstärke für die nächsten fünf Jahre, die Wehrdienstgeetze für die Offiziere und Versorgungsgeetze für Mannschaften und zuletzt, aber nur zuletzt der Reihe nach, nicht der Bedeutung nach, die Handelsverträge mit den betreffenden Staaten, die das materielle Wohl der Einwohner des Reiches für die nächsten zehn Jahre auf das kräftigste beeinflussen sollen. (Sehr richtig!) Um diese großen und wichtigen Gesetze durchzuführen, muß ich die Bitte an die Herren richten, daß sie eifrig wie in der letzten Zeit sich an den Sitzungen des Reichstages beteiligen (Bravo!), daß der schreckliche Absentismus, der uns in den letzten Jahren immer verfolgt hat, ausbleiben möge. (Sehr richtig!) Möge jeder sich bewußt sein, daß, wenn er ein Mandat zum Reichstag übernimmt, er auch die Verpflichtung hat, hier zu erscheinen und hier mitzuwirken. (Lebhafte Zustimmung. Auf: Diäten!) Nicht nur für die Abstimmungen kommt das in Betracht, auch für die Redner ist es ganz etwas anderes, wenn sie ihre Ausführungen vor vollem Hause, als vor leeren Bänken vorbringen. Ich bitte Sie also — ich fühle mich dazu als Ihr Präsident verpflichtet, daß Sie in diesem Sessionsabschnitt eifriger als bisher an den Sitzungen teilnehmen. (Beifall Bravo!)

Der Präsident teilt hierauf mit, daß er beim Tode des Königs Georg von Sachsen ein Beileidstelegramm im Namen des Reichstages an König August gerichtet habe. Das Haus ehrt das Andenken des Königs Georg sowie des Großregenten des Fürstentums Lippe und der verstorbenen Reichstags-Mitglieder Deype (natl.), Herbert Fürst v. Bismarck und Schmidt-Magdeburg (Soz.) durch Erheben von den Sitzen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung sind drei Petitionen auf Kenderung des Gesetzes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

Die Petitionskommission hat einige Punkte aus diesen Petitionen für beachtenswert gehalten und beantragt die Ueberweisung dieser Einzelheiten an den Reichsanwalt als Material; im übrigen verlangt sie Uebergang zur Tagesordnung.

Es handelt sich in erster Linie um den Wunsch der Darmhändler und Darmimporteure, daß Därme von der Fleischbeschau befreit werden sollen, da sie nicht zum Genuße für Menschen bestimmt seien, und weil sie, ehe sie ihrer Bestimmung, der Wurst als Umhüllung zu dienen, zugeführt würden, eine ganze Reihe von Salz-, Koch- und Rauchprozessen durchmachen müßten, die jede Spur von etwa vorhandenen Infektionskeimen vernichteten. Denselben Antrag stellen auch die deutschen Wurstfabrikanten. Die Kommission empfiehlt Ueberweisung als Material.

Gleichfalls Ueberweisung als Material beantragt sie für den Wunsch von Bürgermeistern des bayerischen Amstbezirks Niedenburg auf Kenderung der Gebühren- und Prüfungsverordnung für die Fleischbeschauer, da den Gemeinden durch die Kosten der Ausbildung und Befolgung der Fleischbeschauer große Lasten erwachsen.

Uebergang zur Tagesordnung beantragt die Kommission für die Wünsche der Darmhändler und Wurstfabrikanten auf Befreiung des Verbot der Einfuhr von Pöfelfleisch im Gewicht von weniger als 4 Kilogramm, besonders gepöfelte Schweinslebern und Jungen.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Der Punkt der Tagesordnung, der uns heute beschäftigt, ist ein alter Bekannter und hat bereits wiederholt zu außerordentlich lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Ich halte es für meine Pflicht, auf diese äußerst wichtige Materie näher einzugehen. Als zuletzt im Juni diese Petitionen verhandelt wurden, verlangte Herr v. Staudy, unterstützt von einem Mitgliede desentrums, daß entgegen dem Beschlusse der Kommission über alle drei Punkte zur Tagesordnung übergegangen werden solle. Herr Müller-Sagan beantragte daraufhin bei der schlechten Befragung des Hauses die Abhebung des Gegenstandes von der Tagesordnung, und so kommen wir dazu, heute die Debatte fortzusetzen. Die lebhaften Debatten, die jedesmal, wenn es sich um das Fleischbeschau-Gesetz handelt, eintreten, beweisen, daß es sich hier um außerordentlich wichtige Dinge dreht. Darüber sind wir uns auch alle einig, die Unsicherheit besteht nur darüber, welche Aufgaben dies Gesetz erfüllen soll. Die Parteien der Linken sind überzeugt, daß das Gesetz lediglich als sanitäres gehandelt werden darf, während man auf agrarischer Seite das Gesetz benutzen will zur Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz auf den Viehmärkten. (Sehr richtig!) Nach der Meinung der Agrarier, die im Frühjahr Herr Held vertrat, ist unter nationales Vieh gesund, die deutsche Landwirtschaft kann den deutschen Bedarf decken. Die deutschen Bauern schlachten kein schlechtes Vieh und die besten Fleischbeschauer sind nach ihm die Dienstboten. Für Herrn Held steht es fest, daß bei uns das Vieh gesund ist. Er meinte, es sei statistisch erwiesen, daß unter 50 000 Schweinen nur eins mit Leishen behaftet sei. Das beweise, daß es vor allem auf eine richtige Handhabung der Grenzsperrt ankomme.

Das fremde Vieh bringt ganz allein Bazillen uns und Finnen. Der deutsche Dops, das deutsche Schwein — hat solch' Geier nicht drinnen. (Heiterkeit.)

Herr Held meinte weiter, ich hätte mich als gänzlich unorientiert über die Verhältnisse erwiesen, wenn ich behauptete, die Dienstboten auf dem Lande bekämen schlechtes Fleisch. Die Dienstboten sei so groß, daß der Bauer alle Veranlassung habe, seine Dienstboten gut zu behandeln, gut zu bezahlen und ihnen gutes Essen zu geben. Ich gebe gewiß zu, daß es eine Anzahl Gutbesitzer gibt, die ihre Dienstboten gut behandeln und bezahlen, aber die Regel ist das nicht. (Widerpruch rechts.) Glauben Sie (nach rechts) denn, daß die Leute vom Lande wegläufen, weil es ihnen zu gut geht? Ach nein! Auch die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande spricht nicht gerade dafür, daß sich die Leute zu wohl fühlen. Herr Held hat uns damals alles vorgegetragen, was auch im ABC-Buch des Bundes der Landwirte steht. Danach geht es den ländlichen Arbeitern so gut, daß sie Erparnisse machen müssen; im merkwürdigen Gegensatz dazu wird dann allerdings zum Schluß ein Gesetz gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter gefordert. Wenn man in den agrarischen Flugblättern sieht, wie behaglich die ländlichen Arbeiter wohnen, wie reichlich sie sich nähren und wie gute Luft sie haben, dann kann man sich gar nicht vorstellen, wie diese Arbeiter dazu kommen sollten, Kontraktbrüche zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Held selbst hat sich damals als ganz unorientiert erwiesen. Er sprach von der großen Verheerung des Viehes in Schlesien infolge der lagen Handhabung der Grenzsperrt und behauptete, daß im Gegensatz dazu in Bayern überhaupt keine Seuche existiere. Ein Parteigenosse von mir hat ihn damals bereits nachgewiesen, daß das nicht stimmt. Um so informierter zeigte sich Herr Held natürlich über Amerika. Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß die Herren offen herausreden und uns deutlich sagen, wer in Amerika die von ihnen stets behaupteten Manipulationen betreibt, wer in Amerika und dortige Schweinereien als gesundes Fleisch herüberführt. Wer in Zu-

kunft noch ernst genommen werden will, muß der Wahrheit die Ehre geben, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß er sich entweder zum Mißguldigen dieser Leute oder zum Märchen-erzähler macht.

Herr Held hat sich dann besonders als Freund der kleinen Landwirte bezeichnet, er behauptete, alle kleinen Landwirte, die unter zwei Hektar besäßen, müßten geschützt werden, es wäre ausgeschlossen, daß sie von dem Zolltarif Nutzen hätten, sie müßten für ihre Viehhaltung noch erhebliche Quantitäten Getreide einkaufen. Wenn Herr Held die kleinen Bauern schützen will, dann hätte er besser getan, bei der Beratung des Zolltarifs seine Freunde, die Nationalliberalen, scharf zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Graf Oriola versuchte damals Herrn Held herauszuweisen, indem er behauptete, man hätte keinen Parteigenossen mißverstanden. Davon ist keine Rede. In der Tat war jener Satz der einzig klare und unabweidende in den Ausführungen des Herrn Held, als er zugefand, daß 58 Proz. der Landwirte keinen Vorteil von Getreidezöllen hätten. Graf Oriola führte damals aus, die eine Forderung nach Einführung des Pöfelsteisches bewiese, wo die Freunde und die Gegner der Konventionen zu suchen seien. (Abg. Graf Oriola: Sehr richtig!) Ich werde Ihnen gleich zeigen, wer recht hat. Graf Oriola meinte, diejenigen die Pöfelsteisch zweifelhafter Qualität in großen Massen ins Land bringen wollten, seien weniger gute Freunde der Arbeiter. Die Nationalliberalen, die Brot- und Fleischzölle gut geheßen haben, sollten sich wirklich nicht Arbeiterfreunde nennen, und wer sagt Ihnen denn, Graf Oriola, daß wir schlechtes Fleisch ins Land hinein haben wollen? Die Sozialdemokratie gewiß nicht! (Kurze bei den Nationalliberalen: Wir auch nicht!) Sie aber sind der Meinung, daß man den Arbeitern nicht gutes und billiges Fleisch beschaffen solle, sondern deutsches Fleisch! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich halte mich auch für einen guten Deutschen, aber mit Bezug auf das Fleisch ist es mir ganz egal, ob es deutsches oder amerikanisches ist, wenn es nur gut ist und möglichst wenig kostet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen in wenigen Riffen zeigen, in welchem Grade jetzt das Einfuhrverbot von Pöfelsteisch die deutsche Arbeiterklasse geschädigt hat. In den Jahren von 1895 bis 1903 ist die Einfuhr an zubereitetem Fleisch und Speck zurückgegangen um 411 884 Doppelzentner. Glauben Sie, daß das nicht einen großen Einfluß auf den Arbeiterstand ausmacht? Wir zahlen jetzt in Offenbach 85 Pf. für das Pfund Schweinefleisch und für das billigste 80 Pf. Graf Solodowitsch hat es seinerzeit unumwunden ausgesprochen, daß das Handelskloster viel gefährlicher sei als alle amerikanischen Pöfelware.

Zunächst sind ja auch keine Erleichterungen in der Praxis der Zolluntersuchung eingetreten. Es ist der reine Hohn, daß im preussischen Abgeordnetenhaus jetzt die Agrarier für die Freizügigkeit eintreten, allerdings nicht für die der Menschen, sondern für die der Trichinen. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Das ist das Tollste an Stumpfsinnigkeit, was sich die Agrarier je geleistet haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es steht fest, daß sich ein großer Teil des vom Lande in die Stadt als gesund gelieferter Fleisch bei der zweiten städtischen Untersuchung als verunreinigt erweist. Es ist also höchst gefährlich, diese zweite Untersuchung abzuschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Reichsgesetzlich betrachtet ist der Verkauf des preussischen Landgutes, der diese zweite Untersuchung abschafft, direkt ungesetzlich. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine politische Freibank, in der nichtadrenne, volkschädliche Gelegete gemacht werden, das ist das preussische Abgeordnetenhaus! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Der Abgeordnete Scheidemann hat hier vom preussischen Abgeordnetenhaus in der unerhörtesten Weise gesprochen. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Weisfall rechts.)

Abg. Scheidemann (fortfahrend):

Das Fleischbeschau-Gesetz besitzt einige Mängel von so merklicher Natur, daß es sich überhaupt gar nicht durchführen läßt. Zunächst wird weder im Hamburger und Bremer Freihafengebiet, noch, wie ich glaube, in Helgoland der § 25 des Gesetzes zur Anwendung gebracht. Man hat ferner beobachtet, daß vielfach das Salz im Pöfelsteisch alle Stempel weggefristen hat. Der § 10 der Ausführungsbestimmungen ist rundweg erlassen worden. Mit solchen und ähnlichen Unzulänglichkeiten hat man zugegeben, wie schwerwiegende Mängel das Gesetz besitzt. Man sollte daraus den Schluß ziehen, daß man über diese Petitionen, welche das Gesetz verbessern wollen, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Meine Ausführungen haben gezeigt, um wie wichtige Dinge es sich handelt. Was die Agrarier mit dem Gesetz wollen, ist nichts anderes, als alle auswärtige Konkurrenz einfach zu beseitigen, um dann beliebig die Preise zu bestimmen. (Sehr richtig! links.) Das wundert mich auch weiter nicht von den Agrariern, aber was mich wundert, ist die unbegrenzte Langmut des deutschen Volkes gegenüber den agrarischen Unerschämtheiten. (Großer Lärm rechts.) Aber die Sozialdemokratie wird endlich mit dieser Justertypen fertig werden. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Abg. Graf Reventlow (Antif.):

Das Gesetz mag einige formale Mängel haben, aber die Befprechung dieser Petitionen bietet nicht die richtige Gelegenheit, um sie zu beseitigen. Ich verzichte selbstverständlich darauf, dem Abg. Scheidemann und denen, die ihm nahe stehen, klar zu machen, was das Gesetz bedeutet. Es hat nämlich einen doppelten Sinn. Es will sowohl den sanitären Schutz des deutschen Konsumenten gegen Seuchen, als auch den Schutz des deutschen Produzenten gegen die auswärtige Konkurrenz. Die Sache ist sehr einfach. Deshalb werden Sie (gegen die Linke gewandt) es auch nicht begreifen. (Gelächter.)

Nun ging der Abg. Scheidemann neben vielem anderen, was nicht zur Sache gehört, auch ganz allgemein auf die Lage der Landarbeiter ein. Seine Klagen über deren Lebenshaltung werden bei uns erhöhte Verächtlichkeit finden, wenn die Beschwerden über Löhne und Arbeitszeit der Angestellten in sozialdemokratischen Konsumvereinen endlich verstummen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Scheidemann führt uns den Landwirtschaftsminister als Autorität vor. Da ist er regierungsfremder als wir. (Heiterkeit rechts.) Wenn er das Fleisch auch ohne Untersuchung essen will, so wird er zugeben, daß die dritte Untersuchung lediglich fiskalischen Zwecken dient, den Stadtsäckel auf Kosten der Konsumenten und Produzenten füllen soll. (Weisfall rechts; Widerspruch links.) Für eine Ueberwachung der Haus-schlachtungen fehlt es heute an genügendem Personal. Der Abg. Scheidemann möchte nämlich wissen, daß die meisten Schweinschlachtungen im Winter vorgenommen werden, sich auf zwei, drei Tage zusammendrängen. (Kurze bei den Abg. Scheidemann.) So, Sie wissen das schon, das wundert mich sehr. (Heiterkeit rechts.) Wenn wir dafür genügendes Personal hätten, wenn die Parität des inländischen und ausländischen Fleisches gesichert ist, und wenn schließlich die Kosten auf die Allgemeinheit übernommen werden, so könnten wir auch für die Beschau der Haus-schlachtungen stimmen. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Abg. Wallau (natl.) polemisiert gegen die vom Abg. Scheidemann zitierte Schrift des Dr. Kay über die heftige Landwirtschaft. Er bezeichnet alle Angaben dieser Broschüre über das Elend der landwirtschaftlichen Arbeiter als vollkommen unwahr.

Abg. Gerold (Z.): Neues hat auch der Abg. Scheidemann nicht vorbringen können; ich wiederhole ihm gegenüber ganz einfach, daß das Fleischbeschau-Gesetz eine rein sanitäre Maßregel ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es und das preussische Ausführungsgezet in allen Bestimmungen für durchaus richtig.

Abg. Held (natl.): Ich habe auf Grund eingehender Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen, nicht auf Grund des

ABC des Bundes der Landwirte. Das kenne ich nicht, wohl aber kennt es Herr Scheidemann, der daraus wohl sein Wissen schöpft. (Erneutes Lachen links.)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (L.): Nichts hat die Berechtigung des Antrages unseres Fraktionsgenossen v. Staudy so eindringlich dargelegt, als die Rede des Abg. Scheidemann.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es sind hier so viel Unrichtigkeiten gesagt worden, daß ich sie nicht alle widerlegen kann, aus dem einfachen Grunde, weil sich dann Dinge, die heute schon fünfmal oder sechsmal gesagt sind, zum siebentennmale widerlegen müßte. Der Abg. Graf Reventlow hat es sogar ernst genommen, als ich ihm bei seiner Erwähnung der ausländischen Fleischbeschau ironisch einwarf: „Das ist mir ganz neu“. Ich muß sagen, wenn das Fleisch so gut wäre, wie die Selbsteinschätzung des Abg. Reventlow, dann bräuchten wir überhaupt keine Fleischbeschau. (Heiterkeit.) Es ist unrichtig, wenn behauptet wurde, daß die deutsche Landwirtschaft den gesamten Fleischbedarf des deutschen Volkes decken könnte. Höchstens mag es wohl möglich sein für das Schweinefleisch. Aber es scheint mir, daß die deutsche Landwirtschaft jedesmal, wenn sie so weit ist, daß annähernd genug Schweine produziert werden, schließlich die Produktion zurückhält, damit nur die Preise nicht sinken. (Lärm rechts.) Der Entrüstungsturm über das Buch von Kay in Oberhessen dürfte auf den einfachen Umstand zurückgehen, daß man immer enttäuscht ist, wenn unangenehme Dinge aufgebeckt werden. In Hessen besteht das Sprichwort: „Große Schüsseln, aber nichts zu essen“. Das ist nicht ganz richtig, aber doch so ziemlich. — Der Abg. Gerold hat sich widersprochen. Einmal sagte er, er sei für das Gesetz lediglich aus sanitären Gründen eingetreten, dann aber hat er wieder bei anderen Gelegenheiten behauptet, er wolle überhaupt von der ganzen Fleischunterstützung nicht viel wissen. Der Abg. Held beschwerte sich darüber, ich hätte ihn einen Agrarier genannt. Ich weiß sehr wohl, daß niemand ein Agrarier ist, der nur zwei Hektar Land besitzt. Ich wundere mich nur, daß man das bei den Verhandlungen über den neuen Zolltarif nicht auch betont hat. Aber damals hat man gesagt, die ganze Landwirtschaft gehöre zusammen. Herr Held wendet ein, er sei damals noch nicht im Reichstage gewesen. Ich weiß das sehr wohl, ich bedauere sogar, daß er jetzt hier ist. (Heiterkeit.) Wenn schließlich der Abg. Graf Schwerin gemeint hat, gerade meine Rede hätte ihn davon überzeugt, daß man über die Petitionen zur Tagesordnung übergehen solle, so ist das eine so alte Nebenwendung, daß Sie sich nicht dadurch beeinflussen lassen sollten. Ich bitte Sie, wenigstens nicht die Kommission zu desavouieren und die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Reventlow (Antif.) erwidert, daß gegenwärtig geradezu eine Ueberproduktion auf dem Gebiete der Schweinezucht herrsche. Er habe den Eindruck, daß er sich dem Abg. Scheidemann gegenüber durchaus richtig selbst eingeschätzt habe. (Heiterkeit rechts.)

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag Staudy auf Uebergang zur Tagesordnung über alle drei Petitionen mit den Stimmen der Rechten, desentrums und der Hälfte der Nationalliberalen angenommen. Bevor zur nächsten Petition geschritten wird, beantragt

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) zur Geschäftsordnung, die Petitionen wegen des Befähigungsnachweises für das Handwerk wegen Unterdrückung schlechter Literatur- und Kunstzeugnisse und wegen Kenderung des § 175 des Strafgesetzbuches von der heutigen Tagesordnung abzulesen.

Abg. Erzberger (Z.) widerspricht diesem Antrage und macht darauf aufmerksam, daß für die Abweisung eines solchen Antrages der Widerspruch von 30 Mitgliedern genüge.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) erklärt, die Befähigungsfähigkeit des Hauses zu bezweifeln.

Abg. Singer (Soz.): Ich bitte den Antrag auf Abhebung dieser Gegenstände von der Tagesordnung abzulehnen und zwar aus folgenden Gründen: Wir sind mit unserer Zeit bis Weihnachten so beschränkt, daß uns für eine Reihe der aus dem Hause gekommenen Initiativanträge und Resolutionen nur noch die Tage dieser Woche zur Verfügung stehen. Wenn wir heute die Materie des Befähigungsnachweises für das Handwerk ablesen, würde der dieselbe Frage behandelnde Initiativantrag ja wahr-scheinlich morgen zur Beratung kommen und so müßten andere Initiativanträge zurückgestellt werden, die heranommen könnten, wenn wir diese Materie heute in Angriff nehmen würden. Ich halte es nicht für richtig, daß der Reichstag sofort, nachdem er nach so langer Pause wieder zusammengetreten ist, die Anagnahme einer Materie ablehnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wenn Herr Singer meint, daß morgen der betreffende Initiativantrag auf die Tagesordnung gelegt wird, so kann ja diese Petition mitberaten werden. Ich meine aber, es empfiehlt sich gerade deshalb nicht, heute eine Diskussion in Angriff zu nehmen, die wir doch nicht beenden könnten. Ich halte meinen Zweifel an der Befähigungsfähigkeit des Hauses aufrecht.

Der vom Präsidenten angeordnete Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 200 Abgeordneten, das Haus ist somit beschlußfähig. (Große Heiterkeit rechts.)

Die Beratung geht weiter bei den Petitionen betr. den Befähigungsnachweis für das Handwerk.

Die Kommission beantragt die Anträge um Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises bei dem Handwerk resp. die Einführung des Befähigungsnachweises für die Maschinenisten und Heizer durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, die Petitionen auf Einführung des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker dem Reichsanwalt zur Erwägung zu überweisen.

Die Abgg. Kuer und Genossen (Soz.) beantragen Uebergang zur Tagesordnung über alle diese Petitionen.

Die Abgg. Erzberger (Z.) und Genossen beantragen, die Petition um Einführung eines allgemeinen Befähigungsnachweises dem Reichsanwalt nach der Richtung zur Verächtlichmachung zu überweisen, daß nur denjenigen die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen zuteilt, welche den Meistereritel führen und 2. die Petition auf Einführung des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker dem Reichsanwalt zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Der Abg. Raab (Antif.) beantragt, die Petitionen auf allgemeinen Befähigungsnachweis bei dem Handwerk dem Reichsanwalt zur Erwägung, die übrigen Petitionen zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Abg. Erzberger (Z.): Das Handwerkergezet von 1897, das auf eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge einen besonderen Wert legte, betrachten wir nur als die erste Stufe zum Schutze des Handwerks. Auch die Gewerbevereine, welche seinerzeit noch gegen die Meisterprüfung waren, haben sich heute umgeschlossen und ich hoffe, daß die Nationalliberalen, die sich damals gerade auf die Haltung der Gewerbevereine beriefen, auch heute noch auf das Urteil der Gewerbevereine stützen. Unser Antrag, die Meisterprüfung einzuführen, ist nur die konsequente Weiterführung des Handwerkergezetes. Der Herr Handelsminister betraufte uns seinerzeit auf die Zukunft und meinte, wir sollten doch dem Gesetzgeber von 1895 nicht vorgreifen. Nun, der Gesetzgeber von 1895 ist kein anderer als der von 1904. Wir erachten also jetzt den Zeitpunkt für gekommen.

Unser zweiter Antrag geht da hin, die Petition zur Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker der Regierung nicht nur zur Erwägung, sondern zur Verächtlichmachung zu empfehlen. Wenn man ein Haus baut, so ist der Befähigungsnachweis hierfür noch

viel wichtiger, als wenn jemand ein Pferd beschlägt. Für die
Suschmiede ist aber der Befähigungsnachweis schon lange eingeführt.
Schon im Interesse der Arbeiter muß der Befähigungsnachweis ein-
geführt werden. Keine Aufsicht kann dem Arbeiter die Sicherheit
geben, die seine eigene Fähigkeit ihm verleiht. Auch der Unfall
beim Abbruch der Flora hat gezeigt, daß die beste Aufsicht Unfälle
nicht verhindert. Auch der sozialdemokratische Abg. Segitz hat sich dahin
ausgesprochen, daß sehr viel gute Gründe für den Befähigungsnachweis
im Baugewerbe sprechen. Nur weil die Parteischablone über die
praktische Arbeit gesiegt hat, hat der Abgeordnete Segitz sich nicht ohne
weiteres darauf festgelegt. Für eine Person tritt dann der Medner
noch für den Befähigungsnachweis für Maschinisten und Heizer ein.
Abg. Naab (Antif.) tritt dann insbesondere für den Befähigungs-
nachweis für Heizer und Maschinisten ein.

Abg. Bömelburg (Soz.):
Die eine der vorliegenden Petitionen stammt von dem Innungs-
verbande deutscher Baugewerksmeister, die andere von dem Vorstande
der nordöstlichen Bau-Verufsgenossenschaft. Beide behaupten, daß
der Befähigungsnachweis im öffentlichen Interesse und zur
Sicherung der auf Bauten beschäftigten Arbeiter notwendig sei. Die
Petitionen weisen auf einige Unfallsziffern hin, die für eine Reihe
von Jahren im Durchschnitt berechnet sind. Die Unfallsziffern im
Baugewerbe sind in der Tat ungeheuerlich, aber wie die
Zahlen in der Petition stehen, geben sie doch bei oberflächlicher Be-
trachtung ein falsches Bild. Die Zahl der verletzten Arbeiter
ist pro Tausend verarbeitete Personen berechnet, während die Zahl
der Entschädigungspflichtigen zu 100 Proz. berechnet, dem gegenüber-
gestellt wird. Man muß nach dieser Darstellung zu der Ansicht
kommen, als ob die Unfallgefahr in der Rheinisch-westfälischen
Hütten- und Walzwerk-Verufsgenossenschaft, bei der Süddeutschen
Eisen- und Stahl-Verufsgenossenschaft und bei der Knappschäfts-
Verufsgenossenschaft weit niedriger ist, als bei der nordöstlichen
Baugewerks-Verufsgenossenschaft. Man hat jedenfalls diese Be-
rechnungsart gewählt, um die Sache recht kraß darzustellen, in
der Hoffnung, daß es recht viele geben würde, die ihre Meinung
bezüglich des Befähigungsnachweises im Baugewerbe dadurch
revidieren würden. Ja es hat Leute gegeben, die darauf hinein-
gefallen sind, selbst Graf Posadowsky hat im vorigen Winter, fufend
auf diese besonders hohen Unfallsziffern, den baugewerkschaftlichen Unter-
nehmern gewissermaßen den Krieg erklärt; wenn sie nicht bald an-
fingen, Remedur zu schaffen, würde die Regierung gezwungen sein,
für das Baugewerbe andere Maßnahmen zu ergreifen. Darin, daß
im Baugewerbe die Unfallgefahr eine sehr große ist, stimme ich
durchaus mit den Herren Vorrednern überein. Wir sind den
Petitionen sogar dankbar dafür, daß sie eingesehen, daß eigentlich an
den vielen Unfällen die Unternehmer selbst Schuld tragen, während
sonst immer den Arbeitern die Schuld gegeben wird. Nun bin ich
nicht der Meinung, daß durch die Einführung des Befähigungs-
nachweises die Unfallgefahr reduziert werden kann. Im Gegenseite
zu Herrn Erzberger behaupte ich, daß auch auf Bauten, die von
technisch gebildeten Baumeistern geleitet werden, ebenso viel Unfälle
vorkommen. So kamen 50 Unfälle bei einem Kirchenbau
in Stuttgart vor, der von einem technisch vorgebildeten
Innungmeister geleitet wurde. Leider haben wir keine
Statistik darüber, inwieweit bei den Betrieben, in denen
Unfälle vorkommen, die Leiter technisch gebildet sind oder nicht.
Der Vorstand der nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft hätte
uns hierüber genaue Auskunft geben können. Wenn die von ihm
herrührende Petition es unterlassen hat, so aus dem Bewußtsein
heraus, daß Unfälle in den Betrieben technisch geprüfter und vor-
gebildeter Meister mindestens ebenso zahlreich sind, wie in anderen.
Ich habe eine kleine Privatstatistik aufgenommen; sie ergibt, daß
von 30 Unfällen 20 bei Innungsmestern, darunter bei zwei Ober-
meistern vorgekommen sind. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Dasselbe Ergebnis zeigen die Untersuchungen
der Bauarbeiterschutz-Kommission in Hamburg. Seit elf
Jahren hat Desterreich den Befähigungsnachweis. Und doch liegen
dort die Verhältnisse in bezug auf die Unfallgefahr im Baugewerbe
noch trostloser wie bei uns. Die Einstürze von Bauten sind ebenso
zahlreich wie bei uns. Der Bericht der niederösterreichischen Bau-
gewerks-Verufsgenossenschaft für 1902 zeigt, daß die Unfallsziffern
dort viel höher sind als bei uns. Der Vorstand dieser Genossen-
schaft hat deshalb auch beschloffen, sich mit der Wiener Baumeister-
innung in Verbindung zu setzen, um die Unfallgefahr zu vermindern.
Auf 1000 Arbeiter kamen 1902 in Niederösterreich 148,92 Unfalls-
anfragen, bei der nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft nur
46,84. Die Zahl der Unfälle, die zur dauernden und vorübergehenden
blligen Erwerbsunfähigkeit führten, betrug dort 11,07, bei uns nur
4,20, die Zahl der Todesfälle im Baubetrieb dort 1,09, bei uns 1,07.
(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist übrigens ganz
erklärlich, daß die Dinge so liegen. Das Baugewerk leidet einfach
unter einer zu starken Konkurrenz. Ich habe in meiner
Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer
sehr oft Gelegenheit gehabt, mit Arbeitgeberern des Bau-
gewerkes zu sprechen. Es gibt unter ihnen einige, die mit großer
Wissenschaftlichkeit arbeiten. Aber es gibt auch andere, und die
wenigen Wissenschaftlichen erklären, daß sie in der Zukunft auch anders
handeln müßten. Bei allen öffentlichen Ausschreibungen erhält immer der-
jenige Unternehmer die Ausführung, welcher am billigsten arbeitet.
Am billigsten kann aber derjenige Unternehmer arbeiten, der am
wenigsten Rücksicht auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter nimmt.
Wenn in Wirklichkeit die Unternehmer gewillt sind, Leben und Gesun-
dheit ihrer Arbeiter und der Bewohner ihrer Häuser zu schützen,
dann müssen sie zu wirkungsvolleren Mitteln greifen, als es der Be-
fähigungsnachweis ist. Solche Mittel gibt es. In erster Linie not-
wendig ist ein allgemeines Baugesetz, das den Unternehmer ver-
pflichtet, der Behörde in jedem einzelnen Falle von einer Bau-
ausführung Kenntnis zu geben. Weiter muß die Baubehörde ver-
pflichtet sein, jeden Bau-Entwurf in konstruktiver Beziehung einer
genauen Nachprüfung zu unterwerfen und eine genaue und bessere
Kontrolle als bisher darüber anzustellen, ob auch gutes
Baumaterial verwendet wird, und ob der genehmigte Bauplan auch
ohne Abweichung ausgeführt wird. Bei einem solchen Gesetze und
einer solchen Organisation der Baubehörde würden die Unfälle aus-
dem Einkurs von Häusern weniger werden, und wenn sie noch vor-
kommen, dann haben wir verantwortliche Personen, an die wir uns
halten können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist
erforderlich ein Bauarbeiterschutz-Gesetz mit genauen Vorschriften über die
sanitären Einrichtungen auf Bauten und Unfallverhütungs-Einrichtungen.
In diesem Gesetze muß auch eine Garantie dafür gegeben sein, daß
die erlassenen Vorschriften für die Unfallverhütung in korrektester
Weise durchgeführt werden. Heute werden solche Vorschriften wohl
erlassen, aber durchgeföhrt werden sie nicht. Die Herren Bau-
gewerksmeister wollen ein Erwerbsprivilegium haben. (Lebhafte
Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist der springende
Punkt. Da erwiesene ist, daß die Unfallgefahr durch den Befähigungs-
nachweis nicht vermindert wird, ersuchen wir Sie, über die gesamten
Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! bei den Sozial-
demokraten.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Personlich vermahrt sich Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) gegen
den Vorwurf des Abg. Naab, er habe einen Obstruktionsversuch
unternommen. Der Antrag auf Verlegung sei gestellt worden, weil
die Verhandlungen über diesen so wichtigen Gegenstand doch nicht
erschöpft sein könnten. Es sei die gute Sitte des Hauses, einem
Abgeordneten nur diejenigen Motive zu unterstellen, die er selbst
angabe.
Abg. Naab (Antif.): Herr Dr. Müller ist der allerletzte, von dem
ich Bekehrungen über die guten Sitten des Hauses entgegennehme.
Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Herr Naab hat eben kein Ver-
ständnis für die guten Sitten des Hauses. (Heiterkeit.)
Abg. Naab (Antif.): Unter allen Umständen war es unangebracht,
angeichts des reich besetzten Hauses (Lachen links) aus Obstruktions-
gründen einen Auszählungsantrag zu stellen.
Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Stat.-Resolutionen,
betreffend den unlauteren Wettbewerb, das Vergesetz
und die Invalidenversicherung.

Abgeordnetenhaus.

107. Sitzung vom Dienstag, den 29. November,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller, Frhr. v. Rheinbaben.
Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung des
Gesetzentwurfs über die Beteiligung des Staates an
der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne.
Nach § 1 der Vorlage wird die Staatsregierung ermächtigt, von
der Dresdner Bank zu Berlin Aktien der Hibernia zu Herne im
Nominalbetrage von insgesamt 27 552 800 M. zu erwerben und zu
diesem Zwecke einen Betrag bis zu 69 500 000 M. zu verausgaben.
Die §§ 2 und 3 enthalten Ausführungsbestimmungen.
Danach wird der Finanzminister ermächtigt, zur Bereitstellung der
erforderlichen Geldmittel Staatsschuldverschreibungen
auszugeben. An Stelle der Staatsschuldverschreibungen können
vorübergehend Schatzanweisungen ausgegeben werden.
Mit der Ausführung des Gesetzes werden der Finanzminister und
der Handelsminister beauftragt.
Nach § 4 tritt das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung
in Kraft.

Handelsminister Müller: Die Presse hat sich von Anbeginn der
Aktion, um welche es sich hier handelt, mit großer Lebhaftigkeit
dieser Frage beschäftigt. Es waren viele Organe leidenschaftlich da-
gegen und andere ebenso leidenschaftlich dafür. Manche Zeitungen
haben vieles auszusagen gehabt an der Art, wie die Aktion eingeleitet
war. Das ist auch gar nicht anders zu erwarten. Und wenn dann von
manchen Vorkörpern die Sache günstiger beurteilt wurde, so wurde
dieser Teil der Presse mit besonderer Vorliebe als offiziös be-
zeichnet. Wenn in solchen Vorkörpern die Konsequenz aus der
Opposition gegen die Aktion gezogen und gezeigt wurde, was etwa
die politischen Folgen der Opposition sein könnten oder, möglicher-
weise, sein würden, dann wurde immer wieder gerufen: Der
Handelsminister droht! Demgegenüber muß ich erklären: Ich
habe nur ein einziges Mal einen Artikel be-
einflußt; das ist ein Artikel in der „Berliner
Politischen Korrespondenz“ gewesen, der an
demselben Tag erschienen ist, an dem das Angebot an
die Gesellschaft Hibernia im „Staats-Anzeiger“ publiziert ist.
Es waren in der Presse unendlich viele geradezu abenteuerliche Ge-
richte erwähnt. Auf eins will ich ausdrücklich eingehen, das war
das, daß der Fürst v. Donnersmard, weil er ein bestimmtes
Kohlenquantum nicht von dem Kohlenyndikat bekommen hätte und
es in England haben laufen müssen, sich an allerhöchster Stelle be-
schwert hätte und daß die allerhöchste Stelle die jegliche Aktion an-
geordnet habe. Ich kann nur sagen: diese ganze Geschichte
ist von A bis Z erfunden, ist freie Phantasie des betreffenden
Zeitungsredakteurs gewesen.

Die Angriffe in der Presse waren zum großen Teil im höchsten
Grade gegen mich persönlich gerichtet, man hat vielfach nicht einen
recht niedrigen Pamphletton verfahren. Die Vorwürfe gegen mich
gipfeln in zwei wesentlichen in zwei Punkten: Erstens, daß gegenüber
meiner wiederholten und noch in jüngster Zeit abgegebenen Erklärung,
weitere Verstaatlichungen seien nicht beabsichtigt —, der plötzliche
Eintritt in die Ankaufaktion der Hibernia eine Art Treubruch
sei. Und zweitens, daß diese Aktion in illoyaler Weise gegen die
Hibernia eingeleitet worden sei; daß dem Vorstande und den
Bankiers der Hibernia die Absicht des Ankaufes zuerst hätte
mitgeteilt werden müssen. — Letzteren Vorwurf will ich vorab er-
ledigen. Ich habe so lange im geschäftlichen Leben gestanden, daß
ich weiß, wie Geschäft gemacht werden. (Große Heiterkeit.) Ich
halte es für eine großartige Naivität, zu glauben, daß man anders
hätte vorgehen können, als ich vorgegangen bin. (Sehr richtig!)
Wenn ich einen direkten Appell an die Bankiers der Hibernia ge-
richtet hätte, wenn ich ihnen gesagt hätte: Ich halte es nach der
Staatsräson für notwendig, daß ich die Hibernia für den Staat er-
werbe, so wäre es ja möglich gewesen, daß die Herren freudig
gefragt hätten: Wir wollen alles, weil Du es begehrt,
auf dem Altar des Vaterlandes opfern! (Heiterkeit.)
Ich glaube, daß der Szeptizismus, mit dem ich an diese Frage heran-
gegangen bin, durchaus berechtigt war. (Sehr richtig!) Hätte ich
nicht direkt an die Hibernia gewandt, ich hätte dieselbe Antwort be-
kommen, die der Generaldirektor der Gesellschaft in seinem Bericht
an die Generalversammlung vom 27. August auf die Verstaatlichungs-
Offerte gibt. Sie gipfelt in dem Nachweis, daß die Lage der
Hibernia vortrefflich sei und ich den Aktionären viel zu wenig ge-
boten hätte.

Von einem großen Teile der Presse ist umgekehrt mein Angebot
viel zu hoch gefunden worden. In der Tat war es ein sehr
liberales; aber nur mit einem solchen konnte ich vorwärts kommen.
Ich komme zum Vorwurf der Illoyalität zurück. In einem
großen Blatte fand ich sogar den Ausdruck, ich hätte die öffentliche
Moral fortumpiert. Aber ich bin bei dieser Aktion im höchsten Maße
loyal von Anfang an vorgegangen. Die viel angefeindete
Dresdner Bank war nach unserem ersten Abkommen
lediglich Kommissionärin für ein von mir gebildetes
Konfortium, das die Verstaatlichung ausführen sollte. Jeder
private Vorteil der Dresdner Bank oder ihrer
Direktion war ausdrücklich ausgeschlossen worden.
(Hört! hört!) Sofort nach der Veröffentlichung beauftragte ich den
ersten Direktor der Dresdner Bank, dem Vorsitzenden der Gesellschaft
Hibernia Mitteilung von dem Verstaatlichungsplan zu machen und ihn
zum Eintritt in das Konfortium aufzufordern. Hätte ich diese Mit-
teilung vorher machen lassen, so wäre die ganze Aktion unmöglich
gewesen. (Sehr richtig!) Sie war nur möglich, wenn sie in engsten
Kreisen blieb. Ich komme nun zu dem ersten Vorwurf zurück. Er
ist mit einem in den letzten Jahren in der Presse sehr beliebten
Ausdruck als Falschakt bezeichnet worden. Ich glaube nachweisen
zu können, daß ich in dieser Frage durchaus konsequent verfahren bin:
Ich habe mich seit langen Jahren mit der Frage der Konzentration
in der Industrie beschäftigt. Ich habe sie seit langen Jahren für not-
wendig erachtet, seit langen Jahren habe ich die feste Ueberzeugung,
daß nicht das alte System der freien Konkurrenz alles heile, daß die
Methode, daß der starke Ellenbogen die Schwachen niederstoße, heute
nicht mehr anwendbar ist. (Hört! hört!) Ich habe aber auch schon
damals, als wir in Europa noch ganz in dem Jauchebann der
großen amerikanischen Trustbildungen standen, vor der Handels-
kammer zu Hannover ausgeführt, daß wir zu amerikanischen Formen
nicht kommen dürften.

Früher schien mir jedoch eine Einmischung in das Kohlenyndikat
nicht am Platze zu sein, denn es hatte bei der Enquete im Reichsamt
des Innern sein Examen glänzend bestanden. Zu Beginn dieses
Jahres trat aber der neue Syndikatvertrag in Kraft und da zogen
Gewitterwolken am Horizont des Kohlenyndikats auf. Als bald
erkannte ich, wie die Dinge lagen, vor allem, daß bei dem Kohlen-
yndikat ein schwerer Konstruktionsfehler vorlag, der aus von den
Seitern des Syndikats anerkannt wurde, das war die Disparität in
der Behandlung der Hüttenzehen und der reinen Zehen. Es zeigte
sich dann eine große Fusionsbewegung, zunächst bezüglich der
unrentablen, später der weniger rentablen Zehen des Ruhrreviers. Die
Fusionsbestrebungen im Anfang des Jahres machten mich aufmerksam
auf die Frage, ob der Staat noch ein Hüttenwerk erwerben solle. Es
blieb mir nichts anderes übrig, als mich zu erkundigen, wie es mit
der Hibernia steht, ob da auch bereits Fusionsbestrebungen im Gange
seien. Nach den Auskünften, die ich erhielt, schien eine große Aktion
zum Erwerb der Hibernia Erfolg zu versprechen, und da handelte
es sich darum, nicht lange zu fackeln, sondern rasch zuzugreifen. Wir
konnten uns nicht der Ansicht verziehen, daß es wünschenswert sei,
später einen Einfluß auf das Syndikat zu bekommen. Einen
wirklichen maßgebenden Einfluß auf die Bestim-
mung der Kohlenpreise seitens des Staates würde
ich für ein bitterböses Danaergeschenk halten.
Solange wir uns noch in einiger Entfernung vom sozialen Staat
bewegen, überlassen wir die Entwidlung besser den seitherigen
Mächten der freien Tätigkeit. Die Preise der wesentlichen Eruben
sind Standardpreise, und ich würde geradezu fahrlässig verfahren,
wenn ich willkürlich andere Preise fordern würde, als die, die jeder-

mann gern zahlt. Wir denken nicht an eine Verstaat-
lichung des Kohlenbergbaues in Westfalen; in
meiner Heimat hat man sich die entgegengesetzte Ansicht konstruiert,
um sich selbst und das Publikum in die nötige Rage zu bringen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): — auf der Tribüne schwer verständlich —
scheint trotz mancher Bedenken eine der Vorlage freundliche Haltung
einzunehmen. Das Zentrum sei zwar ein Gegner der Verstaatlichung
der Bergwerke; hier aber handle es sich nicht um eine Verstaatlichung,
sondern nur um eine Beteiligung des Staates. Viele Gründe sprächen
dafür, daß sich der Staat in die Preispolitik der Kohlenyndikate ein-
mische. Diese nähmen zwar eine gewisse Regelung der Produktion vor,
aber nur im Interesse der Produzenten und nicht der Konsumenten. Wenn
es dem Minister in der Kommission gelänge, die im Zentrum noch
vorhandenen Bedenken zu zerstreuen, sei es nicht abgeneigt, für die
Vorlage zu stimmen. (Bravo! im Zentrum.)

Handelsminister Müller will einige Bedenken des Vorredners
sicherstellen. Da die Seehandlung sicherlich das Revisionsrecht,
mit dem sie betraut war, auf das genaueste ausgeübt hätte, sei nicht
zu befürchten, daß irgend ein Separatvorteil für die Dresdner Bank
aus dem Geschäft herausgesprungen wäre.

Abg. v. Woyzna (fr.): Meine politischen Freunde stehen im
allgemeinen dem Vorschlage der Regierung freundlich gegenüber.
Sie erblicken in der Erwerbung der Hibernia die Aussicht der
Möglichkeit einer wertvollen Ergänzung des bereits im Staats-
besitz befindlichen Bergwerkbesitzes, die uns auf weite Zukunft
hin aus für die Eisenbahnen und die Marine die nötigen Kohlen
sichert. Der Staat wird in seinen Bergwerken die Privat-
bergwerke zu technischen Verbesserungen anregen, er wird auch der
gemeingefährlichen Wurmkrantheit und dem Typhus in Westfalen
entgegenwirken können, und er wird auch besser als bisher die groß-
polnische Agitation dort bekämpfen können.

Abg. Schiffer (natl.): Es wäre sehr wünschenswert gewesen,
wenn ein Teil der heutigen Ausführungen des Ministers schon in
der Begründung der Vorlage gestanden hätte. Denn diese hat es
in der Tat selbst den prinzipiellen Freunden der Regierung schwer
gemacht, schon jetzt für die Vorlage der Regierung zu stimmen. Unter
die dankenswerten Ausführungen rechne ich nicht die Aufklärung des
Märchens des Fürsten Hensel-Donnersmard, an das wir nie
glaubt haben; wohl aber die Bekanntheit der Abkommen mit
der Dresdner Bank. Aber noch sind nicht alle Un-
klarheiten beseitigt worden, und unsere erste Aufgabe wird
es sein, hier zunächst neue Fragen zu formulieren sowohl
über das Vorgehen der Regierung wie über ihre Ziele. Und
da muß ich voraussagen, daß ich nicht im stande bin, mit derselben
Weiterherigkeit die lgl. Staatsanwaltschaft (Heiterkeit) — Staats-
regierung zu entschuldigen, wie der Vorredner. Der Hauptfehler im
ganzen Vorgehen der Staatsregierung liegt daran: Sie hat den
Charakter der rheinischen Industriellen nicht gewürdigt. Es sind
keine Börsenspieler. (Sehr richtig!) Es sind Persönlichkeiten, deren
Lebenskraft und Lebensarbeit in ihren Unternehmungen steckt. Es
sind Männer, bei denen die idealen Interessen überwiegen. (Sehr
wahr!) Ist es nicht verständlich, daß solche Männer erbittert
werden, wenn ihnen der Boden, in dem sie wurzeln, entzogen
werden sollte?

Abg. v. Kessel (Z.): Als aus Anlaß der sogenannten Kohlennot
eine Kommission hier eingesetzt wurde, welche sich mit dieser Frage
beschäftigen sollte, hat diese Kommission eine Resolution gefaßt, die
wegen des Schlußes der Session damals nicht mehr im Plenum
zur Beratung kam. In der Resolution wurde eine Erweiterung des
staatlichen Bergbaues gewünscht, es wurde darin auch Stellung
gegen das Kohlenyndikat genommen gegen den Widerspruch der Staats-
regierung. Der Minister hat sich auch später dahin erklärt, daß die Re-
gierung aus wirtschaftlichen Gründen eine Erweiterung des
staatlichen Bergwerkbesitzes als wünschenswert erachtet. (Sehr richtig!)
Es sind Persönlichkeiten, deren Lebenskraft und Lebensarbeit in ihren
Unternehmungen steckt. Es sind Männer, bei denen die idealen Interessen überwiegen. (Sehr
wahr!) Ist es nicht verständlich, daß solche Männer erbittert
werden, wenn ihnen der Boden, in dem sie wurzeln, entzogen
werden sollte?

Abg. Gassel (fr. Sp.): Namens meiner Freunde erkläre ich, daß
wir uns nicht entschließen können, für die Vorlage zu stimmen. Der
Ueberweisung an eine Kommission widersetzen wir uns nicht, wir
wünschen diese sogar, um Aufklärung über die Punkte zu bekommen,
welche bisher trotz der Begründung unklar geblieben sind. Wir
müssen entschieden Stellung nehmen gegen die
Verstaatlichung des gesamten Bergbaues. Ein
Staatsmonopol, welches die gesamte Industrie für den Kohlenbedarf
abhängig vom Staate macht, ist mit der wirtschaftlichen Selbständig-
keit des Einzelnen nicht zu vereinbaren, ein Monopol würde nicht
im Interesse der Allgemeinheit liegen. Die Blüte des Bergbaues
ist nicht etwa durch den staatlichen Bergbau herbeigeföhrt worden,
sondern durch die private Tätigkeit auf diesem Gebiete. Wir haben
uns 1902 für die Erweiterung des staatlichen Bergwerkbesitzes
erklärt, weil der Staat ein großer Konsument für
Kohlen ist. Die jegliche Vorlage lehnen wir aber ab,
weil genügende Motive dafür nicht beigebracht werden.
Der Minister sprach von einem endgültigen Abkommen mit der Dresdner
Bank, das ist unklar. Hatte denn vorher die Dresdner Bank auf
eigene Rechnung gekauft? Wir sind darüber andere Mitteilungen
gemacht worden. Nach meinen Informationen hat der Handels-
minister bereits am 16. Juni der Dresdner Bank im Einvernehmen
mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister vorgeschlagen,
Aktien der Hibernia zum Kurse von 240 zu kaufen,
falls es ihr bis Ende 1904 gelingen sollte, 1/4 des
Aktienkapitals zu beschaffen. (Lebhaftes Hört! hört!
links.) Die Aktien der Hibernia standen damals auf 190%, so daß
der Dresdner Bank eine Latitüde von 49 1/2 Proz.
gegeben war. (Erneutes Hört! hört! links.) Bei diesem Abkommen
wäre die Dresdner Bank also nicht Kommissionär gewesen, ich kann
mir nach den Erklärungen des Handelsministers nicht recht vor-
stellen, daß meine Informationen richtig sind. (Abg. Camp (Z.):
Doch!) Dann würde ich meine Schlussfolgerungen viel bestimmter
ziehen. Bedauerlich ist, daß der Gewinn an den hohen Kursen nicht
in die Taschen der Aktionäre geflossen ist, sondern daß er der
Dresdner Bank und denjenigen zu teil geworden ist, welche auf
irgend eine Weise in das Projekt des Staates und der Dresdner
Bank eingeweiht waren. (Hört! hört! links.) In der Kommission
wäre eine genaue Prüfung der Beläge notwendig sein. Es
ist zu prüfen, wann und von wem die Dresdner Bank die
Aktien erworben hat. (Sehr gut! links.) Nur auf diese Weise läßt
sich feststellen, wer unter Kenntnis von dem Plane des Staates die
Aktien nicht zum Einkaufspreise, sondern zu dem höheren damaligen
Kurse dem Staate zur Verfügung gestellt hat. Da wird die Frage
entstehen, ob es geschieht ist, Geschäfte so zu machen, daß der Nutzen
nicht den Aktionären, sondern den Börsenspekulanten zu teil wird. (Sehr
gut! links.) Ich weiß nicht, ob im Rai bei einem Kurse von
190 Proz. die Aussicht auf die Erreichung der Zwecke des Staates
geringer war als sie durch die „geschickten“ Maßnahmen des Ministers
geworden ist. (Sehr gut! links.)

Minister Müller: Ich habe früher in der Budgetkommission
erklärt, daß unser Ziel der Beteiligung am Bergbau in Westfalen ein
ähnliches sein müsse, wie die Beteiligung am oberflächlichen Berg-
bau, der in der Begründung zahlenmäßig dargestellt ist. Der Ab-
geordnete Gassel hat einen Brief vom 16. Juni in seinen Akten.
(Abg. Gassel: Den Brief habe ich nicht.) Ich habe am 16. Juni
der Dresdner Bank geschrieben, daß ich mich im Einverständnis
mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister ver-
pflichtete, dem Landtage eine Vorlage auf Ermächtigung
der Regierung zum Ankauf der Hibernia-Aktien im Betrage von
51 Millionen Mark zu machen, sofern die Bank bis zum Jahres-
schlusse den Nachweis erbringe, daß sie oder das von ihr zu bildende
Konfortium in der Lage sei, den gesamten erforderlichen Betrag an
Aktien mit zur Verfügung zu stellen. Die Dresdner Bank hat
leinerlei Privatvorteile gehabt. Das Material wird selbstverständlich
der Kommission zur Verfügung gestellt werden. Die Dresdner Bank
war lediglich Kommissionärin.

Abg. Münsterberg (fr. Sp.): Die Vorlage wird einer ein-
gehenden Prüfung in der Kommission bedürfen. Illoyalität kann
man der Regierung nicht vorwerfen; freilich wäre es besser gewesen,

wenn die Regierung direkt an die Hibernia herantreten wäre. An sich stehen meine Freunde den Staatsbetrieben nicht unsympathisch gegenüber, aber es muß doch hervorgehoben werden, daß die Privatindustrie auch auf dem Gebiete des Bergbaues beweglicher ist. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratische Unterstützung russischer Flüchtlinge. In einer am letzten Sonntag in Kattowitz (Oberschlesien) tagenden Volksversammlung, auf deren Tagesordnung der „russisch-japanische Krieg“ stand, wurde von Genossen Pruhns darauf hingewiesen, daß mittellose russische Flüchtlinge sich in Preußen nicht aufhalten dürfen und an die Grenze zurückgebracht werden. Die Pflicht internationaler Solidarität wie gleichermaßen unsere besondere Sympathie mit den unglücklichen Opfern des fluchwürdigen russischen Regierungssystems erfordere daher auch von den deutschen Genossen, besonders im ober-schlesischen Grenzgebiet, die tatkräftigste moralische und materielle Unterstützung solcher Flüchtlinge. Einstimmig beschloß dann die stark besuchte Versammlung, das Bureau zu beauftragen, dem Hilfskomitee beizutreten, das schon in einer vorhergegangenen polnisch-sozialdemokratischen Versammlung zu diesem Zwecke gewählt worden war.

Partei-Presse. Der „Stettiner Volksbote“ wird vom 1. Dezember ab in erweitertem Umfang erscheinen. Infolgedessen wird der Abonnementspreis um 5 Pf. pro Monat erhöht und beträgt demnach 65 Pf. monatlich bei freier Zustellung.

Der erste Sozialdemokrat zog nun auch in den Gemeinderat in Lichtenhain bei Jena ein. Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal an der Wahl.

Bei den Gemeinderatswahlen in Limbach (Sachsen) wurde die ganze sozialdemokratische Liste, Ansjässige und Unansässige, in der dritten Klasse gewählt.

Die Gründung eines Kreis-Wahlvereins beschloßen die Parteigenossen im 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreis.

Soziales.

Ende und Beginn der Schulpflicht in Preußen.

Zu diesem Thema wird uns geschrieben: Die neulichen Darlegungen des „Vorwärts“ über das Ende der Schulpflicht in Preußen bedürfen einiger Ergänzungen. Das Ende der Schulpflicht ist in Preußen nicht einheitlich geregelt. Im wesentlichen ist die Vollendung des 14. Lebensjahres und für die Evangelischen die Konfirmation für die Frage der Beendigung der Schulpflicht maßgebend. Für einzelne Provinzen und Provinztheile sind besondere Bestimmungen erlassen. Die Zeit der Beendigung der Schulpflicht in Preußen stellt sich nach den gesetzlichen, provinziellen und partikularen Bestimmungen wie folgt:

1. Gesetzlich gilt das vollendete 14. Lebensjahr als Ende der Schulpflicht für den Landrostbezirk Hildesheim, das Fürstentum Staveloerger und die Grafschaft Diepholz für Evangelische, Grafschaft Bentheim, Aurich, Kassel, insoweit Kinder in Frage kommen, die nicht konfirmiert werden, Stadt Frankfurt a. M., Herzogtum Nassau, Hohenzollern, Ost- und Westpreußen. In den letztgenannten Provinzen ist jedoch die Hinausschiebung bis zum vollendeten 15. und 16. Jahre zulässig.

2. Gesetzlich gilt die Konfirmation als maßgebend:

- a) für Schleswig-Holstein (Knaben mit vollendetem 16., Mädchen mit vollendetem 15. Lebensjahre). Es besteht hier aber das Institut der Sommerfchule, wonach Kinder vom 12. oder 10. Jahre an vom Besuch der Sommerfchule dispensiert werden können. Auch sind seitens der Regierung mit rechtsverbindlicher Kraft vorzeitige Entlassungen für ganze Distrikte angeordnet.
- b) für Lüneburg, insoweit die Dannenbergfche Schulordnung vom 17. Januar 1887 maßgebend ist.
- c) für Regierungsbezirk Kassel, Viedenkopf und Landgrafschaft Hessen-Homburg, sowie Grafschaft Bernburgerode bei den Evangelischen.

3. Das vollendete 14. Lebensjahr mit der Konfirmation zusammen gilt für Städte und Dörfer des Landkreises Frankfurt a. M. und für die Evangelischen des Regierungsbezirks Osnabrück.

4. Das vollendete 13. Lebensjahr gilt vereinzelt kraft älterer Ministerialverordnungen; ferner gesetzlich für die jüdischen Kinder in Hohenzollern auf Grund der dortigen Schulordnung, jedoch kann danach auch der Termin im Bedürfnisfalle hinausgeschoben werden.

5. Im Gebiete des Allgemeinen Landrechts und der Kabinettsorder vom 14. Mai 1825 tritt das Ende der Schulpflicht dann ein, wenn ein Kind nach dem Befunde seines Seelsorgers (an dessen Stelle ist die Schulaufsichts-Behörde getreten) die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse erworben hat. Regierungsvorordnungen setzen als Regel die Beendigung der Schulpflicht auf das Ende des Schuljahres, das auf das vollendete 14. Lebensjahr folgt; in einzelnen Bezirken ist der Oftertermin für die Kinder als regulärer Entlassungstermin vorgesehen, die das 14. Lebensjahr vor dem 1. Oktober vollenden.

Das Ende der Schulpflicht tritt in der Regel erst durch ausdrückliche Entlassung seitens der zuständigen Schulbehörde ein. Jedoch hat das Kammergericht im Urteil vom 23. Januar 1898 für Ost- und Westpreußen im Gegensatz zu seiner früheren Rechtsprechung angenommen, daß die Beendigung in diesen beiden Provinzen ohne weiteres mit Vollendung des 14. Lebensjahres einzutreten habe.

Auch der Beginn der Schulpflicht ist nicht einheitlich für Preußen geregelt. Das vollendete 6. Lebensjahr gilt gesetzlich für Schleswig-Holstein, Rauenburg, Hannover, Kassel, Wiesbaden, Hohenzollern und Ost- und Westpreußen. In den letztgenannten Provinzen ist fakultativ das fünfte Lebensjahr zugelassen. Das vollendete siebente Lebensjahr gilt gesetzlich für einige Teile von Schleswig, in Westfalen bei nicht geschlossenen Ortschaften und für die Regierungsbezirke Bromberg, Königsberg sowie für einige kleinere Bezirke mit schlechten Verkehrswegen und zerstreuter Lage der Ortschaften. Das vollendete fünfte Lebensjahr gilt gesetzlich für das Gebiet des Allgemeinen Landrechts und der Kabinettsorder vom 14. Mai 1825; jedoch gilt tatsächlich für das letztgenannte Gebiet das vollendete sechste Lebensjahr mit der Maßgabe als Beginn der Schulpflicht, daß in einigen Regierungsbezirken zu Ostern jedes Jahres auch solche Kinder aufgenommen werden dürfen, welche das sechste Lebensjahr erst bis zum 1. Juli oder 1. Oktober desselben Jahres vollenden.

Eine Arbeitslorenzählung fand am 27. November in München unter Leitung des städtischen Statistischen Amtes statt. In tausend

Wahlbezirken wurden 4071 männliche und 921 weibliche Arbeitslose, außerdem 81 beschränkt Beschäftigte gezählt. Die Resultate aus 20 Bezirken sind noch zu ermitteln.

Wahlen für die Kaufmannsgerichte. Bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Kaufmannsgericht in München wurden für die Kompromißliste des Handelsvereins 846, für die des ultramontan-antifemilich-reaktionären Schuttbereins für Handel und Gewerbe nur 399 Stimmen abgegeben. Der Handelsverein erhielt demnach 31, der Schuttberein 14 Beisitzer. Unter den Gewählten befinden sich auch einige Parteigenossen.

Die Gewerbegerichtswahlen in Kattowitz (Oberschlesien) brachten der Liste der Gewerkschaften einen schönen Sieg, indem diese mit 189 Stimmen durchdrang, während die von den Gegnern aufgestellte Liste „gutgeheimer“ Arbeiter nur 51 Stimmen erhielt. Ein für ober-schlesische Verhältnisse sehr erfreulicher Erfolg!

Die Sonntagsruhe in Frankreich.

Der höhere Arbeiterrat hat den Entwurf eines Ruhetagsgesetzes ausgearbeitet, der der Regierung und dem Parlament unterbreitet werden wird. Die Haupt-Gesichtspunkte des Entwurfs sind folgende: Jedem Arbeiter soll innerhalb einer jeden Woche ein Ruhetag von der Dauer von 36 Stunden garantiert werden. Dieser Tag soll mit Ausnahme solcher Industrien, die einen kontinuierlichen Betrieb erfordern (Transport, Verkehr etc.), auf einen Sonntag fallen. Denjenigen Arbeitern, die am Sonntage Arbeit zu leisten haben, ist dafür voller Ertrag innerhalb der Woche zu gewähren.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für die Interessen der Hausangestellten hat seine letzte diesjährige Vereinsversammlung am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Reminshallen, Kommandantenstr. 20, Frau R. Westphal, die Begründerin und erste Vorsitzende des Vereins für Mütter- und Kinderheime, wird über diese reichhaltige Einrichtungs für uneheliche Mütter und Kinder sprechen. Zutritt für jedermann frei.

Marktpreise von Berlin am 28. November. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,80-17,78 M., mittel 17,70-17,74 M., geringe 17,72-17,70 M. Roggen**, gute Sorte 14,10-14,08 M., mittel 14,06-14,04 M., geringe 14,02-14,00 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,80-14,70 M., mittel 14,60 bis 13,60 M., geringe 13,50-12,50 M. Hafer**, gute Sorte 16,40-15,60 M., mittel 15,50-14,70 M., geringe 14,60-13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 M. Linen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 9,00-7,00 M. Rüböl 0,00-0,00 M. Senf 0,00-0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schock 4,50-3,30 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 29. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- deckungsgrad	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- deckungsgrad	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	754	SB	2bed.	1	Saparanda	761	RD	6	Schnee	-10	
Hamburg	756	SB	2bed.	2	Hetersburg	747	RRB	1	wolfig	-11	
Berlin	756	SB	1	Schnee	0	Cort					
Frankf. a. M.	762	SB	2bed.	1	Aberdeen	759	SB	2	bed.	3	
München	761	SB	4wolfl.	3	Paris	763	SB	2	bed.	6	
Wien	762	SB	1	heiter	-3						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. November 1904. Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig mit geringeren Schneefällen und schwachen südwestlichen Winden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Bruno Hartung** am 26. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 30. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses in Roabit aus nach dem Reuen Johannis-Kirchhof in Wilmersdorf statt. Regte Beteiligung erwartet.
192/5 Die Ortsverwaltung.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 27. November starb im Alter von 52 Jahren an der Lungenscheidt unser Mitglied, Herr **Anton Herzenberg.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 1. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 3375
Um rege Beteiligung ersucht.
3555 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Gustav Sorge** am 27. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. November cr., nachmittags 2 Uhr, vom Kranerhaus, Weimstr. 9 aus statt. Regte Beteiligung erwartet.
192/6 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 28. d. M. verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Kollege **August Krause** im 50. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Golgatha-Kirchhofes, Barfußstraße, aus statt. 3375
Die Kollegen der Pianofortefabrik L. Schmidt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes und meines Vaters 12162
Georg Matthes
sagt ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.
Die trauernde Witwe **Klara Matthes** nebst Kindern
Festaltgasse 22

Stieppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik 72 Wallstraße 72, mo an alle Stieppdecken aufgearbeitet werden.
H. Grotzmannel, Berlin 14.
Illustrierter Preis-Katalog gratis.
Saal
zum ersten Weihnachtstag zu vergeben.
C. Joël,
3155 Köpenicker Landstr. 21.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden **Spizweggerichst-Bonbons.**
Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Kalarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei **Gustav Behm,** Frankfurter Allee 120, Uferstraße 46 und Rixdorf, Hermannstraße 46.
Raucht Pre-Ussina-Zigarren. 913L*

Gelegenheitskauf! Schlafdecken in Wolle, extra schwer à 350, 450, 500, 600 M.
Pferdedecken à 250, 350, 450, 550 M.
Reisedecken à 450, 600, 800, 1000 M.
Neueste Tiger-Muster. Versand per Nachnahme.
Emil Lesèvre Berlin Oranienstr. 158. Fehlerhafte Decken spottbillig!
Hoyer-Zigaretten, beliebte Marke, Berlin-Schöneberg, Gunglstr. 5. Bitte um frühzeitige Bestellung.

Spezialität!
Reine Leibbinden und Bruchbänder mit pa. Federn sind diebest-sitzendsten u. verunsachsen feinerer Beschwerden. Außerdem empfehle mein Lager v. Gummistrümpfen, Bindelbinden aller Art für Krampfadern, sowie Suspensoren, hygienische Gummihöschen etc. (Frauenbekleidung).
A. Reiche, Bandagist, Lieferant sämtlicher Krankenlaffen Berlin C., 15. Seelstr. 15.

Kinderwagen neu! hochlegant! unverwundlich und beispiegellos billig, weil direkt v. der ältesten, größten sächsischen Kinderwagenfabrik **J. Trebbin, Grimma 134** Meinkatalog-Dein. Stat. geb. Sage beim Katalogverlangen, ob gegen Bar mit 10% Rabatt, od. loqueme Teilzahl. gewünscht.
Kredit. Monatlich - 10 Mark - liebreiche Ritzige Paletots nach Maß.
Per Kasse auch billige Preise. Schneidemeister, **J. Tomporowski,** Prinzenstr. 55

Schloßpark Wilhelminenhof
a. d. Oberlree. Inh.: Chr. Feanel.
Jeden Mittwoch und Sonntag: **Großer Elite-Ball.** 5122*
Jeden Freitag: **Bernhard Rose-Theater.**

Brauerei Königstadt. Schönhauser Allee 10/11.
Jeden Mittwoch: **Horst's** Nord. Humoristen und Quartettstänger. Alle Bons haben Gültigkeit.
E. Möbis, 82. Koppen-Strasse 82.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden! Jetzt nach beendet. Engros-Saison auch Einzelverkauf **enorm billig** Saccos, Havelocks, Capes, Abend-Mäntel, Kostümröcke, Kinder- und Backsch-Paletots.
Robert Baumgarten, Hausvogtelplatz 11, 2. Et. (an der Jerusalemstraße). Bei Vorzeigung dieses Inserats an d. Kasse werd. 5% Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet!

Winterpaletots. Abendmäntel, Capes jetzt 40 Proz. billiger.
Kostümröcke. Glazen u. Jubons, entzückende Neuheiten in Wolle und Seide, einzelne Modelle, von 2,50 an bis 40 M. aus nur haltbaren Stoffen gefertigt. 12072*
S. Littauer, Brunnenstr. 41. Wahanfertigung.

Größtes Spezial-Geschäft für Goldgespinnat und Seldensprogrammme für Nlgaren, Etuis, Brief-taschen etc.
Lederwaren-Fabrik Felix Speler, zur Köpenickerstr. 154a.

Gelegenheitskäufe in Schweizer Uhren, Gold- und Silberwaren
Schweizer Remontoir-Uhren für Herren in Nickel . . . von 7.- M. an do. in Silber mit Goldrand „ 7.- M. „ do. in Stahl 5.- M. „ do. in Gold 32.- M. „
Echte Genfer Chronometer, massiv, 14 karat. Gold, mit Sprungdeckel von 110.- M. in Silber v. 35.- M. „
Repetiruhren, massiv, 14 karat. Gold mit Sprungdeckel . . . von 150.- M. „
Aussere Obigem habe alle Waren von den billigsten bis zu den allerfeinsten Genoes. Brautringe kosten das Gramm Gold 2 M. Neuanfertigung. Reparaturen in eigener Werkstatt. **Ich habe zwei eigene Geschäfte in der Schweiz.**
Friedrich Sedlatzek, Berlin W. 5, Friedrichstr. 196, zwischen Leipziger und Krausen-Strasse.

Der grosse Andrang

vor Weihnachten veranlasst uns, unserer Kundschaft ein **aussergewöhnliches** Angebot zu machen. Da erfahrungsgemäss das Sortiment in den einzelnen Lägern in den letzten Tagen vor Weihnachten nicht mehr so vorhanden ist, empfiehlt es sich, vorher seinen Bedarf zu decken. Wir geben daher vom

Mittwoch, den 30. November bis inkl. Mittwoch, den 7. Dezember

Doppelte Anzahl Spar-Marken*

Wir verabfolgen sonst bei einem Einkauf von 1 Mk. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken.**

Warenhaus Wilhelm Stein

Chaussee-Strasse 65-66.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

18. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 29. November 1904, vormittags.
Aus der Gewinnliste über 240 Stk. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cine Gewähr.) Nachdruck verboten.

53 89 140 225 317 32 424 51 534 796 885 96 1007
[300] 290 [500] 647 620 823 45 2031 75 194 319 49
[500] 618 781 86 903 44 908 [500] 3098 12 98 349
430 00 880 610 [500] 858 74 [1000] 903 32 4306 84
80 445 577 637 760 5027 353 88 645 87 816 6949
103 223 29 [500] 90 350 404 30 35 [500] 95 642 70
[1000] 719 79 7001 244 396 866 97 8110 292 398 49
442 607 13 [500] 99 [1000] 702 29 846 904 9 80 9203
317 74 432 327 72 [1000] 883 794 854 978 87
10075 [1000] 123 [500] 327 451 63 633 709 802
11077 [3000] 137 307 431 69 76 [1000] 599 [1000] 663
828 65 [3000] 12045 247 392 446 550 763 81 902 84
[500] 94 13325 74 577 691 20 836 985 14012 22 37
171 714 68 91 896 936 15071 145 311 22 55 507 96
[500] 613 721 [5000] 874 94 16010 28 79 237 823
991 17089 106 28 97 405 74 [1000] 81 715 [500] 888
18203 516 30 40 843 75 982 19109 463 618 78 792
59 836 79 968 94
20005 97 892 413 [1000] 92 593 765 878 927 84
[1000] 21087 164 90 [1000] 98 315 410 638 80 701
820 69 909 22141 200 33 323 477 [500] 593 [500] 667
[3000] 761 94 979 85 23146 61 [5000] 250 291 428 504
611 44 [1000] 742 80 83 820 24971 100 61 267 342
519 27 [3000] 612 739 933 [1000] 25087 134 259 [500]
304 24 76 799 [500] 820 83 980 26187 286 79 320 79
683 714 85 968 27070 102 28 485 611 19 64 [500] 909
35 05 28246 350 89 412 25 82 510 89 [500] 96 716
[500] 980 26002 62 75 81 239 [3000] 306 20 426 [500]
30021 [1000] 44 68 94 150 346 674 843 78 [500]
904 62 31085 [1000] 337 79 446 [1000] 312 706 882
96 921 32117 206 37 [500] 44 764 987 95 33083
[500] 220 86 319 410 [500] 40 80 [500] 550 91 643 752
840 [500] 62 82 93 34476 238 585 673 732 846 941
33529 203 32 [3000] 34 [1000] 63 482 878 793 821 49
594 [1000] 36130 86 244 72 91 464 613 903 37044
244 57 330 [500] 413 649 749 984 38145 349 87 513
15 634 760 66 810 39096 123 [500] 374 [1000] 477
580 643 773 83 998 [500]
404048 203 [500] 346 837 58 41001 213 [3000] 655
731 420005 [500] 99 307 37 339 56 76 989 729 61 839
954 84 43323 741 448 96 529 677 819 44076 97 [1000]
108 382 449 66 79 551 85 944 [500] 74 45057 103 91
483 514 602 12 60 61 91 702 64 907 23 89 46211 23 473
642 75 901 899 949 60 47125 [500] 68 448 [1000] 629
78 733 83 [3000] 96 883 913 45042 219 313 19 77 208
[1000] 90 600 64 717 894 45005 [1000] 17 [1000]
119 20 22 [500] 89 335 422 [3000] 50 63 [500] 512 [500]
601 915 [3000] 53 81
50013 22 [5000] 92 97 297 [1000] 300 450 [500]
93 694 91 788 51258 499 587 835 44 900 52300 98
150 256 98 380 595 673 738 883 969 53122 85 [1000]
347 [1000] 534 56 76 788 93 846 944 54276 210 [500]
80 434 516 628 714 23 912 31 55002 269 390 [1000]
476 56022 246 92 322 96 [500] 491 505 79 959 57010
104 10 289 338 445 [3000] 77 610 89 726 51 891 [5000]
62 55098 110 [3000] 237 [3000] 31 308 53 532 41
[1000] 602 765 81 58290 75 [1000] 335 619 80 825 932
60132 [3000] 297 67 498 30 608 758 842 961
61080 261 429 568 [1000] 602 [500] 762 29 62000 47
92 134 29 [3000] 50 523 427 83 743 47 89 69045 136
299 584 638 87 928 65599 72 179 90 214 381 988 861
66164 79 [500] 286 323 36 482 537 624 71 813 67044
115 201 653 700 962 68086 182 [1000] 260 324 639
37 84 [500] 69052 67 76 143 393 494 12 69 694 801
28 [500]
70309 455 60 73 679 738 79 803 71945 235 67 436
828 685 745 73 76 840 924 [500] 72000 40 263 33 386
416 602 745 [500] 58 861 84 98 999 92 73026 259 54
817 33 74 863 983 [500] 74074 196 80 347 602 840
91 908 83 75145 274 80 84 576 97 777 [3000] 834
71 948 76100 51 99 317 75 484 608 47 877 971 77117
67 343 470 521 49 89 [3000] 985 907 750 94 172 268
298 425 32 45 66 [1000] 228 637 [1000] 794 920
33 79114 634 765 966
80009 31 53 82 148 220 28 363 616 91 813 961
81134 255 902 26 81 [500] 607 904 82148 67 269
321 [500] 92 [1000] 493 589 872 [1000] 968 89046 71
[500] 77 92 124 265 408 56 [500] 66 583 53 74 78 606
54134 203 610 95 925 85333 78 486 574 747 855 976
80198 296 449 75 [1000] 542 683 75 890 [500] 925
79 [500] 87022 95 129 311 21 37 445 646 823 928
85003 450 [500] 507 84 93 796 806 63 [1000] 96 949
89068 43 715 61
90317 60 406 [500] 52 891 988 91303 433 702
92087 269 63 221 29 430 517 69 608 762 892 93031
145 281 347 443 621 636 56 94178 414 610 29 [500]
712 917 95267 303 552 88 647 [500] 54 97 [500] 74
81 977 96239 375 [500] 429 554 68 77 707 [500]
97115 30 67 98003 4 65 519 45 901 740 93 838 99208
73 81 260 55 412 616 60 [500]
100003 19 [500] 45 981 101001 [1000] 490 529
[500] 717 97 846 [500] 70 91 [500] 102148 60 235
320 [1000] 36 413 35 [3000] 582 [500] 680 744 823
103004 241 314 25 38 75 430 [500] 671 98 [500] 708
814 908 73 104384 409 621 [1000] 25 83 105249
343 71 410 685 737 893 995 106041 107 66 262 79
427 63 92 516 904 107072 [1000] 343 [500] 254 885
988 108039 179 [1000] 340 84 412 77 384 [3000] 69
681 769 92 109122 323 33 86 429 633 851 83 988
110145 86 219 314 424 540 643 67 929 29 111601
866 920 66 112186 249 58 315 16 416 40 896 634
705 8 15 19 60 825 943 113000 62 142 323 690 824

910 23 114089 319 68 415 503 84 [1000] 97 [500]
641 701 24 88 [3000] 830 115077 143 284 318 39
571 892 640 87 826 84 902 116169 [500] 86 519 [500]
55 892 117005 209 52 857 118038 76 [500] 91
[500] 133 [500] 249 315 607 21 90 704 825 119145
270 694 743 65 834 90 907 [1000] 50
120003 [500] 141 278 328 430 [1000] 87 844 112
121042 140 456 78 548 [3000] 635 54 141 48 811 39
967 122057 119 319 [500] 85 [3000] 403 611 83 779
[3000] 812 123143 [500] 242 302 408 98 531 32
[1000] 862 79 85 983 124149 218 34 99 415 611 56
71 813 76 79 900 96 125086 115 81 359 419 [500]
532 601 50 75 737 126083 101 27 392 410 [500]
48 774 97 806 904 [500] 46 51 127031 300 472 554
45 780 87 803 [500] 28 933 126010 [500] 49 93 251
683 98 989 129115 16 27 37 278 347 563 643 703
48 [500]
130025 73 101 388 94 587 644 81 131074 97
127 [500] 362 977 706 25 932 71 132117 269 333
482 [1000] 701 514 61 133052 230 358 [1000] 551
632 68 703 47 690 134393 463 528 648 [1000] 845
38 [3000] 135188 285 [500] 450 [500] 696 90 703
82 847 [500] 905 38 136035 63 152 296 328 45 88
465 524 648 872 137150 86 238 49 351 413 70 725
817 25 69 [1000] 138006 29 134 337 [1000] 460 834
636 38 139018 72 [1000] 135 254 63 319 [500] 764
807 93 [500] 917 82
140138 322 464 [1000] 76 518 [1000] 644 776 818
[1000] 925 141001 104 12 14 54 524 732 69 897
923 38 57 98 142106 241 302 99 607 791 143000
77 109 215 93 313 68 50 425 54 516 [500] 67 670 736
944 144031 156 285 350 668 804 [500] 37 80 [1000]
934 91 99 145600 [500] 51 87 820 146064 210
69 430 502 636 56 817 72 908 28 147030 79 93 121
208 626 44 148285 419 95 [500] 899 779 89 953
149080 128 54 73 [500] 243 61 312 [1000] 482 63 814
[1000] 927 66 [3000]
150221 92 309 754 [1000] 806 [500] 933 87 151203
11 466 617 [3000] 77 813 88 94 152517 500 729 83
990 153940 43 [3000] 184 388 598 [500] 767 851 95
154219 27 33 82 374 548 [1000] 846 92 155062 236
388 529 813 913 [1000] 156054 264 446 30 156000
589 754 825 [3000] 921 157137 88 423 88 876 158004
[500] 121 334 483 613 32 44 84 954 159046 111
282 337 421 37 [1000] 77 695 917 [500]
160358 56 61 75 406 46 161012 85 145 66 75
205 388 70 72 419 [500] 69 805 95 741 17 [1000] 33
71 162014 140 [500] 363 70 438 524 41 941 163086
120 289 476 516 85 804 922 164148 [1000] 210 326
65 429 36 75 79 95 687 724 826 [500] 933 [500] 94
165076 711 36 829 [1000] 166008 19 24 284 329
538 [1000] 954 981 [3000] 167024 309 588 [500]
686 810 95 971 168130 60 214 73 [3000] 628 963
169024 67 269 314 20 488 574 613 763 25 848
170026 43 197 466 513 45 [500] 696 [500] 933 64
171149 231 99 331 172277 525 44 89 603 61 751
874 977 [1000] 173000 233 289 442 97 390 718
174057 240 99 408 588 731 [500] 812 910 82 [500]
175000 128 57 71 94 294 87 556 667 854 [500] 916
176043 173 [3000] 201 362 13 69 648 79 760 872 75
994 177421 24 652 58 767 75 823 990 178034 89
183 268 500 55 708 40 78 179979 98 248 89 306 23
67 405 89 768 809 928
180088 238 916 97 523 680 786 [1000] 982 181094
139 260 31 62 [1000] 744 182092 200 32 455 [500]
65 818 [500] 53 183003 79 191 330 [1000] 872 86
184009 99 705 87 869 185051 66 85 175 [500] 277
638 413 540 55 59 788 930 63 186138 237 84 356
977 466 723 85 [500] 842 998 187186 210 30 [500]
883 660 501 87 601 [1000] 83 793 893 23 [500] 66
188443 651 778 856 91 189031 132 74 77 536
50 [500] 87 810 20 30
190017 101 283 470 [500] 602 17 95 [500] 990
67 59 191077 122 40 92 397 14 423 84 [500] 739 519
35 988 92 192149 [500] 300 362 482 614 704 23 28 71
916 23 63 193019 174 89 296 335 80 [3000] 471 302
715 859 [500] 87 194053 73 391 471 523 761 195006
68 205 28 63 387 489 540 616 48 [3000] 56 785 86 928
196187 291 93 247 703 638 197298 92 [1000] 394
[500] 554 59 630 749 915 198084 140 506 17 81
[500] 704 814 916 199351 432 601 781 825
200073 109 [1000] 90 356 458 66 636 747 802
32 912 201158 90 276 [3000] 334 461 663 813 [500]
65 818 202088 125 [3000] 70 236 313 45 568 814 833
203201 35 98 331 427 31 782 982 [500] 204344 482
107 767 816 [500] 70 982 205144 268 643 74 853
206021 34 124 51 248 485 561 71 [1000] 86 659 760
81 825 31 207148 339 73 805 603 811 [3000] 908
208025 219 42 375 894 95 950 58 209079 443 56
801 985
210033 123 33 635 798 211043 107 73 264
[1000] 485 626 712 60 809 [1000] 59 [500] 837 212045
418 96 618 33 [500] 94 [5000] 66 848 87 904 [3000]
213116 240 55 506 [500] 8 97 66 631 62 711 214213
[500] 449 60 [1000] 216446 263 984 792 814 [500]
68 78 216029 377 402 91 514 663 761 878 922 217044
57 126 49 282 [5000] 496 724 38 821 924 [1000] 67
218060 130 17 46 364 479 545 613 889 219029 40
[500] 75 333 407 657 793 835 38
220009 129 79 387 730 80 884 913 81 98 221105
25 207 52 [1000] 707 75 830 51 222144 205 17 88
389 [3000] 488 688 223060 201 304 39 57 477 529
620 82 719 20 52 940 [1000]
* Die Gewinnliste enthält 1. Preise bis 500000 Mk. 1.
Gewinn bis 100000 Mk. 1. in 1000 Stk. 49 bis 50000 Mk.
24 bis 10000 Stk. 100 bis 50000 Stk.

18. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 29. November 1904, nachmittags.
Aus der Gewinnliste über 240 Stk. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Cine Gewähr.) Nachdruck verboten.

274 635 538 45 56 1088 154 277 314 405 802 97
2466 91 673 [1000] 798 855 69 973 3074 151 216 [500]
65 307 83 443 546 648 50 73 757 839 4070 80 311 430
539 828 53 50 5079 222 376 471 500 63 729 63 964
6008 [1000] 182 [500] 477 500 962 738 846 939 73
7031-329 200 343 [500] 661 731 807 932 8063 154 286
340 50 99 462 [1000] 98 551 97 743 932 9154 312 83
463 521 647 743 [1000] 81 838 961 72 [500]
10151 474 85 840 933 57 11150 301 454 72
[1000] 852 57 83 662 88 94 799 [500] 950 12178 200
57 [3000] 367 408 956 90 13040 122 62 78 392 892
14106 55 80 503 644 794 [500] 884 15048 188 201
423 49 [500] 64 544 743 [3000] 98 16173 341 570 680
794 97 874 964 [1000] 17075 92 212 19 47 241 94 419
[3000] 95 586 700 18019 92 291 309 504 53 757 87
883 15022 137 49 231 79 [500] 314 45 561 75 612 16
71 [1000] 950
20042 35 [500] 205 347 54 531 603 27 748 51 823
[1000] 908 9 21062 139 83 361 723 74 832 900 22076
118 247 69 78 647 72 851 23113 211 12 88 [500] 313
30 449 694 [1000] 707 [1000] 803 18 961 24025 [500]
231 70 898 [500] 963 25010 13 [500] 147 76 293 424
641 692 898 20027 276 [3000] 383 537 [500] 688 821
[500] 89 909 22 [3000] 58 27324 81 459 670 84 543
903 28082 450 504 77 831 46 99 29152 333 455 71
99 [500] 532 62 733 806 933
30389 635 52 [3000] 86 [500] 99 709 811 72 906
57 31326 638 68 968 84 82091 133 76 91 274 322
421 680 781 891 45 951 78 33294 578 434 564 669
758 869 991 34600 51 190 269 319 32 61 536 [500] 66
613 42 705 847 902 38 [1000] 35079 240 [1000] 549
[500] 25 63 652 66 81 767 883 36092 185 275 306 446
83 [500] 759 [1000] 975 37170 336 57 529 540 739 42
62 813 38214 64 596 711 69 808 29 92 39007 58 96
112 62 269 [500] 485 567 694 721 37 45 63 813 21 84
40071 85 180 98 358 682 806 39 44 56 [500] 975
41106 38 95 274 [3000] 84 315 18 98 [500] 445 683 814
925 36 41 42025 190 551 515 692 [1000] 800
43692 810 253 370 414 81 573 81 668 579 44094
499 598 880 732 869 90 984 45099 114 298 97 486 391
35 615 707 [3000] 27 80 61 833 988 90 46187 [500]
8

Lokales.

Unter durch.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner fand gestern mittag eine Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation statt, in der Stadtbaurat Krause den schon grundrisslich vom Kaiser genehmigten Plan der Unternehmung der Straße Unter den Linden vorlegte. Dieser Plan sieht eine Verkleinerung des Opernplatzes, das heißt des Schmuckplatzes zwischen der königlichen Bibliothek und dem jetzigen alten Opernhause vor und nimmt Rücksicht auf einen Neubau des alten Opernhauses. Der Opernplatz, jetzt vierseitig, würde eine ovale Form erhalten. Das Denkmal der Kaiserin Augusta würde die Spitze bilden. Der Eingang zum Tunnel würde gegenüber der Dresdner Bank liegen, die Ausfahrt im Kasanienwäldchen. Beide würden durch Anlagen dem Auge verdeckt werden. Die jetzt gesperrte Straße vor der Bibliothek zwischen Behrenstraße und Unter den Linden soll freigegeben werden. Die Droschken sollen in Zukunft am den Platz herumfahren können und abends nicht mehr unter den Linden, sondern dort aufgestellt werden. Die Behrenstraße bleibt von dieser Veränderung des Platzes unberührt. Der Tunnel wird in der Form eines Hafens die Straße Unter den Linden queren. Die Straßenbahn wird ihren Weg von der Markgrafenstraße aus, am Schillerplatz vorbei, durch die Behrenstraße nach dem Opernplatz und weiter nehmen. Irgendwelche Privatinteressen werden durch diesen Plan nicht berührt. Der Tunnel soll zweigleisig werden und nur eine geringe Tiefe erhalten. Der Teil vor dem Kaiserin Augusta-Denkmal, der jetzt mit Känen und Strauchwerk gesäumt ist, wird, um den Wagenverkehr um den ovalen Schmuckplatz zu ermöglichen, etwas verläßt werden müssen; dafür wird der jetzt gepflanzte Teil vor der Dresdner Bank, der nur ausnahmsweise von Kutschenwagen benützt wird, in die Schmuckanlage miteinbezogen. Die Deputation genehmigte diesen Plan, und es wird nun der Magistrat sich damit beschäftigen. Die Aus- und Eingänge liegen so, daß sie dem übrigen Verkehr fast vollständig entzogen sind, ja kaum zu bemerken sein werden. Die Behrenstraße bleibt in ihrer ganzen Breite für den Verkehr erhalten. Der Tunnel beginnt erst auf dem Opernplatz. Dort erst fahren die Wagen in die Tiefe.

Die Wahl unseres Parteigenossen Kerfin zum Stadtverordneten ist am Dienstag vom Bezirksausschuß für gültig erklärt worden. Damit ist ein schmachliches Unrecht der Stadtverordneten-Mehrheit wieder gut gemacht worden. Diese hatte in ihrer Sitzung vom 29. Dezember vorigen Jahres beschlossen, nicht unseren Parteigenossen Kerfin, sondern den Freisinnigen Schem als zum Stadtverordneten gewählt zu betrachten, weil einige Wähler den Namen Kerfin bei der Stimmabgabe nicht richtig ausgesprochen hatten. Selbst der Sozialdemokratie feindliche Blätter bezeichneten damals die Kassation des Kerfinschen Mandats als ein aus kleinlichem Parteigeizismus begangenes Unrecht. Kerfin erhob die Klage beim Bezirksausschuß, und in dem durch seine Langsamkeit berühmten Verwaltungsstreitverfahren hat nun die erste Instanz gegen die Stadtverordneten-Mehrheit erkannt. Uns soll verlangen, ob diese jetzt ihr Unrecht einsehen und sich bei dem ergangenen Urteil beruhigt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittag 5 Uhr unter anderem mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Herstellung einer Verbindung der Stadtteile Rosditt und Weddigg durch ein Ueberführungsbauwerk über die Eisenbahngleise im Zuge der Puffig- und der Höherstraße. — Desgleichen über die Vorlagen betreffend die Festlegung von Grundstückslinien für die Straßen 11a und 11b, Abteilung XI, zwischen der Schönhauser Allee, der Bohnholzer-, und der Schönlagerstraße — und den Erlaß eines Ortsstatuts zur Regelung der Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Einleitung von Schritten, um die Verschärfung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizei-Organe für die Zukunft zu hindern und unrediglichen Verfassungen vorzubeugen, sowie Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt. — Vorlagen betreffend den Erlaß eines Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht der Stadt Berlin, — die Einnahme des Grundstücks 29/34 — Verleberstraße 39 aus dem Stadtbezirk 27 und Uteiling zum Stadtbezirk 29, — die Erweiterung der Wäscherei-Anlagen des Arbeiterhauses, — die erfolgte Bauabnahme der verlängerten Nollendorferstraße auf dem städtischen Schlachthofe, — die Annahme einer leistungswilligen Zusage der verstorbenen Frau Johanna Bergemann geborenen Bluth, — die Annahme der Staatsgüter-Stiftung, — den Ausbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhauses, — mehrere Kostenschätze für Aufstellungen beim Neubau der dritten Irrenanstalt in Wuch — und die Bereitstellung weiterer Mittel für den Neubau der Grünstraßenbrücke. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die anderweitige Benutzung der von den Gemeinden Wilmersberg, Pichler, Kummelsburg und Stralau für den Anschluß an die Kanalisation von Berlin zu leistenden Entschädigungen. — Vorlagen betreffend die zukünftige Behandlung von Füllen, in denen durch leistungswillige Verfügungen oder durch Schenkungen der Stadtgemeinde Mittel oder Gegenstände überwiesen werden. — Die Ferienordnung an den höheren Lehranstalten für das Schuljahr 1905. — Abänderung des § 9 des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1901 betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung in Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen, die Bewilligung von Mitteln zum Bau eines Schuppens auf dem Grundstücke der städtischen Wilmersberg, die erfolgte Bauabnahme der Kinder- und Hammelstraße B IX i und IX g auf dem städtischen Schlachthofe, — die Verkleinerung des Platzes K, Abteilung XIV, zwischen Revaler- und Kopernikusstraße an der Grenze von Wilmersberg-Kummelsburg, — die Erwerbung eines Schulgrundstückes an der Dieffenbacherstraße, — die Gewährung von Schularäumen zu anderen als Schulzwecken, — die Bewilligung eines Zuschusses zum Witwengeld für eine verwitwete Gemeindefullehrerin — und die Wahl von drei Mitgliedern für das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879.

Unser Parteigenosse Oskar Kunkel ist nach langer schmerzhafter Krankheit am vergangenen Montag verstorben. Mit ihm verliert die Sozialdemokratie einen überzeugten Anhänger, der trotz seines qualvollen körperlichen Leidens und der wirtschaftlichen Misere, mit der er zu kämpfen hatte, stets mit unerlöschlicher Eingabe für die Ideen des Sozialismus gekämpft hat. Fast zwei Jahrzehnte hindurch hat er im ersten Berliner Wahlkreis in mannigfachen Stellungen pflichtgetreu und opferwillig gewirkt. Die Berliner Parteigenossen werden sein Andenken in Ehren halten!

Der erste Schnee, der nicht auf der Stelle zu „Matsch“ wurde, ging gestern morgen hernieder und überzog Berlin in kurzer Zeit mit einer dichten weißen Schneedecke. Die feinsten Schneeflocken hielten sich und verwehten infolgedessen ganz erhebliche Verkehrsstörungen. Zwar konnte der Straßenbahnbetrieb in vollem Umfang aufrecht erhalten werden, dagegen litt der übrige öffentliche Verkehr außerordentlich. Die Omnibusse kamen nur lang-

sam vorwärts, zumal sie beim Ausfahren aus den Depots nur die gewöhnliche Bespannung erhielten und auch in den Vormittagsstunden Vorspannpferde nicht gestellt wurden. Kollwagen und Lastfuhrwerke blieben vielfach stecken; besonders vermochten die Pferde an Brücken die Lasten nicht zu bewältigen. Am schwerigsten gestaltete sich der Verkehr für die Automobilisten, deren Räder in der weichen Schneemasse keinen Halt fanden und infolgedessen nicht von der Stelle zu bringen waren; vielfach blieben diese Gefährte auf den Straßen stehen und mußten später durch Pferdegespanne nach den Höfen gebracht werden.

Die mit dem Schneefall verbundene Glätte hatte zahlreiche Unglücksfälle zur Folge. In der Königsstraße glitt morgens gegen 10 Uhr die 22jährige Verkäuferin Maria Gottschalk aus und fiel so unglücklich, daß sie anscheinend eine schwere Verletzung erlitt und nach der erteilten Wohnung gebracht werden mußte. — In der Chausseestraße stürzte der Hausdiener Carl Berger und trug einen Bruch des rechten Oberarms davon. Er erhielt die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Eichenborstraße. — In der Prinzen-Allee fiel die Frau des Wauzees Krüger zu Boden und erlitt eine stark blutende Kopfverletzung.

Die Blauen aus Belgien, d. h. die ehemaligen Patienten des dortigen Sanatoriums, sind am letzten Sonntag zu einem Verein zusammengetreten. Sie teilen uns mit, daß ihre nächste Sitzung am 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Pfeiffer, Seidelstraße 9, stattfindet.

Die Ermordung der kleinen Lucie Berlin

Wird nunmehr das Schwurgericht in seiner letzten diesjährigen Sitzung, welche am 5. Dezember unter Vorsitz des Landgerichtsrates v. P o c h a m e r beginnt, beschäftigen. Der 35 Jahre alte Handelsmann Theodor Berger ist angeklagt, sich an dem acht Jahre alten Mädchen unfittlich vergangen und es mit Vorsatz und Ueberlegung getötet zu haben. Die Ermordete, Tochter des in der Adersir. 130 wohnenden Higarrenmachers Friedrich Berlin, war zuletzt am 9. Juni mittags 1 Uhr von mehreren Hausbesuchern gesehen worden und seitdem spurlos verschwunden. Die Gemüter waren damals durch das Auffinden einzelner Teile der zerstückelten Leiche einer Frau Kadatus sehr erregt und wurden durch das Verschwinden der Lucie Berlin und der daran sich schließenden Ereignisse noch erregter. In der Zeit vom 11. bis zum 17. Juni wurden an verschiedenen Stellen der Spree bezw. des Charlottenburger Verbindungskanals einzelne Leichenteile aufgefunden und es wurde festgestellt, daß dies Körperteile des ermordeten Mädchens waren. Schließlich wurde auch ein Korb aus dem Wasser gefischt, in welchem augenscheinlich die Leichenteile weggeschafft worden waren, denn es fanden sich an ihm Stoff-Fasern, die den Fasern des roten Interkods, den das Mädchen getragen, entsprachen. Der Verdacht, der sich langsam auf den Angeklagten Berger gelenkt hatte, wurde dadurch bis zur Gewißheit verstärkt, denn der Korb gehörte der in dem Hans Adersir. 130 wohnenden Prostituierten Liebetruß. Diese hätte in der Zeit vom 8. bis 11. Juni eine dreitägige Haftstrafe zu verbüßen, der Angeklagte Berger, der ihr Zuhälter war, verweilte in der Zwischenzeit in ihrer Wohnung und es wird angenommen, daß er in der Liebetrußschen Wohnung das Mädchen gemißbraucht, getötet und zerstückelt hat. Als die Liebetruß nach Verbüßung ihrer Haftstrafe wieder in ihre Wohnung zurückkehrte, vermischte sie jenen Korb und es kam zu lebhafte Auseinandersetzungen zwischen ihr und dem Angeklagten, und letzterer scheint versucht zu haben, durch ein Eheversprechen die Liebetruß zu beeinflussen, nichts gegen ihn zu unternehmen. Gerade am 14. Juni erfolgte nämlich das standesamtliche Aufgebot der beiden und die Eheschließung sollte Mitte Juli stattfinden. Außer dem Korb, den der Angeklagte angeblich einem Frauenzimmer, das er mit in die Wohnung genommen, geschenkt haben will, ist für ihn auch der Umstand bezeichnend, daß die Leichenteile mit Bindfaden zusammengeschnürt waren, wie sich solcher auch in der Liebetrußschen Wohnung vorfand. Der Angeklagte hat bisher die Tat entschieden bestritten und sein Verteidiger Rechtsanwalt F a h n hat eine Reihe von Entlastungsbeispielen angetreten. Der Hauptverhandlungstermin ist auf den 12. Dezember angesetzt. Da etwa 50 Zeugen und drei Sachverständige zu vernehmen sind, wird die Verhandlung etwa 4 Tage in Anspruch nehmen. Gegen den Angeklagten Berger schwebt übrigens auch noch in Preßla ein Verfahren wegen Nötigung und Hausfriedensbruchs. Er soll in Breslau ein Mädchen in einen Keller geschleppt haben in der Absicht, es zu vergewaltigen. Auch in diesem Falle bestritt er entschieden seine Schuld. Außerdem ist auf Grund der Tatsache, daß Berger der Liebetruß Zuhälterdienste geleistet hat, die Anklage wegen Missetat usw. gegen ihn erhoben worden. — Die bevorstehende Verhandlung wird wieder Blide in diese Abgelenkte fittlicher Verkommenheit öffnen, so daß der Ausschluß der Öffentlichkeit wenigstens für einen Teil der Verhandlung zu erwarten ist.

Ein Berliner als Mörder in Darmstadt verhaftet. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Darmstadt verhaftet wurde der Schlächtergeselle Fritz Rupp aus Berlin. Der beschuldigt ist, im Mai dieses Jahres auf der Landstraße den Kammerier Köring erschossen und beraubt zu haben. R. ist eine in Verbrechenkreisen unter dem Namen „Berliner“ bekannte Persönlichkeit, welche schon längere Zeit gesucht wurde. Er hatte ein Liebesverhältnis mit einer Kellnerin, die er zwang, ihre Stelle aufzugeben und mit ihm die Hauptstadt zu verlassen. Wo er sich so lange aufgehalten hat, ist nicht bekannt. Es wurde aber ermittelt, daß Rupp mit seiner Braut zu der Zeit, als der Mord dort stattfand, in Darmstadt war und sich auch in der Nähe der Mordstelle aufgehalten hatte. Am folgenden Tage war er bereits verschwunden. Mit R. wurde auch die Kellnerin, die ebenfalls aus Berlin gebürtig ist, festgenommen, sie ist jedoch, da gegen sie keinerlei Verdachtsmomente vorliegen, wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die „Berliner Zeitung“ wird am 1. Januar in der bisherigen Weise zu erscheinen aufhören; nur die Mittagsausgabe soll bestehen bleiben.

Unter den Augen der Polizei. Sehr dreist gingen Spitzhaken in der Stralauerstr. 33 zu Werke, wo die Witwe Weise seit zehn Jahren ein Uhren- und Goldwarengeschäft betreibt. Der Laden liegt in unmittelbarer Nähe des belebten Mollenmarktes, auf dem außerdem Tag und Nacht ein Schumannopfen steht. Die Geschäftsfrau hielt es aus diesen Gründen gar nicht für nötig, das Ladenfenster durch einen Vorhang zu sichern, legte dagegen um so größeren Wert auf die Festigkeit und guten Beschlag der Sinterläden. Die Nähe des Mollenmarktes mit dem Schumann hielt aber die Diebe nicht ab, von der Straße aus einzubrechen. Mit einem Eisen brachen sie aus dem Ladenfenster in einer Sekunde ein Stück von 1/2 Metern im Geviert heraus, drangen hierdurch ein und raubten für 1000 Mark goldene und silberne Uhren und andere Waren. Die Spuren auf der Straße und im Laden zeigen, muß sich beim Einschlagen der Scheibe einer der Spitzhaken verlegt und hart gebiutet haben. — Erfolgreiche Raubzüge machten Uhren- und Goldwarendiebe in der vergangenen Nacht auch in der Chausseestraße. Bei dem Uhrmacher Hermann G a r t h in der Chausseestr. 21, der in der Leipzigerstraße wohnt, versuchten sie schon vor einigen Tagen einzubrechen, indem sie durch ein Speerholz die Jalousie hoch- und festhielten. Sie mußten aber doch wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß der Weg durch das Ladenfenster nicht gangbar sei, öffneten daher in der Nacht die Haus- und Laden Türen mit Nachschlüssel und fanden so bequemen Einlaß. Einen Hund, der den Laden bewachen sollte, beschwichtigten sie auf irgend eine Weise und erbeuteten aus dem Ladenfenster und einem Ladenkasten für etwa 700 Mark Uhren und edle oder unedle Ketten. Wertvollere Sachen nimmt G a r t h jeden Abend mit nach seiner Wohnung. — Ein dritter Einbruch bei einem Uhrmacher wird noch aus der Badstraße gemeldet. Hier erbrachen in der Nacht

zum Sonnabend Diebe die Jalousie und das Ladenfenster am Laden von Heinrich Behrendt im Hause Nr. 14 und stahlen für über 300 Mark silberne Uhren und goldene Trau- und andere Ringe.

Zu dem Mordversuch in der Krausstraße wird noch mitgeteilt, daß der frühere Vereiter Groczel wegen seiner Verletzung am Daumen zunächst noch als Vollzeitsgefangener nach der Charité gebracht wurde. Seine Geliebte Elisabeth Unger, die er mit einem Revolver in die Brust schoß, befindet sich im Krankenhaus am Friedrichshain anscheinend außer Lebensgefahr und bereit auf dem Wege der Besserung. Sie wurde gestern nachmittag von einem Sohne entbunden.

Wieder eingefangen wurden hier zwei von den schweren Jungen, die kürzlich in Sagan von einem Arbeitskommando nach Ueberwältigung des Aufsehers entwichen. Gewisse Spuren zeigten nach Berlin. Die Kriminalpolizei forschte deshalb in allen Schlafwinkeln nach und fand in Kaschemmen die alten Buchhändler Weinholt, der noch sechs, und Fischer, der noch drei Jahre zu verbüßen hat. Beide besitzten, die Gefangenen zu sein. Weinholt legte sich den falschen Namen Wendt bei. Der Erkennungsdienst überführte jedoch die Entspringenen sehr bald und sie wurden gestern, Dienstag, unter sicherer Bedeckung nach Sagan zurückgebracht.

Ein Reger ist in der letzten Nacht um 2 Uhr bei einem Wohnungsbrande in der Elisabethstraße 70 schwer verbrannt worden. Durch Unvorsichtigkeit gerieten dort Betten in Brand. Bei dem Vermähen, die reichlich schnell um sich greifenden Flammen zu löschen, fingen auch die Kleider des Schwärzen Feuer, der nun jämmerlich um Hilfe rief. Hilfsbereiten Personen gelang es, die Flammen zu löschen. Der Reger hatte Verbrennungen an den Händen, am Rücken usw. erlitten.

Eine Einbrecherbande wurde jetzt wieder von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Bei verschiedenen Einbrüchen in der letzten Zeit erkannten die Beamten an der „Arbeit“, daß zwei vielbestrafte „schwere Jungen“, die seit einem halben Jahre die Kaschemmen in der Gegend der Hofstraße besuchten, ihre Hand im Spiel haben mußten. Aber es bedurfte erst langer Beobachtungen, um genügendes Material zu gewinnen. Es wurde ermittelt, daß die Verdächtigen, alte Einbrecher Namens Julius Böhm und Gorki, mit einem gewissen Hammer und Frauenzimmer Namens Tschenderger und Köst in der Waldemarstr. 33 und in der Raunstr. 63 verkehrten. Hier übernahm nun die Kriminalpolizei zunächst den Hammer und die Tschenderger und fand eine Menge Diebsbeute aus Geschäften, Kontor- und Wohnungseinbrüchen. Sie besuchte nun beide Wohnungen und fing nach und nach auch Böhm, Gorki und die Köst ab, die ahnungslos in die Falle gingen. Die ganze Gesellschaft wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Die Literarische Vereinigung des Berliner Lehrervereins veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 4. Dezember drei unentgeltliche Ausstellungen, in denen empfehlenswerte Jugendschriften und künstlerischer Wandschmuck gezeigt werden sollen. Ausstellungsräume sind die Säle folgender Schulen: 1. 172. Gemeindefschule, Bremerstr. 13; 2. Gymnasium zum Grauen Kloster, Klosterstraße 73; 3. Königliche Augustaschule, Kleinbeerensstr. 16. Ausstellungszeit: 6—9, am Sonntag, den 4. Dezember, 5—9.

Der Bezug von Dienstmädchen nach Berlin ist im Jahre 1903 sehr erheblich stärker gewesen als in den vorhergehenden Jahren. Im Jahre 1902 waren 43 945 Dienstmädchen als nach Berlin zugezogen gemeldet worden, denen 37 614 Wegzugmeldungen gegenüberstanden. Im Jahre 1903 dagegen zogen nach Ausweis der polizeilichen Meldungen 49 025 Dienstmädchen zu, während die Wegzüge von Dienstmädchen sich auf 37 993 beliefen, also kaum zahlreicher waren als im Vorjahre. Die Beteiligung der Vororte an diesen Zu- und Wegzügen der Dienstmädchen war in beiden Jahren fast gleich groß; in 1902 waren von den Vororten 13 256 Dienstmädchen zu- und andererseits 13 341 dorthin weggezogen, in 1903 zogen 13 602 von dort zu und 13 225 nach den Vororten weg. Der Ueberfluß aller Dienstmädchen-Zuzüge nach Berlin über alle Dienstmädchen-Wegzüge hatte im Jahre 1902 nur 6331 betragen, im Jahre 1903 dagegen war er 11 032. Selbstverständlich ist nicht der Bedarf an Dienstmädchen in Berlin plötzlich um so viel gestiegen. Der Ueberfluß ist größtenteils nur Ersatz für diejenigen Dienstmädchen, die in Berlin den Dienstbotenberuf aufgeben, weil sie sich einem anderen Berufe zuwenden oder heiraten.

Neue Ferientermine. Die Ferien der höheren Lehranstalten Berlins für 1905 sind in folgender Weise festgesetzt worden. Osterferien: Schluß des Schuljahres 1904: Mittwoch, den 12. April 1905. Anfang des Schuljahres 1905: Donnerstag, den 27. April 1905. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 9. Juni. Anfang des Unterrichts: Donnerstag, den 15. Juni. Sommerferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 7. Juli. Anfang des Unterrichts: Dienstag, den 15. August. Herbstferien: Schluß des Sommerhalbjahres: Sonnabend, den 30. September. Anfang des Winterhalbjahres: Dienstag, den 10. Oktober. Weihnachtsferien: Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 20. Dezember 1905. Anfang des Unterrichts: Donnerstag, den 4. Januar 1906. Schluß des Schuljahres 1905: Sonnabend, den 7. April 1906. Anfang des Schuljahres 1906: Dienstag, den 24. April 1906.

Ein Detachement für Funkentelegraphie übt seit einiger Zeit fast täglich in Regel auf einem Gelände in der Nähe des dortigen Friedhofes. Es sind auch abwechselnd Stationen in größerer Entfernung, bis Oranienburg hin, eingerichtet. Es handelt sich dabei um die Ausbildung von Mannschaften, besonders Unteroffizieren, die mit dem nächsten Transport nach Südwest-Afrika gehen sollen. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt.

Die Eroberung der Leipzigerstraße. Zwei miteinander konkurrierende Armeen arbeiten jede für sich an dem Plan; am östlichen Ende die Firma Tieg, die, jüngerer Datums, das kleinere Gebiet erobert hat, am westlichen Ende das Haus Wertheim, weltberühmt, mit ausgedehnten Besitzungen in anderen Stadtteilen. Montag hat diese Firma ihren Erweiterungsbau an Leipziger Platz, wie sie sich bescheiden ausdrückt, dem Publikum übergeben. Nach Vollendung dieses Anbaues hat das Geschäftshaus an Größe die meisten öffentlichen Bauten erreicht und übertroffen. Das Haus charakterisiert Berlin, wie Reichstagsbau, Schloß und Rathaus es charakterisieren, und wie immer jemand sich zu dieser Strophe kapitalistischer Entwicklung stellt, achlos vorübergehen kann er nicht an Wertheim. Ein vornehmer Nachhalten kündigt sich in dem Bauwerk wie in dem Geschäftsbetriebe an; ganz im Gegensatz zu anderen Warenhäusern drängt sich im Hause nirgendwo die Firma hervor, und wenn eine polizeiliche Vorschrift dies nicht gebiete, so würde der Name der Geschäftsinhaber vielleicht nicht einmal am Eingange zu lesen sein. In seiner massigen Pracht und Ausdehnung allein soll das Haus dem wimmelnden Volke zum Bewußtsein bringen, daß es im größten Tempel des Gottes dieser Welt zu Gast ist. Der Kultus ist seit Jahrtausenden derselbe geblieben; nur der Ritus hat sich geändert. Wie es ehemals hieß: „Reich die Straße von Deinen Füßen“, so erklingt heute, wo umständliche Zeremonien den Verkehr hemmen würden und auch der Volkspriester einem gewissen Bequemlichkeitsbedürfnis Rechnung tragen muß, nur der Stimme, aber ungeniem verständliche Appell, das Portemonnaie zu öffnen.

Aus kleinen Anfängen heraus hat das Kaufgeschäft sich entwickelt. Vor 28 Jahren wurde das Stammhaus in Straßund gegründet; 1883 ließ die Firma sich in Berlin nieder. Aber Jahre dauerte es, bis sie zu Ansehen kam. Noch bis zur Mitte der neunziger Jahre, als Wertheim in der Oranienstraße schon ein ansehnliches Warenhaus errichtet hatte, galt der wielfache Kaufhause von Dubach in nächster Nachbarschaft noch als ein in Betracht kommendes

Konkurrenzunternehmen. Erst als vor bald zehn Jahren das Geschäft von der Leipzigerstr. 112 nach dem neuerbauten Hause verlegt wurde, kam es allmählich auch in den Kreisen zu Aufsehen, wo es lange als Lummelplatz der Plebs verschrien war. Jetzt hat das Haus Wertheim in seiner Unterfahigkeit sich Berlin erobert; mit derselben gelassenen Bereitwilligkeit, mit der es Gelpelze und Alabasterstatuen veräußert, verkauft es ein Viertel Pfund Leberwurst oder für zehn Pfennig Schmirgelbänder. Vosshafte Leute wollen sogar eine Rüdche zum ersten Ursprung entdeckt haben, seitdem in der Leipzigerstraße auch eine Abteilung für alte Möbel und andere Antiquitäten eingerichtet worden ist.

Im Stil schließt sich der von Prof. Messel errichtete Neubau natürlich den älteren Bauten an, die in ihrer hochstrebenden Zweckmäßigkeit zu den wenigen, das Zeitalter charakterisierenden Bauwerken Berlins zählen. An dem neuen Hause scheint uns das hohe Dach allerdings ein wenig teig geraten. Lieberwärtig ist der Anblick der großen Verkaufshalle, wenn man sie vom Leipziger Platz aus betrachtet. Wände und Pfeiler des 24 Meter hohen und 30 Meter langen Raumes sind mit reicher Marmor-Inkrustation bedeckt; die Decke und zwei mächtige, über den ganzen Raum sich spannende Brücken sind in getriebener Bronze ausgeführt.

Das gesamte Grundstück ist 16 500 Quadratmeter oder 1165 Quadratrußen groß. Die Frontlänge beträgt in der Leipzigerstraße 147,5 Meter, am Leipziger Platz 88,13 Meter und in der Vohlfraße 127,33 Meter. Dem Verkehr im Hause dienen außer den großen Freitreppen 14 feuersichere, direkt ins Freie führende Treppenhäuser, ferner 16 Personenaufzüge, 4 Lastenaufzüge, 2 Hebebühnen, 2 Paternosterwerke und eine Fahrtreppe. Das gesamte Licht im Hause ist 500 000 Normalkerzen stark; die Beleuchtung und Heizung frisst im Jahre für 200 000 M. Kohlen auf. Nicht weniger als 112 Feuermelder sowie 103 Hydranten mit 1 1/2 Kilometer Schlauchlänge sind im Hause vorhanden. Für den Feuerwachtienst ist das gesamte Personal ausgebildet; der ständige Wachdienst wird von zehn Feuerwehrlenten versehen.

Die wenigen Zahlen zeigen, in welchem Maße dieser Firma die Eroberung der Leipzigerstraße bisher gelungen ist. Der Siegeszug geht weiter; schon erheben in der Vohlfraße neue, gewaltige Bauten. Zahlreiche selbständige Existenzen sind der Ausbreitung der Warenhäuser zum Opfer gefallen; aber das ist der ehrene Schritt der Zeit, den kein Wehklagen, keine Gesehgebung hindern kann. Daß auch die Warenhäuser nicht die letzte Episode der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen, ist wenigstens uns Sozialisten klar. Sie arbeiten unseren Zielen vor.

Vollständige Vorträge gegen den Alkoholismus in der ständigen Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt. Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12. Nächster Vortrag Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr: Die Wirkung des Alkohols. Zutritt für jedermann frei.

Theater. Im Lessing-Theater wird als nächste Novität das Schauspiel „Johannes Vermeer“ von Ernst Kosmer vorbereitet, dessen Erstaufführung auf Sonnabend, den 10. Dezember, angesetzt ist. — Im Velle-Alliance-Theater werden heute nachmittags 3 1/2 Uhr die Kinderkomödien „Frau Holle“ und „Prinzessin Tausendfüßchen“ wiederholt. — Im Rational-Theater tritt Francesca Prevoiti Donnerstag als „Fedora“ und Sonnabend in „Arabiana“ auf. Freitag findet die Erstaufführung der Operetten-Novität „Die Millionärsbraut“ mit Fritz Werner a. G. statt. — Deutsches Theater. Infolge des anhaltenden Erfolges von „Kastorab“ hat sich die Direktion veranlaßt gesehen, das fuldaische Schauspiel täglich auf den Spielplan der laufenden Woche zu setzen, also auch auf Donnerstag an Stelle von „Don Carlos“. — Das Ensemble des Deutsch-Amerikanischen Theaters wird vom 1. Mai bis Ende August nächsten Jahres im Neuen Operetten-Theater zu Hamburg gastieren.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Die Jahrlabende für sämtliche Stadtbezirke finden nunmehr regelmäßig an jedem Dienstag nach dem Monats-ersten statt! Demnach fällt der nächste Jahrlabend auf Dienstag, den 6. Dezember. Die Vereine werden nochmals dringend ersucht, unverzüglich ihre Mitgliederveranstaltungen zu verlegen.

Rudow. Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr findet bei Reime die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt; auf der Tagesordnung steht ein wichtiger Vortrag des Genossen Wermuth. Gäste haben Zutritt.

Charlottenburg.

Ein gewaltiger Schuppenbrand kam in der Nacht zum Dienstag hier in der Kaiserin-Augusta-Allee in den Braunschweigischen Eiswerken zum Ausbruch und beschäftigte unsere Feuerwehr fast vier Stunden lang. Als auf den ersten Alarm hin der erste Löschiß gegen 4 Uhr früh am Brandplatz eintraf, standen bereits sämtliche Logerräume bis auf einen isoliert stehenden Schuppen der Firma in Flammen. Sofort wurden fünf Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt und von verschiedenen Seiten aus gegen den Brandherd vorgegangen. An eine Rettung der einmal vom Feuer ergriffenen Schuppen war aber nicht mehr zu denken, die Wehr mußte sich vielmehr darauf beschränken, den noch unberührt gebliebenen Schuppen zu retten. Deshalb wurde auch von dieser Seite aus der Hauptangriff vorgenommen und es gelang nach dreistündiger harter Arbeit, diesen Schuppen zu halten. Die übrigen sind aber total zerstört und ist der entstandene Materialschaden ganz bedeutend. Erst gegen 8 Uhr vormittags konnte der letzte Löschiß wieder abdrücken. Ueber die Entstehungsurache konnte noch nichts festgestellt werden.

Groß-Lichterfelde.

Die Revolte der Grundherren. Unter den hiesigen Grundbesitzern herrscht zurzeit eine große Erregung über die von der Gemeindeverwaltung bezüglich der Verteilung der Kosten zur Kanalisation gefaßten Beschlüsse. Die Ortsagrarier, denen die nicht unbeträchtliche Wertsteigerung ihres Grund und Bodens durch diese hygienische Einrichtung der Gemeinde als ein selbstverständliches Geschenk erscheint, sind namentlich entrüstet darüber, daß sie die Kosten der auf ihren Grundstücken errichteten sogenannten Revisionsschächte bezahlen sollen. Das sei, so meinen sie, Pflicht der Gemeinde.

In zahllosen Versammlungen wurde heftig gegen den Beschluß der Gemeindeverwaltung protestiert und zur Zahlungsweigerung aufgefordert.

Besonders erbittert ist man über die angeblich verschiedene Behandlung von Grundbesitzern wegen der „Stundung“ der Beiträge. Charakteristisch für unsere Grundbesitzer ist die Tatsache, daß sich unter denen, die „auf Raten“ abzahlen bezw. gestundet haben wollen, Leute mit einem Vermögen von 600 000 M. und einem jährlichen Einkommen von 36 000 M. befinden! Besonders übel spielen sie dem Schöffen Lange mit, durch den diese Tatsachen bekannt geworden sind. In durchaus ungewöhnlicher Weise wurde ihm in den Versammlungen zu verstehen gegeben, daß er als „ihre“ bezahlter Beamter den Mund zu halten und lediglich Grundbesitzer-Interessen zu vertreten habe.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung gab es noch ein kleines Nachspiel. Der bisherige Gemeindevorstand Dietsch, seines Zeichens Staatsbeamter, einer der Hauptkräfte im Streit, erklärte in einem Schreiben an den Gemeindevorstand, daß er sein Amt niederlege, und zwar auf Grund des § 65 Abs. 4 der Landgemeinde-Ordnung.

Diese Amtsniederlegung scheint allerdings eine recht unfreiwillige zu sein.

Nach einer akademischen Erörterung über die Berechtigung von Staatsbeamten zur Ablehnung von Gemeindeämtern bezw. über Zustimmung oder Verweigerung der vorgelegten Behörden zur Annahme und Ausübung solcher Ämter, erklärte Gemeindevorsteher Graf Hoensbroech, daß der Rücktritt des Gemeindevorstandes Dietsch eine sehr ungeschöner Hintergrund habe. Sobald er über die Angelegenheit klare Kunde habe, werde er sie abermals

zur Sprache bringen. Danach schied Dietsch von seiner vorgelegten Behörde zur Wiederlegung des Mandates gezwungen worden zu sein — auf wessen Veranlassung, bedarf allerdings noch der Aufklärung. Jedenfalls zeigt diese Episode aufs neue, wie ungeeignete abhängige Staatsbeamte für das Amt eines Gemeindevorstandes sind.

Beschlossen wurde nach einem lebhaften Geplänkel zwischen dem Schöffen Lange und dem Gemeindevorsteher Hoensbroech, daß die Mitglieder der Gemeindevertretung auch Zutritt zu den Sitzungen der Wahlkommission haben, ferner die Erweiterung von Grundbesitz zur Erweiterung der Schule in der Kastanienstraße und zur Vergrößerung des Friedhofes in der Langenstraße. Für die höhere Mädchenschule wurden diverse Oberlehrer- und ordentliche Lehrerstellen bewilligt.

Der Ausbau der alten Potsdamer Provinzial-Chaussee zu einer Prachtstraße wird im nächsten Jahre auf Groß-Lichterfelder Gebiet vorgenommen werden. Die Chaussee wird vom Steglitzer Schloßpark bis zur Zehlendorfer Gemarkungsgrenze unter Befestigung der alten Chausseegräben derart umgestaltet, daß der Fahrdamm eine Breite von 9 Meter erhält. Auf der Nordseite ist für die Vorgärten eine Tiefe von 5 Meter vorgesehen; die gleiche Breite ist für einen Promenadenweg bestimmt, dem sich ein 2 1/4 Meter breiter Radfahrweg anschließt.

Wilmerdorf.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer Sitzung am Montag mit einer Vorlage zu befassen, die den Abschluß von Vereinbarungen mit der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft betrifft. Danach soll u. a. die von der Wilhelmstraße bis Linienstraße gehende Linie O aufgehoben werden, an ihre Stelle soll die bis zur Danzigerstraße ausgedehnte Linie 52 treten. Weitere Verkehrsänderungen betreffen die Linien 86, 82, 89, 90, C, F, T, Q und V. Der Antrag des Gemeindevorstandes, sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden zu erklären, wurde abgelehnt, die Vorlage soll vielmehr von einem aus der Verkehrdeputation und fünf Mitgliedern der Gemeindevertretung gebildeten Ausschuss noch einmal geprüft werden.

Die Verammlung beschloß ferner, die Gemeindevorrechnung für 1903 zu entlasten. Die Einnahme betrug 2 880 032 M., die Ausgabe 2 495 720 M., so daß ein Bestand von 385 212 M. verbleibt. An direkten Steuern wurden 1 530 044 M. eingenommen, an indirekten Steuern 755 328 M. Im Jahre 1895 belief sich die Einnahme an Gemeinde-Einkommensteuer auf 130 251 M., im Jahre 1903 betrug sie 734 878 M. Die Abgabe an den Kreis im letzten Jahre stellte sich auf 420 000 M. Da ist es begreiflich, daß die Gemeinde vom Kreis erlöst sein und der Landrat den guten Broden nicht missen will.

Es wurden noch zwei neue Lehrerstellen an den Gemeindevorstandsschulen und eine Lehrerstelle an der zweiten höheren Gemeindevorstandsschule bewilligt.

Die Armenverwaltung von Wilmerdorf hat die freie Arztwahl eingeführt. Es steht jedem Armen in Krankheitsfällen frei, sich aus den an Orte ansässigen Ärzten den Mann seines Vertrauens auszusuchen.

Das neue Rathaus auf dem Fehrbelliner Platz soll im großen Stil hergerichtet werden und für 84 Stadtverordnete und 24 Magistratsmitglieder Platz bieten. Sache unserer Parteigenossen muß es sein, trotz der schwierigen Verhältnisse an Orte dafür zu sorgen, daß auch die Sozialdemokratie in diesem Prachtbau zu Worte kommt.

Pantow.

Aus Rot. Wegen Unterschlagung im Amte war gestern der Hülfsgeschichtsvollzieher Emil Werner aus Pantow vor dem Schwurgericht des Landgerichts II angeklagt. Der bisher unbescholtene W. war früher Materialienverwalter bei Siemens u. Halle mit einem Gehalt von 3000 M. Diese Stellung verlor er, wie er behauptet, durch Intriguen neidischer Kollegen. Dem nun völlig brotlos gewordenen Werner, der Vater von sechs Kindern ist, gelang es schließlich, bei dem Amtsgericht Charlottenburg eine Stellung als Hülfsgeschichtsvollzieher zu erlangen. Als solcher bezog W. pro Tag 2,50 M. Diäten, seine Gesamteinnahme belief sich auf etwa 100 M. pro Monat. Der Angeklagte geriet infolge dieses sehr mäßigen Gehalts sehr schnell in Rot und um dieser abzuweichen, beging er die erste Veruntreuung. Der ersten folgte bald die zweite Unterschlagung und schließlich mußte er, um das alte Defizit zu verdecken, wieder zu einer neuen größeren Unterschlagung greifen. Als schließlich die veruntreute Summe ca. 1100 M. betrug und er eine Einbuße fürchten mußte, wurde der Angeklagte flüchtig, um sich in dem Heimatort seiner Eltern das Leben zu nehmen. Dieser Entschluß wurde ihm jedoch wieder leid, er stellte sich vielmehr freiwillig der Behörde. Seitens des Verteidigers Rechtsanwalt Morris wurde der Nachweis geführt, daß der Angeklagte gar keine Beamtenqualität besaß und er darum auch nur wegen einfacher Unterschlagung bestraft werden könne. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auch dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß, wegen einfacher Unterschlagung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf neun Monate Gefängnis. Außerdem wurden ihm noch drei Monate der erstinständigen Untersuchungshaft angerechnet.

Rixdorf.

Die Einführung einer Pflichtfortbildungsschule für Handlungsgehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren war von lautmännlichen Kreisen beim hiesigen Magistrat in Anregung gebracht worden. Der Magistrat hat dieses Verlangen in seiner letzten Sitzung jedoch abgelehnt.

Ein Dachstuhlbrand brach gestern morgen in einem Schuppen auf dem alten Gasanstalts-Grundstück an der Cammerstraße aus. In dem Schuppen ist jetzt der Dampfessel für die städtische Krankenanstalt untergebracht. Glücklicherweise gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen, bevor derselbe größere Dimensionen annehmen konnte.

Bei der Arbeit verunglückt ist in den hiesigen Messingwerken der Rohrblechschneider Motel aus der Klopffraße. Beim Geradschneiden von Röhren kam W. mit der rechten Hand der Kreissäge zu nahe, welche ihm den Zeigefinger wegriß. Die Unfallstation XII leistete dem Verletzten die erste Hilfe.

Bei der gestrigen Stichwahl in der zweiten Abteilung wurde der bisherige Vertreter, Stadtverordneter Veltz, mit 144 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Deter, der es bei der Hauptwahl auf 101 Stimmen brachte, erhielt nur 62 Stimmen. Unser Parteigenosse Meyer aus erhielt damals 98 Stimmen.

Ein Streit um Leichen. Auf dem Kirchhof der Kolonie Grunewald sollen die Leichen der Selbstmörder im Grunewald laut Aufforderung des Landrats des Kreises Teltow an die Gemeinde hinfert bestattet werden. Der Gemeindevorsteher lehnte unter Hinweis auf die ortstatutarischen Bestimmungen dieses Ersuchen ab. Das Friedhofsgrundstück sei schon ohnehin zu klein und auf eine Erweiterung von Terrain zu seiner Erweiterung innerhalb des Gemeindevorstandes nicht zu rechnen. Dem Landrat wurde gleichzeitig die Bitte unterbreitet, die Kolonie Grunewald in ihrem Bestreben, sich eine fiskalische Fläche zur Neuanlage eines Friedhofes zu sichern, zu unterstützen. Werde der Gemeinde Grunewald eine Garantie nach dieser Richtung hin geboten, so stehe der Verdrigung der Leichen aller im Gutbezirk Grunewald-Forst verstorbenen Personen auf dem Gemeindefriedhof nichts im Wege.

Gerichts-Zeitung.

Staatsanwaltschaftliche Gefangenennahme. Der Arbeitsvermittler Maß von der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes hat jetzt endgültig seine drei Tage Gefängnis wegen Verhinderung eines Arbeitswilligen“ zuditiert erhalten. Die Angelegenheit

dauert noch aus dem vorjährigen Streit in der Pohlischen Tischlerei zu Pichtheberg. Maß soll damals einen Arbeitswilligen „fest“ an den Arm gefaßt haben, um ihn mit den Worten: „Kollege, hier wird gestreift“, zur Teilnahme am Streit zu bewegen. Das Schöffengericht sprach ihn seinerzeit frei. Auf die Berufung des Staatsanwalts hin verurteilte ihn die Strafkammer aber zu obiger Gefängnisstrafe. Hierauf legte Maß Revision beim Kammergericht ein und erzielte die Aufhebung des Urteils unter Zurückverweisung der Sache an dieselbe Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung. Beim neuen Termin beantragte nun der Staatsanwalt in aller Eile 14 Tage Gefängnis. Er wurde aber vom Vertheidiger dahin belehrt, daß der Antrag unzulässig sei, da die Strafprozedur ausdrücklich vorschreibt, daß, wenn das Revisionsgericht ein Urteil nur auf eine vom Angeklagten und nicht auch vom Staatsanwalt eingelegte Revision hin aufhebt, das neue Urteil keine höhere Strafe aussprechen darf, als die in dem früheren Urteil verhängte Strafe beträgt. Abänderungen zum Nachteil des Angeklagten sind ausdrücklich ausgeschlossen. Dem Antrag der Vertheidigung auf Freisprechung, weil eine Anzahl Zeugen von einem Anpassen des Arbeitswilligen durch den Angeklagten nichts gesehen hatten, obwohl sie bei dem Vorgang zugegen gewesen waren, vermochte sich das Gericht indessen nicht anzuschließen. Es nahm vielmehr an, daß die Aussagen der Belastungszeugen, des Tischlermeisters Pohl und des Arbeitswilligen, den Vorzug verdienen und erkannte wieder auf drei Tage Gefängnis.

Vermischtes.

In Leipzig haben die Geschworenen den des Raubmordes an dem jüdischen Erbköln angeklagten Schuhmachermesster G. n. t. h. r. nach dreitägiger Verhandlung freigesprochen. Es konnte nicht unumstößlich erwiesen werden, daß G. n. t. h. r. über die Tat früher Einzelheiten erzählt hat, als dies möglich gewesen wäre, wenn er sie nicht begangen hätte, ebenso wenig, daß er das geraubte Geld (es sollen etwa 700 M. gewesen sein) dazu nötig gehabt habe, um einen fälligen Wechsel zu zahlen.

Eine Anzahl noch unaufgeklärter Todesfälle durch Gasvergiftung erregt unter der New Yorker Bevölkerung Beunruhigung. In der letzten Woche wurden, wie gefaßt wird, 21 Todesfälle infolge Einatmung eines noch unentdeckten Gases aus Gas festgestellt. Die Behörden und die Gasgesellschaft stehen vor einem um so größeren Rätsel, als der Tod durch Vergiftung selbst dann erfolgt, wenn die Fenster des Zimmers, in dem Gas entwichen, offen sind. Das „New York Journal“ behauptet, 300 Todesfälle aus gleicher Ursache in den ärmeren Stadtvierteln nachweisen zu können, wo die Verke Herzschlag als Todesursache angegeben hätten. — Sollte es sich unter so grausigen Umständen etwa um vergiftete Erten handeln?

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 9. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Epimetheusleben. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. Von R. Kautsk. — Marinejournale. Von H. Hebel. — Die italienischen Bahnen. Von Odo Uberg (Rom). — Arbeits- oder Arbeiterkammern? Von Paul Umbreit (Berlin). — Literarische Rundschau: Eduard Fuhs, Die Karikatur der europäischen Völker; Ein nordamerikanisches Tanzidyll. Von P. M. — Hans Ostwald. Die Belämpfung der Landstreicher. Von Franz Diederich. — Hermann Dunder, Das mittelalterliche Dorfgewerbe nach den Weltstumsüberlieferungen. Von H. C. — Dr. A. Blaschke. Die gesundheitlichen Schäden der Prostitution und deren Belämpfung. Von H. h. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist uns soeben die Nr. 25 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kultur der Vertrauensperson. — Was wir wollen. — Beobachtung volkswirtschaftlicher Zustände. Von Julian Borchart. — Was dürfen unsere Kinder lesen? II. Von Paul Br. — Aus der Bewegung. — Flora Schulze-Leipzig. — Feuilleton: Ein Märchen vom Sonnenlo. Von Lu. Märten-Charlottenburg. — Das gemeindefreie Recht. Gedicht von R. Ruden-Hamburg. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Anrechnung 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 25. Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „In der Militärküche“ und „Beim Jaren“ sowie die Illustrationen „Aus Frankreich“, „Zur Eröffnung des Reichstages“, „200 000 000 Mark für Rationalgewebe“, „Eine gefährliche Situation“, „Das gute Aussehen des Königs“, „Morituri te salutant, Mikado“, „Weinberg bei Barbad“, „Am Reder“, „Hammerkeins Lollo“, „Aus Reimingen“ und „Kürloer“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Zum Jubiläum des Reichstages“, „Imperialismus“, „Deutschland als Sieger“, „Politik“ von Reich Wählan. „Der Wein“, „Am Brand“, „Der sojane Sohn“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Poesie und Prosa noch die größeren Feuilletons „Der deutsche Volkstheater in Petersburg an den russischen Minister Grafen Lambdors“, „Aus der Helikunde“ und „Blutveredelung“. — Der Preis der Nummer, welche diesmal 16 Seiten stark ist, ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

— 21. Rein. — J. B. Nach dem ökonomischen Gesetz: keine, nach der Praxis etwa 6. — G., Ren-Weihense. 1. und 2. Sind die ärztlichen Bemerkungen oder die letzte Anerkennung der Honorarhand für diese im Jahre 1901 erfolgt, so ist die Honorarforderung mit Ablauf des Jahres 1903 verjährt. Die Verjährungsfrist beträgt zwei Jahre vom Ablauf des Kalenderjahres ab gerechnet. 3. Rein. — J. 2. Das Amt eines Schöffen dürfen Personen ablehnen, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben oder in dem Geschäftsjahre vollenden würden. Trifft diese Voraussetzung auf Sie zu, so würden Sie durch Ablehnung des Amtes ein höheres Unrecht begehen, weil die Zahl rückgratstarker, mit den sozialen Verhältnissen bekanner und gerecht denkender Schöffen infolge des für die Auswahl von Schöffen geleglich fungierenden Siebes keine große zu sein braucht und Sie als Schöffe, auch wenn Sie 65 Jahre alt sind, viel Unheil abmenden können. — R. 35. 1. Ob in Ihrem Falle die hauptsächlichsten Vorschriften eingehalten sind, erläutern Sie durch Anfrage oder Selbstverde bei der Polizei. 2. Wegen Gesundheitsgefährdung durch die Ritzräume kann jederzeit der Ritzvertrag seitens des Ritzers aufgehoben werden. Da aber die Frage, ob Gesundheitsgefährdung vorliegt, verschieden beantwortet werden kann und in letzter Instanz der Richter darüber entscheidet, empfiehlt es sich in einem Falle wie dem Ihrigen, nicht ohne vorangegangene Klage auf Einwilligung der Aufhebung des Ritzvertrages einseitig aufzuheben. — G. W. 100. Wenn Sie in Ihrem Verträge oder mündlich nicht ausgemacht haben, daß Sie die Wohnung weiter vermieten können, so hängt die Weitervermietung von der Zustimmung des Wirts ab. Soweit ersichtlich, sind Sie zur Fortzahlung verpflichtet und können nur Einstellung des Stalls verlangen. — Mag. Stein. 1. Da eine Betriebsstätte vorliegt, ja. 2. Rein. — Professor V. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Der Erfolg hängt davon ab, ob das Gericht zu der Überzeugung kommt, daß bei der ersten Operation eine große Falschheit abgeworfen und durch diese das weitere Leben mildernd ist. Trotz der Nebenarten der beiden anderen Kräfte können Sie nicht mit Sicherheit darauf rechnen, daß Ihnen dieser Kräfte gelingt. Die Kräfte können sehr wohl lediglich um Sie zu beruhigen oder aus zu großer Hochachtung vor ihrem eigenen Können so wie Sie sich selbst zu Ihnen gelassen haben. Schadenersatz kann eine sehr schlechte Medizin für nervöse Leute; wenden Sie die dafür erforderlichen Mittel lieber zur Stärkung Ihrer Nerven nach dem Rezept an, das Ihnen ein Arzt verschreibt, zu dem Sie Vertrauen haben. Das Heilsame werden allein braucht nicht Ihr Leben zu sein. — R. G. 100. Die Verjährungsfrist für nicht zum Gewerbebetriebe genutzte Waren beträgt zwei Jahre, vom Schluss des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden oder zuletzt anerkannt ist. — G. 4. Rein.

Wasserstand am 28. November. Elbe bei Ruffig + 0,10 Meter, bei Dresden — 1,13 Meter, bei Magdeburg + 0,96 Meter. — Unkrut bei Straßfurt + 1,10 Meter. — D. d. r. bei Rathow + 1,93 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,32 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,52 Meter, bei Hainfurt + 1,74 Meter. — Weichsel bei Sandmünde + 3,10 Meter. — S. r. i. e. bei Posen + 0,70 Meter. — R. e. g. e. bei Ulf + 0,80 Meter.

